Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 5, 4. Jg., Oktober/2017
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Vorsicht, Verschwörungstheorie!
Von Friedensdemos mit Nazis bis zu antisemitischen Kapitalismuskritikern – ein Interview mit Dr. Daniele Ganser ▶ SEITE 16

Vertrauliche Sprachregelungen der ARD
Interne Richtlinien geben offenbar auch politische Wertungen vor. ▶ SEITE 20

Fake Reality
Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung – eine Buchvorstellung ▶ SEITE 23

Wie Obama in die Syrienfalle tappte
von Gareth Porter ▶ SEITE 24

Trump macht Ernst und Putin gewinnt
von P. Haisenko ▶ SEITE 26

„Too rich to jail“
Ein Interview über einen Film über die Machenschaften der Mobilfunkindustrie ▶ SEITE 34

Autoland abgebrannt
von M. Bröckers ▶ SEITE 37

Umgang mit nordkoreanischen Raketen
von Mel Gurtov ▶ SEITE 38

Trumps militärische Option in Venezuela
von F. Füllgraf ▶ SEITE 39

Wir sind Frieden
Friedensaktivisten vorgestellt
von A. Drescher ▶ SEITE 41

Whistleblower enthüllt, wie die Türkei
den IS mit bewaffnet und unterstützt hat ▶ SEITE 44

Das Free21-Prinzip:

Die Propaganda-Matrix

Wie der Council on Foreign Relations (CFR) den geostrategischen Informationsfluss kontrolliert

Die hochinteressante Studie des Swiss Propaganda Research Forschungsprojektes liest sich spannend wie ein Krimi und entlarvt detailliert die Vernetzung von Medien und Politik. Wir erfahren, wie der CFR bis heute einen in sich weitgehend geschlossenen, transatlantischen Informationskreislauf erschuf, in dem Mitglieder des CFR und seiner Partnerorganisationen nahezu alle relevanten Quellen und Bezugspunkte kontrollieren. SEITE 3

Von Fantasy und realen Zusammenhängen

Bedrohliche Zeiten lassen den Wunsch nach einfachen Erklärungen aufkommen, der von interessierter Seite nur allzu gerne bedient wird. Eine Verschwörungstheorie von Hermann Ploppa ▶ SEITE 14

Wie uns das globale **Finanzsystem** bedroht

Vor kurzem ist Ernst Wolffs neues Buch erschienen. Erste Auszüge bieten einen Einblick in das, was hinter den Kulissen betrieben wird und was uns erwartet, wenn wir uns nicht wehren. ▶ SEITE 27

Sharing Economy – Der Uberfall

„Heute propagiert vor allem das Silicon Valley das Teilen als ökologische und ökonomische Revolution ... Hinter solch wolkigen Versprechungen steckt jedoch eine neue Abart des Kapitalismus.“ ▶ SEITE 31

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 5, 4. Jg., Oktober/2017 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Die never ending story

Es ist ziemlich genau 16 Jahre her, dass der Krieg gegen den Terror begann. Der Anlass – die Angriffe auf die USA am 11. September 2001 – scheint längst von den Medien und den westlichen Politikern vergessen worden zu sein. Obwohl heute Beweise für die Beteiligung der Geheimdienste der USA, Saudi Arabiens und sogar Israels vorliegen, interessieren sich weder Medien noch Politiker dafür.

Aber der 11. September 2001 verschwindet nicht, nur weil man nicht darüber reden will.

Nachdem uns Georg Bush vor 16 Jahren klar gemacht hat, dass die USA mit ihrer ganzen militärischen Gewalt gegen eine Reihe von Ländern vorgehen werde, stellte er den Westen vor die Wahl: „Entweder sind Sie mit uns oder Sie sind mit den Terroristen." Wir haben fast alles ohne Widerspruch hingenommen. Der Schock nach den unfassbaren Handlungen saß bei den meisten einfach zu tief. So wurde die Welt tatsächlich in den Krieg gegen den Terror gezwungen.

Die fantasievolle Geschichte, in der Osama Bin Laden aus der Berghöhle in Afghanistan heraus als Dirigent dieser Militäroperation unüberschaubarer Dimension tätig war, wurde von den westlichen Medien damals akzeptiert und der Öffentlichkeit kritiklos verkauft. Jetzt ist zweifelsfrei bekannt, dass die Geheimdienste mehrerer Länder involviert waren. Die offizielle Erklärung zum 11.9. ist damit völlig ad absurdum geführt. Osama bin Laden kann nicht der Täter sein.

Wer waren dann die eigentlich Verantwortlichen? An erster Stelle stehen immer noch die angeblichen 19 Flugzeugentführer, von denen 15 aus Saudi Arabien stammten. Die meisten hatten ihr Visum beim US-Konsulat in Jeddah in Saudi Arabien, der „CIA-Ausweisfabrik", erhalten. Genau dort hatte die CIA in den 80'er und 90'er Jahren für gut zehnzausend Mujahedin-Kämpfer aus Afghanistan die Einreisepapiere für Trainingsaufhalte in den USA organisiert.

Es ist bekannt, dass Präsident Carter am 3. Juli 1979 den Befehl unterschrieb, dass die CIA die Mujahedin-Gruppen in Afghanistan bewaffnen solle, um eine sowjetische Invasion zu provozieren, was dann im Dezember des gleichen Jahres auch passierte. Die ehemalige Außenministerein Hillary Clinton gab 2009 zu, dass die USA damit Al-Qaida zum Leben verholfen hat.

Al-Qaida oder ISIS, diese Gruppen sind eine Mischung religiöser Fanatiker und professioneller Söldner aus der ganzen Welt, die – vom Westen mit Waffen und Finanzen ausgestattet – dafür sorgen, dass ein Feindbild existiert. Sie sind immer dort zu finden, wo es um beabsichtigte Regime Changes geht, wie jetzt aktuell in Syrien. Sie werden vom despotischen Regime in Saudi Arabien aus religiösen Gründen unterstützt und von den USA benutzt, um die geopolitischen Ziele des Landes durchzusetzen.

Zu den Zielen der USA gehört das ständige Führen von Kriegen, da die Wirtschaft völlig davon abhängig ist, dass es Kriege und Konflikte gibt. Der Krieg gegen den Terror ist für die Kriegselite in den USA sowie für ihre Verbündeten eine Quelle ewigen Wachstums und ein Werkzeug totaler politischer Kontrolle.

Auch in Bezug auf 9/11 wurde die Welt wieder einmal von den USA belogen (Tonkin-Lüge, Brutkastenlüge, irakische Massenvernichtungswaffenlüge etc).

Im Plan „Rebuilding Americas Defenses" vom September 2000 kann man nachlesen, dass die amerikanische Kriegsindustrie eine gloriose Zukunft zu erwarten habe, falls die USA nochmals ein „Pearl Harbor" erleben würde. Die Unterzeichner des Planes und zahlreiche Mitarbeiter des Thinktanks PNAC, der diesen Plan entwickelt hatte, fanden sich dann im Jahr 2001 in großer Zahl in der Bush-Administration wieder. Am 11. September 2001 kam das neue Pearl Harbor und der Krieg gegen den Terror brachte mit einem Kickstart die gewünschte Rettung der Wirtschaft.

Mit diesen Zusammenhängen sollten sich die Medien beschäftigen, sie tun es aber nicht. Um so mehr Arbeit gibt es für ein freies Medium.

Power to the Paper!
Tommy Hansen, Chefredakteur

Die Propaganda-Matrix

Wie der Council on Foreign Relations (CFR) den geostrategischen Informationsfluss kontrolliert.

Ob Russland, Syrien oder Donald Trump: Um die geopolitische Berichterstattung westlicher Medien zu verstehen, muss man die Schlüsselrolle des amerikanischen Council on Foreign Relations (CFR) kennen. Im folgenden Beitrag wird erstmals dargestellt, wie das Netzwerk des Councils einen in sich weitgehend geschlossenen, transatlantischen Informationskreislauf schuf, in dem nahezu alle relevanten Quellen und Bezugspunkte von Mitgliedern des CFR und seiner Partnerorganisationen kontrolliert werden. Auf diese Weise entstand eine historisch einzigartige Informationsmatrix, die klassischer Regierungspropaganda autoritärer Staaten deutlich überlegen ist, indes durch den Erfolg unabhängiger Medien zunehmend an Wirksamkeit verliert.

Eine Studie von Swiss Propaganda Research

1. Der Council on Foreign Relations

Der Ursprung des Council on Foreign Relations liegt im sogenannten „Trauma von 1920“ [1]: Nach dem Ersten Weltkrieg hätten die USA erstmals die globale Führungsrolle übernehmen können – doch der Senat entschied sich gegen den Beitritt zum Völkerbund und die kriegsmüde Bevölkerung wählte mit Warren Harding einen Präsidenten, der eine „Rückkehr zur Normalität“ [2] versprach und sich zuerst um die Angelegenheiten und Probleme Amerikas und der Amerikaner kümmern wollte.

> „Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, so erschaffen wir unsere eigene Realität.“
>
> *Karl Rove, ehemaliger Leiter des Büros für Strategische Initiativen der US-Regierung*

Um ein solches Fiasko künftig zu vermeiden und „Amerika für seine weltweiten Pflichten zu erwecken“, [3] gründeten international orientierte Bankiers, Unternehmer und Politiker im Folgejahr in der Finanz- und Handelsmetropole New York den parteiübergreifenden CFR. Durch die Mitarbeit führender Akademiker und Publizisten, darunter Archibald Coolidge (The United States as a World Power, 1908) und Walter Lippmann (Public Opinion, 1922), sollten Ideen für eine „aktive“ Außenpolitik entwickelt und in der Öffentlichkeit beliebt gemacht werden.

Der Durchbruch gelang dem Council während des Zweiten Weltkriegs, als CFR-Experten im Rahmen der War and Peace Studies [4] die amerikanische Kriegsstrategie sowie die Grundsätze der Nachkriegsordnung formulierten – inklusive den Satzungen von UNO, Weltbank und Weltwährungsfonds [5]. Dabei folgten sie der Vorgabe von CFR-Gründungsdirektor Isaiah Bowman, wonach die USA künftig die „globale Sicherheit garantieren“ müssten, dabei jedoch „konventionelle Formen des Imperialismus“ zu vermeiden hätten, weswegen der Ausübung amerikanischer Macht ein „internationaler Charakter“ zu verleihen sei (Shoup & Minter, 1977:169ff).

Auf diese Weise entstand – nur 170 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung – ein globales American Empire [6], dessen Schlüsselpositionen seitdem nahezu durchgehend von den inzwischen knapp 5000 Vertretern des CFR besetzt wurden (siehe folgende Abbildung sowie Auflistung nach Administration [7]). Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel bezeichnete [8] den Council deshalb einst als die „einflussreichste private Institution Amerikas und der westlichen Welt“ und als ein „Politbüro für den Kapitalismus“.

1945 bis 2017: CFR-Mitglieder in den Schlüsselpositionen des American Empire (größere Abb. in der Originalstudie unter https://swprs.org/die-propaganda-matrix)

Mit dem Zweiten Weltkrieg erweiterte sich das amerikanische Einflussgebiet erstmals auf (West-) Europa und Ostasien (insbesondere Japan). Um in diesen Regionen lokale Eliten aufzubauen und in die eigenen Planungen miteinzubeziehen, musste der Council sein Netzwerk ergänzen: Für Europa lancierte CFR-Mitglied Charles D. Jackson, Eisenhowers Assistent für psychologische Kriegsführung, 1954 die sogenannte Bilderberg-Gruppe, während für Ostasien von CFR-Präsident David Rockefeller und CFR-Direktor Zbigniew Brzezinski 1972 die Trilaterale Kommission gegründet wurde.

Beide Organisationen haben zum Ziel, die zentralen geostrategischen Herausforderungen zu erörtern und einen länder- und parteiübergreifenden Konsens zu

Medien in Deutschland: Das Transatlantik-Netzwerk

entwickeln. Der ehemalige französische Premierminister (und Bilderberg-Teilnehmer) François Fillon dürfte insofern nicht unrecht gehabt haben, als er 2013 konstatierte [9]: „Es sind die Bilderberger, die uns regieren."

2. Die CFR-Matrix

Die erfolgreiche Umsetzung einer geopolitischen Strategie – in Friedens- und insbesondere in Kriegszeiten – wäre undenkbar ohne die wirkungsvolle Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Autoritäre Staaten sind hierfür meist auf direkte Regierungspropaganda angewiesen, die indes oft rasch an Glaubwürdigkeit verliert.

Der Council ging dies klüger an: Mit seinen inzwischen knapp 5000 Mitgliedern baute er ein scheinbar vielfältiges und unabhängiges Informationssystem auf, in dem jedoch nahezu alle relevanten Quellen und Bezugspunkte von Mitgliedern des CFR und seiner Partnerorganisationen kontrolliert werden. Auf diese Weise entstand eine historisch einzigartige „Propaganda-Matrix", deren Elemente und Funktionsweise im Folgenden dargestellt werden.

Eingebettete Medien

Ob Zeitungen, Magazine, Rundfunk oder Internet: Der Council on Foreign Relations war stets darauf bedacht, Eigentümer, Chefredakteure und Top-Journalisten der führenden Medien in seine Strukturen zu integrieren.

In den USA wurden tatsächlich nahezu alle bekannten Medien von CFR-Vertretern gegründet oder bereits vor Jahrzehnten aufgekauft. Dies war möglich, weil für den Betrieb eines einflussreichen Mediums bis dahin erhebliche finanzielle Mittel sowie Zugang zu politischen Entscheidungsträgern erforderlich waren – und über beides verfügt der Council und seine Mitglieder wie kaum eine andere Gruppierung. Selbst moderne Internetunternehmen wie Google und Facebook sind auf höchster Ebene in das Netzwerk des Councils eingebunden – und bisweilen auch an dessen internationalen Operationen [10] beteiligt.

Die traditionellen Medien in (West-)Deutschland wurden nach dem Krieg in einem alliierten Lizenzverfahren [11] gegründet und mit sorgfältig ausgewählten Verlegern und Chefredakteuren besetzt – Strukturen, die sich über verwandtschaftliche und andere Beziehungen bis heute erhalten haben. Nebst der Bilderberg-Gruppe und der Trilateralen Kommission erfolgt die Einbindung und Sozialisierung der führenden deutschen Medienleute dabei insbesondere über die sogenannte Atlantik-Brücke [12], die 1952 von CFR- und Weltbank-Präsident sowie Hochkommissar für Deutschland, John J. McCloy, zusammen mit CFR-Mitglied und Bankier Eric Warburg – dem Enkel von CFR-Direktor und Federal Reserve Initiant Paul Warburg – gegründet wurde.

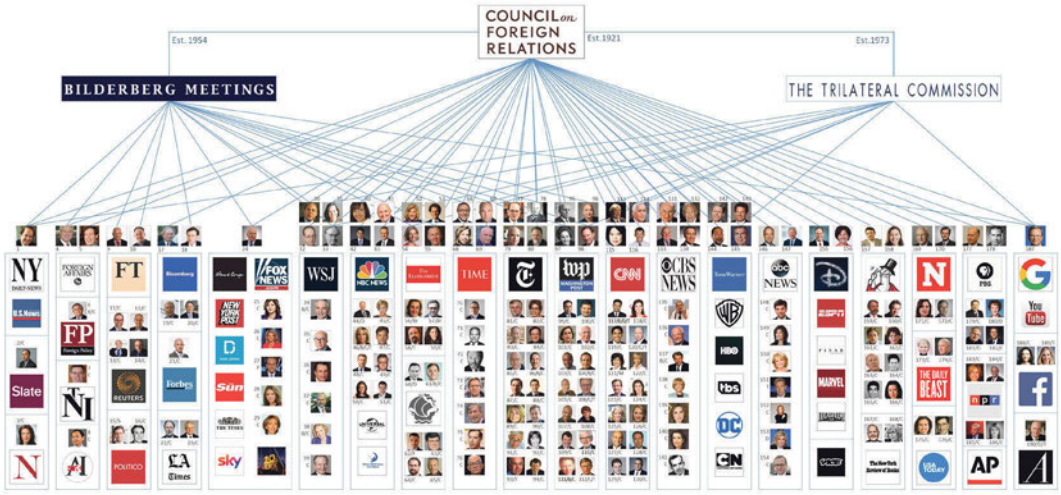
Auch die offiziell neutrale Schweiz ist seit dem Zweiten Weltkrieg in die transatlantische Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur integriert und hat in hohem Maße von ihr profitiert. Deshalb liegt eine von transatlantischen Standards abweichende, allzu kritische Medienberichterstattung – die rasch als „feindliche Propaganda" [13] gewertet und zu unerwünschten politischen oder ökonomischen Komplikationen führen könnte – nicht im Landesinteresse.

In geopolitischen bzw. imperialen Angelegenheiten berichten mithin auch die etablierten Schweizer Medien weitgehend CFR- und NATO-konform [14]. Begünstigt wird diese Konformität durch die zunehmende Medienkonzentration, die dazu führte, dass inzwischen über 90% [15] des Schweizer Marktes von nur fünf Medienhäusern kontrolliert werden. Die strukturelle Einbindung dieser Verlage erfolgt dabei primär über die Bilderberg-Gruppe sowie über zunehmend enge Kooperationen [16] mit deutschen Atlantikbrücke-Medien.

NATO-konform: Die Tagesschau des Schweizer Fernsehens SRF

In den folgenden Grafiken werden die soeben beschriebenen Mediennetzwerke in den USA, Deutschland und der Schweiz anhand der offiziellen Mitglieder- und Teilnehmerlisten erstmals grafisch dargestellt. Wie ersicht-

Publiziert auf Free21 am 23.9.2017, 16:22 Uhr. Original von Swiss Propaganda Research erschienen auf ‹https://swprs.org›.

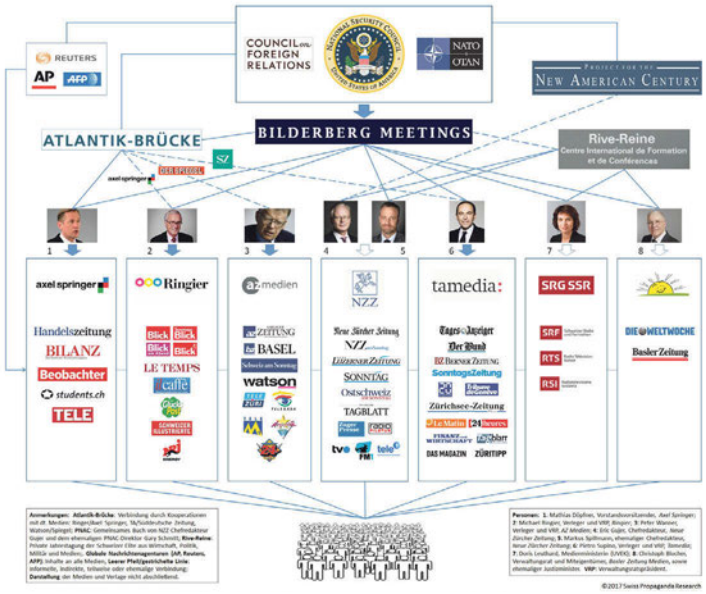


Medien in den USA (größere Abb. unter https://swprs.org/die-propaganda-matrix)

lich umfassen sie im Wesentlichen sämtliche sogenannten „Mainstream-Medien". Diese zugleich abwertende wie anmaßende Bezeichnung kann insofern als eine Umschreibung für CFR-konforme Publikationen begriffen werden.

denziösen Sprache über die selektive Themenwahl und systematische Ausblendung von Kontext bis hin zur gelegentlichen Falschbehauptung reichen.

Um die langfristige Kohärenz dieser Medienmatrix sicherzustellen, ist jedoch zusätzlich ein äußerer Ring erforderlich, der die Medien mit geeigneten Informationen, Sichtweisen und Deutungsmustern versorgt. Dieser äußere Ring besteht primär aus transatlantischen Regierungen, Militärs, Geheimdiensten, NGOs, Denkfabriken und Experten sowie Nachrichten- und PR-Agenturen, die ihrerseits allesamt in das weitverzweigte Netzwerk des CFR eingebunden sind, wie die folgenden Abschnitte zeigen.



Das Mediennetzwerk in der Schweiz

Obige Medien – sowie einige weitere, kleinere Publikationen – bilden den inneren Ring der Informationsmatrix. Sie suggerieren der Bevölkerung eine scheinbare Informationsvielfalt, vermitteln ihr in Wirklichkeit jedoch eine möglichst homogene und CFR-konforme Sichtweise auf das Weltgeschehen. Hierfür steht den Medien ein umfangreiches Instrumentarium [17] mit über zwei Dutzend verschiedenen Methoden zur Verfügung, die von einer ten-

Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

Während Propaganda in autoritären Staaten zumeist direkt von der Regierung ausgeht (und entsprechend einfach zu durchschauen ist), spielen in der CFR-Matrix die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine besondere Rolle, da sie der Bevölkerung eine Regierungsferne und mithin eine größere Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit suggerieren.

Tatsächlich sind die Direktoren [18] von Amnesty International (AI), Human Rights Watch (HRW) und vieler weiterer vordergründig humanitärer Organisationen jedoch seit Jahrzehnten in den Council eingebunden [19], während zahlreiche andere von CFR-Milliardären wie George Soros finanziert und gelenkt werden. Letzterer betreibt dabei durchaus keine eigenständige Außenpolitik, sondern unterstützt lediglich die internationalen Operationen des Councils im Rahmen seiner (beträchtlichen) Möglichkeiten und mit einem Fokus auf mehr oder weniger bunte Revolutionen [20].

Während diese NGOs unterm Jahr bisweilen durchaus sinnvolle, indes überwiegend folgenlose Arbeit leisten (z.B. Berichte zur internationalen Menschenrechtslage verfassen), kommt ihre geopolitische Funktion immer dann zum Einsatz, wenn es gilt, einen Regime Change vorzubereiten oder eine Militärintervention humanitär zu legitimieren.

So „verifizierte" [21] Amnesty International bereits 1991 öffentlich die von einer amerikanischen PR-Firma erfundene „Brutkastenlüge" [22] und trug damit wesentlich zur Lancierung des Golfkriegs bei. Auch auf dem Balkan, in Afghanistan („NATO: keep the progress going!") [23], dem Irak und Libyen forderten AI und HRW auf Basis fragwürdiger bis falscher Behauptungen [24] „humanitäre" Militärinterventionen.

Im Syrienkrieg hatte Human Rights Watch nach dem Giftgasangriff vom Sommer 2013 alsbald ein Gutachten [25] zur Hand, welches die Täterschaft der syrischen Regierung belegen und damit eine NATO-Intervention begründen sollte. Das Gutachten stellte sich in einer späteren Analyse von MIT-Forschern freilich als fabriziert [26] heraus – für CFR-Medien wohl auch künftig kein Grund zur Skepsis.

HRW-Direktor und CFR-Mitglied Kenneth Roth auf der Deutschen Welle

Im ostafrikanischen Eritrea, das sich den amerikanischen Hegemonialansprüchen seit seiner Unabhängigkeit von Äthiopien 1993 widersetzt hat, wurden Amnesty International und Human Rights Watch 2011 sogar auf frischer Tat bei einer Regime-Change-Operation ertappt [27]: In geheimer Mission infiltrierten teils als Nonnen getarnte Mitarbeiter das Land, um ein verdecktes Netzwerk aufzubauen, das später auf Kommando landesweite Proteste auslösen sollte. In einem abgefangenen Schreiben der Amnesty-Direktorin für „Spezialprogramme in Afrika" heißt es: „Unser Ziel ist es, dass das Regime von Issayas Afewerky bis Ende des Jahres ins Wanken gerät und gestürzt werden kann."

Neben den permanenten NGOs wie Amnesty und HRW gründen und finanzieren [28] CFR-geführ-

te Institutionen wie USAID und NED für einzelne Konflikte bei Bedarf zusätzlich temporäre Organisationen, die lokale Aufgaben übernehmen und sich nahtlos in die Matrix einfügen lassen. In Syrien entstanden auf diese Weise etwa die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte, das Aleppo Media Center [29] oder die berüchtigten Weißhelme, die die westlichen Agenturen und Medien mit dramatischen und nicht immer über alle Zweifel erhabenen Bildern und Informationen versorgten [30].

Ein Mitarbeiter der Weißhelme zeigt auf den UNO-Hilfskonvoi, der am 20. September 2016 in der Nähe von Aleppo unter ungeklärten Umständen ausbrannte, und beschuldigt Russland und Syrien.

Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche aufrichtige und unabhängige NGOs, die sich ernsthaft für den Frieden und die Menschenrechte engagieren. Nur sind diese zumeist mit wesentlich weniger Mitteln ausgestattet, und kommen in CFR-Medien kaum je zu Wort – insbesondere nicht in geostrategisch entscheidenden Momenten.

Denkfabriken und Experten

Eine weitere wichtige Funktion in der CFR-Matrix nehmen die sogenannten Denkfabriken (Think Tanks) und Experten wahr. Diese versorgen die Medien und die Öffentlichkeit mit scheinbar fundierten und objektiven Einschätzungen und Analysen. Tatsächlich sind jedoch nahezu alle Experten, die in CFR-konformen Medien zu Wort kommen, ihrerseits in das transatlantische Netzwerk des Councils integriert – wobei dies dem Publikum zumeist nicht mitgeteilt wird.

In den USA betrifft dies etwa die Brookings Institution, die RAND Corporation, den NATO-nahen Atlantic Council, das Aspen Institute oder das Center for Strategic and International Studies (CSIS), die allesamt von CFR-Kadern geführt werden. Auch der Gründer des „investigativen Journalisten-Kollektivs" Bellingcat – das CFR-Medien in der Ukraine-Krise und im Syrienkrieg mit einschlägigen Analysen belieferte – tauchte alsbald als Senior Non-Resident Fellow beim Atlantic Council auf.

Bellingcat-Gründer Eliot Higgins und ZDF-Moderatorin Marietta Slomka erhalten 2015 den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für herausragenden Fernsehjournalismus. (WDR)

Hinzu kommen Dutzende von Politik-, Wirtschafts- und Geschichtsprofessoren sowie die Präsidenten der meisten amerikanischen Eliteuniversitäten, die als CFR-Mitglieder für einen konformen Forschungs- und Lehrbetrieb sorgen und den Medien als Experten zur Verfügung stehen (siehe erste Abbildung).

In Deutschland zählen zu den in CFR-Medien gefragten Denkfabriken insbesondere die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) – die 1955 vom CFR mitgegründet und vom ehemaligen Atlantikbrücke-Chef Arendt Oetker präsidiert wird – sowie die von einem BND-Geheimdienstler auf Anraten von CFR-Direktor Kissinger gegründete Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Die SWP wird hauptsächlich von der deutschen Bundesregierung finanziert und von Volker Perthes geleitet, der gleichzeitig Mitglied in der Atlantikbrücke, der Trilateralen Kommission, der Bilderberg-Gruppe und der DGAP ist und damit zu den führenden Transatlantikern Deutschlands zählt.

SWP-Direktor Volker Perthes in den ARD-Tagesthemen (ARD)

Die SWP ist indes nicht nur eine Denkfabrik, sondern auch ein Planungsbüro: So organisierte sie 2012 in Berlin zusammen mit dem „US Institute of Peace" – das vom ehemaligen US-Sicherheitsberater und CFR-Mitglied Stephen Hadley geleitet wird – eine Serie von Workshops mit syrischen Oppositionellen und Rebellen, um die Zeit nach dem anvisierten Regierungssturz zu planen (Projekt „Day After") [33].

In der Schweiz gibt es mit Ausnahme des ETH Center for Security Studies kaum noch nennenswerte geopolitische Institute. Das Schweizer Fernsehen und Zeitungen wie die NZZ greifen für ihre Interviews und Gastbeiträge deshalb ebenfalls gerne auf SWP-Experten und andere deutsche Transatlantiker zurück – wobei deren einschlägige Verbindungen üblicherweise nicht offengelegt werden.

Unabhängige Experten – an Fachwissen ihren transatlantischen Kollegen nicht selten überlegen – haben in den CFR-Medien hingegen einen schweren Stand: Die meisten von ihnen werden schlicht ignoriert, während besonders kritische Köpfe sogar mit Diffamierungskampagnen rechnen müssen, wie sie zuletzt der deutsche Islamwissenschaftler und Syrienkenner Michael Lueders oder der Schweizer Historiker und Experte für verdeckte Kriegsführung Daniele Ganser erlebten.

Militär

Auch das Militär der USA und der NATO-Staaten ist ein integraler Bestandteil der CFR-Matrix und spielt insbesondere in Krisen- und Kriegszeiten eine entscheidende Rolle.

Der CFR unterhält seit Jahrzehnten ein eigenes Ausbildungsprogramm für Offiziere, sodass inzwischen Schätzungen zufolge rund 75% [34] aller höheren US-Militärs vom CFR ausgebildet wurden – inklusive nahezu aller Generalstabschefs, NATO-Oberbefehlshaber und Gebietskommandeure seit dem Zweiten Weltkrieg (siehe erste Abbildung und Auflistung pro Administration) [35]. Auf diese Weise hat sich der Council eine ideologisch geschulte, imperiale Streitkraft aufgebaut, wie man dies sonst fast nur von totalitären Regimen her kennt.

Der Friedensnobelpreis:

Eine besondere Rolle in der Definition von „Gut" und „Böse" spielt der sogenannte Friedensnobelpreis. Dieser wird als einziger der Nobelpreise nicht von der Akademie der Wissenschaften des neutralen Schwedens verliehen, sondern von einer Kommission ehemaliger Politiker des NATO-Gründungsmitglieds Norwegen. Der Friedensnobelpreis wird deshalb im Allgemeinen nicht für die Wahrung des Friedens an sich, sondern für die Wahrung des amerikanischen Friedens – der Pax Americana – vergeben. Persönlichkeiten, die sich beispielsweise gegen völkerrechtswidrige NATO-Interventionen engagiert haben, sucht man auf der Liste der Preisträger daher vergeblich. Dafür findet man dort CFR-Vertreter von Kissinger bis Obama und ihre Gehilfen in Ländern von Burma über Tunesien und Jemen bis zur EU.

Die Friedensnobelpreisträgerin und Präsidentin Burmas, Aung San Suu Kyi, erhält den NED Democracy Award 2012 [31] im US-Kapitol. Links NED-Präsident und Council-Mitglied Carl Gershman, rechts die frühere US-Außenministerin und Council-Direktorin Madeleine Albright. Burma ist Teil der US-Einkreisungsstrategie [32] gegenüber China.

Publiziert auf Free21 am 23.9.2017, 16:22 Uhr. Original von Swiss Propaganda Research erschienen auf ‹https://swprs.org›.

Ulrich Tilgner, der langjährige Nahost-Korrespondent des ZDF und Schweizer Fernsehens, beschrieb [36] die Interaktion zwischen Medien und Militär im Rückblick auf den Irak-Krieg von 2003 wie folgt:

> Mit Hilfe der Medien bestimmen die Militärs die öffentliche Wahrnehmung und nutzen sie für ihre Planungen. Sie schaffen es, Erwartungen zu wecken und Szenarien und Täuschungen zu verbreiten. In dieser neuen Art von Krieg erfüllen die PR-Strategen der US-Administration eine ähnliche Funktion wie sonst die Bomberpiloten. Die Spezial-Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit im Pentagon und in den Geheimdiensten sind zu Kombattanten im Informationskrieg geworden.

Dabei nutzen die amerikanischen Militärs die mangelnde Transparenz der Berichterstattung in den Medien gezielt für ihre Täuschungsmanöver. Die von ihnen gestreuten Informationen, die von Zeitungen und Rundfunk aufgenommen und verbreitet werden, können Leser, Zuhörer oder Zuschauer unmöglich bis zur Quelle zurückverfolgen. Somit gelingt es ihnen nicht, die ursprüngliche Absicht der Militärs zu erkennen. … Journalisten werden so als Mittel genutzt, den Kriegsgegner in die Irre zu führen. Information wird zum Bestandteil der Kriegsführung: zum Informationskrieg." (Tilgner, Der inszenierte Krieg, 2003/2007)

Tilgners Einschätzung wurde von Tom Curley, dem ehemaligen Chef der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press, bestätigt. Curley machte in einem Vortrag von 2009 publik, dass allein das Pentagon 27'000 PR-Spezialisten [37] beschäftigt, die mit einem jährlichen Budget von fast 5 Milliarden Dollar Propaganda und Desinformation produzieren. Zudem hätten hohe US-Generäle gedroht, dass man die AP und ihn „ruinieren" werde, falls die Reporter allzu kritisch über das US-Militär berichten sollten. Dennoch – oder deswegen – übernehmen CFR-Medien die Verlautbarungen des US- und NATO-Militärs zumeist gänzlich unkritisch.

Die Symbiose zwischen Militär und Medien reicht somit weit über die berüchtigten „eingebetteten Journalisten" hinaus. Unabhängige Investigativ-Journalisten haben hingegen einen schweren Stand: Sie werden von NATO-Mitgliedern gemäß Wikileaks-Dokumenten als eines der größten Sicherheitsrisiken eingestuft [38] – und entsprechend behandelt [39].

Mitglieder des US-Generalstabs auf einem CFR-Podium, 2013 (Foto: Public Domain)

Geheimdienste

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren nahezu alle CIA-Direktoren Mitglieder des Councils. Bereits die Vorgängerorganisation der CIA, das Office of Strategic Services (OSS), wurde von den CFR-Mitgliedern Allen Dulles und William J. Donovan gegründet und geleitet. Insofern dürfte die CIA eher als ein verdeckt operierender Arm des Councils zu sehen sein, und weniger als ein klassischer, ausschließlich dem US-Präsidenten unterstellter Geheimdienst.

CIA- und CFR-Direktor Allen Dulles (links), der nach der gescheiterten Kuba-Invasion von Kennedy entlassen wurde und später die Untersuchungskommission zum Mord an Kennedy mitleitete.

Damit erscheint auch die bekannte Operation Mockingbird in einem etwas anderen Licht. Mitte der 70er Jahre wurde publik, dass die CIA in nahezu allen US-Medien über Konfidenten verfügte [40] und diese mit Information bzw. Desinformation belieferte. Allerdings waren die Chefs dieser Medien ohnehin längst in den Council eingebunden und saßen mit den Direktoren der CIA am selben Tisch – von einer subversiven Unterwanderung ansonsten unabhängiger Medien kann insofern nicht wirklich gesprochen werden. Beendet haben soll dieses Programm übrigens CIA- und CFR-Direktor George H.W. Bush – zumindest stand dies damals so in den Zeitungen.

Dass auch einige deutschsprachige Top-Journalisten eng mit Geheimdiensten zusammenarbeiten, dies zeigt beispielhaft der Fall von Otto Schulmeister. Schulmeister war langjähriger Chefredakteur der Presse, einer der traditionsreichsten Tageszeitungen Österreichs. Dabei unterhielt er enge Kontakte zur CIA und wurde vom Geheimdienst laufend mit „Material" versorgt. In der CIA-Zentrale freute man sich über die gute Zusammenarbeit, wie in seinem kürzlich deklassifizierten Dossier nachzulesen [41] ist: „Material ausgehändigt. Es erschien ein Leitartikel nach unseren Anweisungen."

CORRIERE DELLA SERA

UNA STRAGE CHE NON HA PRECEDENTI IN ITALIA. DUE IPOTESI: ATTENTATO O SCIAGURA

Scoppio apocalisse a Bologna
76 morti, 147 feriti in stazione

Pertini accorre - Nella sette prende corpo il sospetto di una bomba al plastico

Anschlag auf den Bahnhof von Bologna, 1980: Eine Gladio-Operation

Das Besondere an Geheimdiensten wie der CIA ist indes, dass sie nicht nur in der Gewinnung und Verarbeitung von Information tätig sind, sondern auch verdeckte Operationen durchführen. Beispielsweise organisierten britische und amerikanische Geheimdienste zusammen mit der NATO während des Kalten Kriegs Dutzende Bombenanschläge in Westeuropa, die sodann kommunistischen und arabischen Gruppierungen angelastet wurden (Operation Gladio) [42]. CFR-konforme Medien verbreiteten dabei stets das offizielle Narrativ und stellten keine kritischen Fragen – ein Mechanismus, der sich bis heute beobachten lässt.

Auf diese Weise kann das Netzwerk des Councils von der verdeckten Operation bis hin zur medialen Berichterstattung eine ganze Ereigniskette dirigieren und so eine künstliche Realität erschaffen, mit der sich die Öffentlichkeit nahezu beliebig lenken lässt. Oder wie es der ehemalige CIA-Direktor und Council-Vertreter William Casey einst formulierte [43]: „Unser Desinformationsprogramm wird

Die SITE Intelligence Group:

Die SITE Intelligence Group. Wenn ein neues Al-Kaida-Video auftaucht oder die mysteriöse Terrorgruppe ISIS einen Anschlag für sich reklamiert, erfahren CFR-konforme Medien dies stets aus derselben Quelle: Von der israelisch-amerikanischen SITE Intelligence Group [44]. Das Besondere an SITE: Die Organisation erhält solche Informationen nicht nur stets als Erste, sie ist mitunter auch an deren Produktion beteiligt. So stellte sich 2011 im Rahmen eines Münchner Gerichtsverfahrens heraus, dass SITE zusammen mit US-Geheimdiensten beim Aufbau der Al-Kaida-Plattform Global Islamic Media Front (GIMF) in Deutschland behilflich war [45].

Ausschnitt aus einem von SITE veröffentlichten ISIS-Video. Die Terrorgruppe marschierte 2014 via NATO-Mitglied Türkei und NATO-Partner Jordanien [46] in Syrien und im Irak ein und provozierte eine Militärintervention der US-Allianz in diesen Ländern.

erst abgeschlossen sein, wenn alles, was die Öffentlichkeit glaubt, falsch ist."

Regierungen

Bis zur überraschenden Wahl von Donald Trump besetzte der Council während Jahrzehnten nahezu alle Schlüsselpositionen in der US-Regierung und stellte pro Administration – ob demokratisch oder republikanisch – mehrere hundert Spitzenbeamte und Berater. Der ehemalige US-Senator Barry Goldwater sagte [47] dazu einst: „Wenn wir die Präsidenten wechseln, dann bedeutet dies, dass die Wähler einen Wechsel in der nationalen Politik wünschen. Bisher gab es zwar stets einen großen Wechsel an Personal, aber keinen Wechsel in der Politik, denn ein CFR-Mitglied löste das andere ab."

Andere Regierungen im Einflussbereich der USA haben meist nur geringen Einfluss und Spielraum, wenn es um geopolitische bzw. imperiale Angelegenheiten geht. Werner Weidenfeld, der langjährige Koordinator der deutschen Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, erklärte [48] dies in einem Interview wie folgt: „Wenn wir in einer ernsten Frage anderer Auffassung sind [als die Amerikaner], dann kommt Geheimdienstmaterial auf den Tisch, das Deutschland belastet, und [es heißt:] entweder ihr macht mit, oder ihr seid dran."

Werner Weidenfeld bei „Beckmann"

Auch die offiziell neutrale Schweiz kann sich den geopolitischen Zwängen nicht entziehen: Würde sich die Eidgenossenschaft beispielsweise nicht an den US-initiierten Sanktionen gegen Russland, Syrien oder den Iran beteiligen, dann gäbe es eben Sanktionen gegen die Schweiz (wie sie im Rahmen des Hotz-Linder-Abkommens [49] schon einmal angedroht wurden) – mit verheerenden Folgen für die Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft. Entsprechend zurückhaltend berichten staatstragende Medien über derartige Themen.

Clooney 2012 im (Süd-)Sudan, Jolie 2011 in Libyen. (Abaca/Reuters)

Innerhalb der Matrix nehmen Regierungen verschiedene Aufgaben wahr. Einerseits zählen sie natürlich seit jeher zu den Hauptakteuren in der unmittelbaren Verbreitung von Propaganda. Im Vergleich zu autoritären Staaten profitieren Demokratien dabei vom Umstand, dass ihre durch Propaganda „belasteten" Regierungen alle paar Jahre durch frische Nachfolger mit neuem Vertrauensvorschuss [50] abgelöst werden – wobei sich an den geopolitischen Machtverhältnissen und Mechanismen durch den Regierungswechsel freilich nichts ändert

Noch wesentlich grundlegender ist jedoch der staatliche Einfluss auf das Bildungswesen, durch welches das Welt- und Geschichtsbild einer Bevölkerung nachhaltig geformt wird. Insbesondere die Geschichtsschreibung ist ein essentielles Instrument, um „Gut" und „Böse" zu definieren und das Selbstverständnis von Ländern zu prägen. Und obwohl jeder weiß, dass „der Sieger die Geschichte schreibt", sind sich nur wenige bewusst, dass dem tatsächlich so ist.

CFR-Medien tragen das Ihre dazu bei, die imperiale Geschichtsschreibung in der Öffentlichkeit präsent zu halten, während es kritischen Historikern („Revisionisten") oft noch schlechter ergeht als ihren Kollegen im Journalismus. Denn es gilt das Diktum von George Orwell: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit."

Die UNO:

Die Giftgasangriffe der syrischen Regierung seien durch einen „sehr seriösen UNO- Bericht" belegt, schrieb der Ombudsmann des Schweizer Fernsehens in seiner Antwort an einen Zuschauer, der dem SRF eine einseitige Berichterstattung vorwarf. Doch amerikanische Investigativ-Journalisten [51] kamen zu einem gegenteiligen Ergebnis: Der UNO-Bericht [52] zu Giftgaseinsätzen in Syrien weise gravierende Mängel auf, habe Manipulationen ignoriert und basiere letztlich auf Behauptungen regierungsfeindlicher Milizen. Weshalb publiziert die UNO einen solch fragwürdigen Bericht? Womöglich deshalb, weil [53] die federführende UNO-Abteilung für Politische Angelegenheiten von einem US-Diplomaten geleitet wird, der zuvor in der US-Besatzungsbehörde für den Irak (CPA) diente, während die von der UNO mit der Untersuchung beauf- tragte Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) von einem türkischen Diplomaten geführt wird, der zuvor NATO-Funktionär (und Bilderberg-Teilnehmer) war. Auch UNO-Berichte [54] sind mithin stets kritisch zu prüfen – zumal CFR-Medien diese Arbeit aus naheliegenden Gründen kaum übernehmen werden. [55]

Die amerikanische UNO-Botschafterin präsentiert Bilder von Opfern eines angeblichen Giftgas-Angriffs der syrischen Regierung; April 2017 (AP).

Hollywood

Nebst den traditionellen Medien ist auch die Filmindustrie in Hollywood ein fester Bestandteil der CFR-Matrix, zumal die Chefs aller bekannten Filmstudios – von Disney über Universal bis 20th Century Fox – in den Council eingebunden sind. Deshalb erstaunt es nicht, dass Hollywood von American Sniper bis Zero Dark Thirty einen Propagandastreifen nach dem anderen in die Kinos bringt und damit – zusätzlich zum Schulunterricht – das Welt- und Geschichtsbild breiter Bevölkerungsschichten auf mehr oder weniger subtile Art und Weise beeinflusst.

Die Filmstudios agieren dabei nicht unabhängig von den übrigen Akteuren der CFR-Matrix: Gemäß kürzlich veröffentlichten Dokumenten [56] haben Pentagon und CIA die Drehbücher von mindestens 800 Kinofilmen und über 1000 TV-Produktionen bis in einzelne Dialoge und Figuren hinein bearbeitet, um dem Publikum die gewünschten Botschaften und Stereotype zu vermitteln. Besonders lohnenswert ist dieser Aufwand, wenn es Ende des Jahres für die jeweilige Filmproduktion einen Oscar gibt – so wie zuletzt für den „Dokumentarfilm" [57] über die ominösen Weißhelme in Syrien.

> „Der Kinofilm ist eines der mächtigsten Propagandawerkzeuge, die den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen."
>
> *Zitat aus: Der Film als Waffe in der psychologischen Kriegsführung, Memo des US-Geheimdienstes OSS [58]*

Doch nicht nur Filmstudios, auch einige der bekanntesten Hollywood-Stars sind Mitglied im CFR und engagieren sich für dessen internationale Projekte. Wenn Angelina Jolie nach Libyen fliegt, um mit den NATO-Revolutionären Solidarität [59] zu zeigen und sie für ihren Einsatz zu loben [60], oder wenn George Clooney sich (der hungernden Kinder wegen) für die Aufspaltung des (ölreichen und China-freundlichen) Sudans unter US-Aufsicht einsetzt [61], dann berichten CFR-Medien ausführ-

Publiziert auf Free21 am 23.9.2017, 16:22 Uhr. Original von Swiss Propaganda Research erschienen auf ‹https://swprs.org›.

lich [62] darüber – und erwähnen dabei nur eines nicht: dass diese Schauspieler selbst Mitglieder des Councils sind.

Nachrichtenagenturen

Eine besondere Rolle in der Informationsmatrix nehmen die Nachrichtenagenturen ein. Der ehemalige Geschäftsführer der österreichischen Nachrichtenagentur APA beschrieb ihre Funktion mit diesen Worten: „Nachrichtenagenturen stehen selten im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dennoch sind sie eine der einflussreichsten und gleichzeitig eine der am wenigsten bekannten Mediengattungen. Sie sind Schlüsselinstitutionen mit substanzieller Bedeutung für jedes Mediensystem. Sie sind das unsichtbare Nervenzentrum, das alle Teile dieses Systems verbindet." (Segbers 2007, S.10)

Tatsächlich stammen bei internationalen Ereignissen nahezu alle Texte und Bilder, die CFR-Medien verwenden, von nur drei globalen Nachrichtenagenturen: der amerikanischen Associated Press (AP), der britisch-kanadischen Thomson-Reuters, und der französischen Agence France-Presse (AFP). Selbst internationale Korrespondenten müssen sich für ihre Arbeit zumeist auf diese Agenturen verlassen, wie der langjährige holländische Kriegsberichterstatter Joris Luyendijk in seinem Buch „Von Bildern und Lügen in Zeiten des Krieges" [63] eindrucksvoll beschrieb.

Die Dominanz der drei globalen Agenturen hat einerseits zur Folge, dass sich in CFR-Medien von Wien bis Washington meist in etwa dieselben Informationen finden – und dieselben Informationen fehlen. Andererseits erleichtert die zentrale Informationsdistribution jenen Akteuren die Arbeit, die in entscheidenden Momenten Propaganda und Desinformation in das weltweite Mediensystem einspeisen möchten.

Reuters-Kriegskorrespondent Fred Bridgland beschrieb dies in einer bemerkenswerten Reportage [64] des britischen Channel 4 wie folgt: „Wir basierten unsere

Der Propaganda-Multiplikator

Berichte auf offiziellen Mitteilungen. Erst Jahre später erfuhr ich, dass in der US-Botschaft ein Desinformations-Experte der CIA saß und diese Mitteilungen erfand, die überhaupt keinen Bezug zur Realität hatten. Aber ehrlich gesagt, egal was die Agenturen publizieren, es wird von den Redaktionen sowieso aufgenommen."

Während Reuters und AP direkt in den Council eingebunden sind, gehört die AFP dem französischen Staat, der seinerseits über die Bilderberg-Gruppe und die NATO in die transatlantischen Strukturen integriert ist. Im Endeffekt fungieren die globalen Agenturen dadurch als eine Art „Propaganda-Multiplikator" [65], mit dem CFR-Operateure und ihre Partner die gewünschten Botschaften weltweit verbreiten können. Dabei profitieren sie vom Umstand, dass die Agenturen im Normalfall absolut seriös arbeiten und deshalb einen ausgezeichneten Ruf genießen.

Nur dank den drei globalen Agenturen gelangten etwa die zweifelhaften Berichte der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte oder die fragwürdigen Ukraine-Analysen von Bellingcat an hunderte internationale Medien und dadurch an ein weltweites Milliardenpublikum.

Auch die Bilder des ausgebrannten UN-Hilfskonvois bei Aleppo im September 2016 sowie des „Giftgasangriffs" auf Khan Sheikhoun im April 2017 – beide Ereignisse sind bis heute nicht aufgeklärt – gingen um die Welt und sorgten für massive diplomatische und sogar militärische Reaktionen. Die Fotos stammten in beiden Fällen von den zwei selben, in US-unterstützte Milizen eingebetteten, Agenturfotografen [66].

„Putin droht", „Iran provoziert", „NATO besorgt", „Assad-Hochburg": Inhaltliche und sprachliche Ähnlichkeit der geopolitischen Berichterstattung aufgrund von Meldungen der globalen Agenturen.

Passten nicht ins „westliche Narrativ": Bilder von Jan Oberg aus Aleppo.

Die Arbeiten unabhängiger Reporter schaffen es bei geopolitisch brisanten Ereignissen hingegen kaum in die Nachrichten. Der Norweger Jan Oberg war im Dezember 2016 als einer von wenigen Fotografen im rückeroberten Aleppo vor Ort, doch seine Bilder [67] konnte er in keinem Medium unterbringen – sie hätten „nicht ins westliche Narrativ gepasst" [68]. Und der langjährigen Nahost-Korrespondentin und Syrien-Kennerin Karin Leukefeld wurde mitgeteilt, man könne ihre Reportagen nicht mehr verwenden, da sie sich nicht an die „ein-

schlägigen Agenturmeldungen“ [69] halte.

Chefs von Nachrichtenagenturen haben aufgrund ihres Überblicks über die Medienlandschaft mitunter aber noch ganz andere Aufgaben [70]: So war der Direktor der Schweizerischen Depeschenagentur SDA während des Kalten Krieges persönlich dafür zuständig, der „Linkslastigkeit“ verdächtigte Schweizer Journalisten zwecks Fichierung und Observation der Bundespolizei zu melden.

PR-Agenturen

Was Regierungen, Militärs und Geheimdienste nicht selbst durchführen können oder wollen, das übernehmen externe PR-Agenturen. Die bekannte „Brutkastenlüge“ wurde etwa von der US-Agentur Hill & Knowlton inszeniert, indem die Tochter des kuwaitischen Botschafters zur Krankenschwester gemacht und auf ihre Falschaussage vor dem US-Kongress vorbereitet wurde.

Die Schlüsselfigur war damals John E. Porter, der den Kongressausschuss leitete und gleichzeitig mit der PR-Agentur kooperierte. Angesichts solcher Kollusion forderte selbst die CFR-konforme New York Times Konsequenzen – und die gab es tatsächlich: Porter wurde kurz darauf in den Council gewählt.

Die Brutkastenlüge: „Krankenschwester“ Nayirah vor dem US-Kongress, 1991

Der Golfkrieg war eben erst beendet und die Brutkastenlüge aufgedeckt, da war die US-Agentur Rudder Finn bereits in den Balkankriegen aktiv [71] und bereitete den publizistischen Boden für die folgende NATO-Intervention [72]. Der damalige Direktor von Rudder Finn erklärte in einem späteren Interview [73], warum seine Firma beispielsweise die Falschmeldung von serbischen „Todeslagern“ in Bosnien verbreitete:

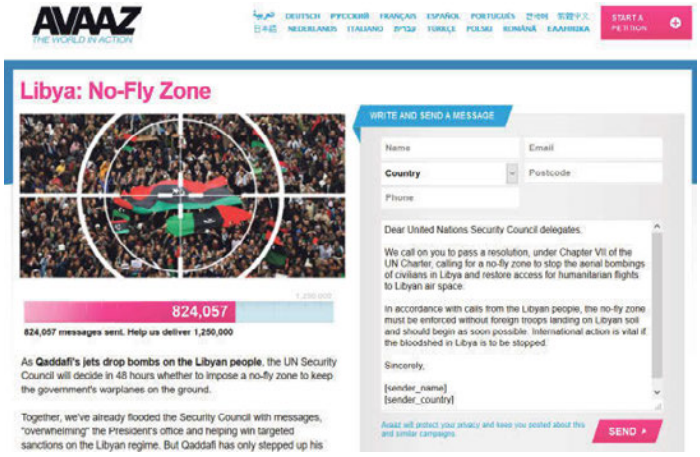
„Unsere Arbeit ist nicht, Informationen zu überprüfen. Dafür sind wir nicht ausgerüstet. Unsere Arbeit ist es, die Zirkulation von für uns günstigen Informationen zu beschleunigen und sorgfältig ausgewählte Ziele zu erreichen. Wir haben die Existenz von Todeslagern in Bosnien nicht bestätigt, wir haben nur bekannt gemacht, dass [das US-Magazin] Newsday diese behauptet hat. Wir sind Professionals. Wir hatten einen Job und wir erledigten ihn. Wir sind nicht bezahlt um moralisch zu sein.“

Als der Auslandschef einer Schweizer Wochenzeitung diese und andere Kriegslügen Mitte der 1990er Jahre einem deutschsprachigen Publikum bekannt machen wollte, intervenierten umgehend bekannte Medienhäuser aus Deutschland und der Schweiz bei seinem Verleger und sorgten dafür, dass er zu Bosnien vorläufig nichts mehr schreiben durfte und gar seine Absetzung diskutiert wurde [74].

Auch im Syrienkrieg waren PR-Profis gefragt. Ein Höhepunkt war hierbei zweifellos das „siebenjährige Twitter-Mädchen Bana Alabed“ [75], welches der Bevölkerung in den NATO-Staaten in bestem Englisch versicherte, dass die Rückeroberung Aleppos durch die syrische Armee und Russland keine Befreiung, sondern ein neuer „Holocaust“ sei. CFR-Medien berichteten während Wochen [76] über das Kind.

Schließlich wurde bekannt, dass „Bana“ bei der britischen PR-Agentur The Blair Partnership unter Vertrag ist [77], bei der auch Harry-Potter-Autorin J.K. Rowling mitwirkt, die ihr zuvor medienwirksam eines ihrer Bücher zukommen ließ. Keine Geschenke gab es hingegen für einen deutschen Blogger, der dem Magazin Stern wegen unkritischer Verbreitung der Bana-Geschichte „Fake News“ vorwarf: Er wurde umgehend verklagt [78].

Danke für die Bücher: „Bana Alabed“ und J.K. Rowling, Syrienkrieg, 2016. (AP)

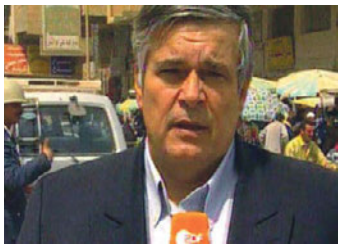


Avaaz-Petition zur Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen.

Ein weiteres Spezialgebiet von PR-Agenturen ist das sogenannte Astroturfing [79], bei dem eine künstliche öffentliche Bewegung lanciert wird, um ein politisches Ziel zu erreichen. Besonders beliebt sind hierzu Online-Petitionen vermeintlich humanitärer Organisationen wie Avaaz [80] oder Campact [81], die dann statt Unterstützung für den Regenwald plötzlich eine „Flugverbotszone“ über Libyen fordern.

3. Journalisten in der Matrix

Ein entscheidender Aspekt der CFR-Matrix besteht darin, dass auch gewöhnliche Journalisten in sie eingeschlossen sind. Viele Journalisten dürften mithin selbst an die ihnen vorgesetzten Narrative glauben, während andere wie PR-Profis arbeiten und ihre Beiträge einfach mit dem gewünschten Spin abliefern. Wieder andere mögen in der Konformität gar eine Karrierechance für sich erblicken.



Redaktionelle Eingriffe aufgrund von „Bündnisrücksichten“: Nahost-Korrespondent Tilgner

Doch vorselektierte Quellen, Gruppendruck und die Abhängigkeit von Vorgesetzten und Auftraggebern sorgen dafür, dass es selbst für aufrichtige und intelligente Journalisten schwierig bis unmöglich ist, die Informationsmatrix von innen heraus zu durchbrechen und abweichende Standpunkte einzubringen, sofern imperiale Angelegenheiten tangiert sind.

So haben Mitarbeiter der ARD gemäß internen Memos die Vorgabe, bei geopolitischen Konflikten „westliche Positionen zu verteidigen“ [82], vertrauliche Sprachregelungen [83] zu beachten und ausschließlich konforme Quellen [84] zu verwenden. Der ehemali-

Publiziert auf Free21 am 23.9.2017, 16:22 Uhr. Original von Swiss Propaganda Research erschienen auf ‹https://swprs.org›.

ge Chefredakteur des ZDF machte zudem publik, dass Beiträge zu US-Kriegen politisch beeinflusst [85] werden. Nahost-Korrespondent Ulrich Tilgner beklagte redaktionelle Eingriffe aufgrund von „Bündnisrücksichten" [86], und der vormalige Leiter des ZDF-Studios Bonn bestätigte „Anweisungen von oben" [87] und eine „freiwillige Gleichschaltung" [88] der Journalisten.

Abweichler werden entsprechend sanktioniert: In der Schweiz wurde etwa der langjährige SRF-Korrespondent Helmut Scheben als „Putin-Troll" und „Teil der russischen Propaganda-Maschinerie" beschimpft, als er es wagte, die Syrienberichterstattung westlicher Medien kritisch zu hinterfragen. Auch ein NZZ-Autor, der sich anmerken ließ, dass er noch offene Fragen zu den Ereignissen vom 11. September 2001 hat, wurde von seinem Chef umgehend öffentlich zurechtgewiesen [89].

Amerikanischen Journalisten ergeht es nicht besser. Gary Webb, der in den 90er Jahren aufdeckte, dass die CIA Kokain aus Kolumbien importierte und mit den Erlösen Milizen in Nicaragua finanzierte, wurde von den US-Medien so lange diffamiert [90], bis sein Ruf ruiniert war und er einige Jahre später Selbstmord beging. Phil Donahue, der 2003 als beinahe einziger US-Topjournalist den geplanten Irak-Krieg kritisierte, wurde von MSNBC trotz hervorragender Quoten kurzerhand entlassen [91].

Amber Lyon, die im Auftrag von CNN eine Dokumentation über den US-Verbündeten Bahrein drehte und darin die Menschenrechtslage kritisierte, wurde die Ausstrahlung von ihrem eigenen Sender verweigert [92], worauf sie den Sender von sich aus verließ. Und Sean Hannity, der auf Fox News den ungeklärten Mord [93] an DNC-Mitarbeiter Seth Rich thematisieren wollte, sah sich mit dem Absprung mehrerer Sponsoren und der möglichen Absetzung seiner Sendung konfrontiert [94] – sowie mit erbosten Kommentaren [95] von führenden Council-Mitarbeitern.

Nun könnte man annehmen, dass in solch offensichtlichen Missbrauchsfällen das amerikanische Committee to Protect Journalists (CPJ), das sich für die Rechte der Journalisten einsetzt, intervenieren würde. Dem ist jedoch nicht so – denn die Direktoren sowie fast der gesamte Vorstand des CPJ sind selbst Mitglieder des Council on Foreign Relations.

Immerhin könnten solch mutige Journalisten eine Auszeichnung erhalten, beispielsweise den renommierten Pulitzer-Preis. Auch hier wartet man jedoch vergeblich, denn der Präsident des Pulitzer-Komitees (aktuell ein Washington-Post-Redakteur) sowie diverse Vorstandsmitglieder entstammen ebenso dem Council. Generell ist die Vergabe von Preisen und Auszeichnungen ein wirksames Mittel, um festzulegen, was „guter" Journalismus und wer „renommierter" Journalist ist.

Der deutsche Investigativ-Journalist und Dokumentarfilmer Dirk Pohlmann beschrieb [96] die Situation mit den folgenden Worten, nachdem eines seiner geopolitisch brisanten Filmprojekte vom ZDF auf höchster Ebene gestoppt wurde:

> „Das war eben ein Thema, bei dem man an die Grenzen dessen kommt, worüber man berichten darf. Diese Grenzen gibt es, auch in unserem sogenannten „Freien Westen". Das merkt man, wenn man sie betritt: Dann gehen auf einmal die Scheinwerfer an, die Hunde fangen an zu bellen und man hört, wie die Leute näher kommen. Und dann weiß man, ok, jetzt bin ich in dem Territorium, von dem vorher behauptet wurde, dass es das gar nicht gibt: nämlich das verminte Territorium der Grenzen der Informationsfreiheit."

Bedeutet dies, dass kritischer Journalismus in CFR-konformen Medien nicht erwünscht ist? Im Gegenteil: Seriöser Journalismus bildet überhaupt erst die Grundlage für die Glaubwürdigkeit der traditionellen Medien, auf deren Basis dann gezielt und wirkungsvoll geopolitische (und andere) Propaganda lanciert werden kann. Denn der arglose Leser und Zuschauer hat kaum eine Chance, zwischen zwei ehrlichen Beiträgen die geschickte Manipulation zu erkennen oder auch nur zu erahnen.

Von allen Propaganda-Prinzipien ist dieses – langfristig gesehen – vielleicht sogar das wichtigste: Nur Medien, die vertrauenswürdig erscheinen, können dieses Vertrauen auch missbrauchen.

Für CFR-Medien ein Tabu: Erhielt Wikileaks die E-Mails der Demokratischen Partei 2016 nicht von „russischen Hackern", sondern vom kurz darauf ermordeten DNC-Mitarbeiter Seth Rich?

4. Fazit

Jahrzehntelang hatte das Netzwerk des Council on Foreign Relations eine nahezu uneingeschränkte Kontrolle über den geostrategischen Informationsfluss in den NATO-Ländern. Die meisten Menschen hatten keine Möglichkeit zu realisieren, dass sie sich trotz scheinbarer Medienvielfalt tatsächlich in einer dicht gewobenen Informationsmatrix befanden.

Weshalb betrieb und betreibt der Council einen derartigen Aufwand zur Täuschung der eigenen Bevölkerung? Der inzwischen verstorbene Nationale Sicherheitsberater und Council-Direktor Zbigniew Brzezinski brachte es in seinem Buch The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives [97] auf den Punkt: „Demokratie ist der imperialen Mobilisierung abträglich, denn das Streben nach imperialer Macht läuft den demokratischen Instinkten zuwider." (Brzezinski 1998, S. 20)

Tatsächlich mussten die USA seit dem Krieg gegen Spanien von 1898 für nahezu alle ihre Interventionen einen Vorwand kreieren [98], um die stetige Expansion der eigenen Einflusssphäre – nach der letztlich alle Imperien streben – moralisch zu legitimieren und die eigene Bevölkerung dafür zu gewinnen – zumal kaum je ein Land so leichtfertig war, die Vereinigten Staaten ohne Not von sich aus anzugreifen.

Hierzu erschufen die USA – wie Karl Rove es ausdrückte – eine eigene, „imperiale" Realität, die von verdeckten Operationen über die mediale Berichterstattung bis hin zur Geschichtsschreibung reicht und von den Mitgliedern des Councils und seiner Partnerorganisationen inszeniert und propagiert wird.

Damit wird zugleich verständlich, warum CFR-Medien derart nervös auf den Erfolg russischer Medien wie Russia Today reagieren, obschon sie ihnen kaum inhaltliche Fehler nachweisen können: Diese erweitern eben nicht nur die gepriesene Meinungsvielfalt, sondern destabilisieren die umfassende Informationsmatrix des Councils – zumindest dort, wo es russischen Interessen dienlich ist.

Durch das Internet entwickelte sich zudem die Möglichkeit, Informationen dezentral und kostengünstig zu verbreiten und so die Gatekeeper des Councils zu umgehen. Inzwischen existieren auch im deutschsprachigen Raum eine Vielzahl leserfinanzierter Medien und Plattformen, die das konventionelle Narrativ kritisch hinterfragen und neue Sichtweisen ermöglichen (siehe den Medien-Navigator [99]).

Aus Sicht des Councils stellen solche Publikationen indes eine zunehmende Bedrohung der eigenen Informations- und Deutungshoheit dar. CFR-konforme Medien und Internetunternehmen reagierten hierauf mit der Schließung [100] von Leserforen, Zensur [101] auf sozialen Netzwerken, der „Bereinigung" von Suchresultaten sowie zunehmender Überwachung.

Auf Illusion folgt somit Repression – es bleibt die Frage, ob dadurch das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen werden kann.

Literatur:

CFR-Mitgliederverzeichnisse von 1922 bis 2013 und von 2016:<https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/council-on-foreign-relations-membership-rosters-1922-2013.pdf>

CFR-Mitglieder in der US-Regierung von 1900 bis 2014: <https://swprs.org/die-propaganda-matrix/#k5>

Bilderberg-Konferenzen: Teilnehmerlisten 1954 bis 2014 <https://swprs.files.wordpress.com/2016/07/bilderberg_teilnehmer_1954-2014.pdf> und 2015-2017: <http://www.bilderbergmeetings.org/latest-meetings.html>

Trilaterale Kommission: Mitgliederlisten von 1973 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-1973.pdf>; 1978 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-1978.pdf>; 1985 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-1985.pdf>; 1995 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-1995.pdf>; 2010 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-2010.pdf>; und 2017 <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/trilateral-commission-members-2017.pdf> <

Atlantik-Brücke: Jahresberichte von 2006 bis 2016: <https://www.atlantik-bruecke.org/veroeffentlichungen/jahresberichte/>

Quellen:

[1] Spiegel: Ein Politbüro für den Kapitalismus? <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41389590.html>

[2] Wikipedia: Return to normalcy <https://en.wikipedia.org/wiki/Return_to_normalcy>

[3] New York Times: The Council on Foreign Relations—Is It a Club? Seminar? Presidium? 'Invisible Government'? <http://www.nytimes.com/1971/11/21/archives/is-it-a-club-seminar-presidium-invisible-government-the-council-on-.html>

[4] Laurence H. Shoup & William Minter: Imperial Brain Trust: <https://swprs.files.wordpress.com/2017/09/cfr_imperial_brain_trust.pdf#page=129>

[5] Digitalcommons: The Council on Foreign Relations and the Grand Area: Case Studies on the Origins of the IMF and the Vietnam War <http://digitalcommons.fiu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1019&context=classracecorporatepower>

[6] Carnegie: The Benevolent Empire <http://carnegieendowment.org/1998/06/01/benevolent-empire-pub-275>

[7] SWPRS.ORG: Council on Foreign Relations Members in the Barack Obama Administration <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/cfr-administration-members-1900-2014.pdf>

[8] Spiegel: Ein Politbüro für den Kapitalismus? <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41389590.html>

[9] YouTube: François Fillon a confié à Philippe de Villiers que le Bilderberg nous gouverne <https://www.youtube.com/watch?v=yOgiggCVrmc&feature=youtu.be&t=2m40s>

[10] Washington Examiner: Clinton email reveals: Google sought overthrow of Syria's Assad <http://www.washingtonexaminer.com/clinton-email-reveals-google-sought-overthrow-of-syrias-assad/article/2586300>

[11] Lizenzzeitung: <https://de.wikipedia.org/wiki/Lizenzzeitung>

[12] Atlantikbrücke: <https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantik-Br%C3%BCcke>

[13] Foreign Affairs Committee: Confronting Russia's Weaponization of Information <https://foreignaffairs.house.gov/hearing/hearing-confronting-russias-weaponization-of-information/>

[14] Swprs.org: Die NZZ-Studie (Qualität der geopolitischen Berichterstattung in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)) <https://swprs.files.wordpress.com/2017/08/nzz-propaganda-studie-2016v.pdf>

[15] Foeg (Uni Zürich) Jahrbuch Qualität der Medien <http://www.foeg.uzh.ch/de/jahrbuch.html>

[16] Swprs.org: Warum der Tages-Anzeiger nichts verpasst <https://swprs.org/tagesanzeiger/>

[17] Swprs.org: Der Propagandaschlüssel <https://swprs.org/der-propaganda-schluessel/>

[18] Human Rights Investigations: Suzanne Nossel Executive Director of Amnesty International USA <https://humanrightsinvestigations.org/2012/09/30/suzanne-nossel-executive-director-of-amnesty-international-usa/>

[19] The Council on Foreign Relations: The Imperial Council of the United States: <https://swprs.files.wordpress.com/2017/08/cfr-imperial-council-hdm-spr.png>

[20] Farbrevolutionen: <https://de.wikipedia.org/wiki/Farbrevolutionen>

[21] Nayirah testimony: <https://en.wikipedia.org/wiki/Nayirah_testimony>

[22] Brutkastenlüge: <https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkastenl%C3%BCge>

[23] CSI comment: Amnesty International repeats US war propaganda: <http://www.interventionism.info/en/CSI-comment:--Does-Amnesty-International-campaign-for-NATO>

[24] Consortiumnews.com „Amnesty's Shilling for US Wars" by Ann Wright and Coleen Rowley: <https://consortiumnews.com/2012/06/18/amnestys-shilling-for-us-wars/>

[25] Human Rights Watch: Syria: Government Likely Culprit in Chemical Attack: <https://www.hrw.org/news/2013/09/10/syria-government-likely-culprit-chemical-attack>

[26] Blauer Bote Magazin „Giftgasangriffe in Ghouta bei Damaskus, Syrien": <http://blauerbote.com/2017/04/01/giftgasangriffe-in-ghouta-bei-damaskus-syrien/>

[27] TesfaNews „Hillary, Amnesty, HRW and Regime Change in Africa": <https://www.tesfanews.net/hillary-amnesty-hrw-and-regime-change-in-africa/>

[28] Hintergrund „Weiße Helme ohne weiße Westen" von Fabian Köhler: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/weisse-helme-ohne-weisse-westen/>

[29] GlobalResearch: <https://www.globalresearch.ca/war-propaganda-and-the-aleppo-media-centre-funded-by-french-foreign-office-eu-and-us/5546925>

[30] 21centurywire.com: Syria's White Helmets: War by Way of Deception – Part I <http://21stcenturywire.com/2015/10/23/syrias-white-helmets-war-by-way-of-deception-part-1/>

[31] PRnewswire: Aung San Suu Kyi to address NED 2012 Democracy Award in U.S. Capitol <http://www.prnewswire.com/news-releases/aung-san-suu-kyi-to-address-ned-2012-democracy-award-in-us-capitol-167734515.html>

[32] New Eastern Outlook: US to Fight US-Saudi Sponsored Terrorism in Asia <https://journal-neo.org/2017/09/08/us-to-fight-us-saudi-sponsored-terrorism-in-asia/>

[33] Zeit Online: Das neue Syrien kommt aus Wilmersdorf <http://www.zeit.de/2012/31/Syrien-Bundesregierung>

[34] Renewamerica (Wayback Machine) „The Age of Despotism" <https://web.archive.org/web/20090720064316/http://www.renewamerica.com:80/columns/baldwin/090707>

[35] Council on Foreign Relations: Military Fellowship <https://www.cfr.org/sites/default/files/report_pdf/2017%20Military%20Fellows%20Historical%20List.pdf> und Swprs.org: <https://swprs.files.wordpress.com/2017/07/cfr-administration-members-1900-2014.pdf>

[36] Ulrich Tilgner: Der inzenierte Krieg: <http://www.ulrich-tilgner.de/der-inszenierte-krieg/>

[37] Tagesanzeiger: 27'000 PR-Berater polieren Image der USA <https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/amerika/27000-PRBerater-polieren-Image-der-USA/story/20404513>

[38] Youtube/John Pilger - The War You Don't See <https://www.youtube.com/watch?v=WCWdwlkxrE&feature=youtu.be&t=1h18m35s>

[39] Zero hedge: Journalist Interrogated, Fired For Story Linking CIA And Syria Weapons Flights <http://www.zerohedge.com/news/2017-08-28/journalist-interrogated-fired-story-linking-cia-and-syria-weapons-flights>

[40] Operation Mockingbirg: <https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Mockingbird>

[41] Swprs.org: Der Chefredakteur und die CIA <https://swprs.org/der-chefredakteur-und-die-cia/>

[42] Daniele Ganser: Terrorism in Western Europe: An Approach to NATO's Secret Stay-Behind Armies <https://www.danieleganser.ch/assets/files/Inhalte/Publikationen/Fachzeitschriften/DanieleGanser_Terrorism_in_Western_Europe.pdf>

[43] Quora: <https://www.quora.com/Did-CIA-Director-William-Casey-really-say-Well-know-our-disinformation-program-is-complete-when-everything-the-American-public-believes-is-false>

[44] Global Research: Who is Behind the Islamic State (ISIL) Beheadings? Probing the SITE Intelligence Group <http://www.globalresearch.ca/who-is-behind-the-islamic-state-is-beheadings-probing-the-site-intelligence-group/5402082>

[45] swr.de: Eklat im GIMF-Verfahren: Steuerte das FBI die zweite Generation? <https://www.swr.de/blog/terrorismus/2011/09/09/eklat-im-gimf-verfahren-steuerte-das-fbi-die-zweite-generation/>

[46] New Eastern Outlook: Logistics 101: Where Does ISIS Get Its Guns? <https://journal-neo.org/2015/06/09/logistics-101-where-does-isis-get-its-guns/>

[47] Third World Traveler: With No Apologies - The Personal and Political Memoirs of United States Senator Barry M. Goldwater, 1979 <http://www.thirdworldtraveler.com/New_World_Order/Goldwater_NoApologies.html>

[48] Werner Weidenfeld bei Beckmann: <https://youtu.be/Oh1-OkC6vm4>

[49] Hotz-Linder-Agreement: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hotz-Linder-Agreement>

[50] Vertrauensvorschuss-Grafik: <https://swprs.files.wordpress.com/2017/09/us-president-approval-ratings.png>

[51] Consortium news: UN Team Heard Claims of 'Staged' Chemical Attacks <https://consortiumnews.com/2016/09/08/un-team-heard-claims-of-staged-chemical-attacks/>

Publiziert auf Free21 am 23.9.2017, 16:22 Uhr. Original von Swiss Propaganda Research erschienen auf ‹https://swprs.org›.

[52] UN Security Council Bericht <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N16/269/75/PDF/N1626975.pdf>

[53] Rubikon News: Die Vereinten Nationen in den Händen der Kriegstreiber <https://www.rubikon.news/artikel/die-vereinten-nationen-in-den-handen-der-kriegstreiber-1-3>

[54] Consortiumnews: How US Pressure Bends UN Agencies <https://consortiumnews.com/2013/10/16/how-us-pressure-bends-un-agencies/>

[55] Consortiumnews: U.N. Enablers of 'Aggressive War' <https://consortiumnews.com/2017/09/08/u-n-enablers-of-aggressive-war/>

[56] Medium.com: Documents expose how Hollywood promotes war on behalf of the Pentagon, CIA and NSA <https://medium.com/insurge-intelligence/exclusive-documents-expose-direct-us-military-intelligence-influence-on-1-800-movies-and-tv-shows-36433107c307>

[57] CNN: Netflix's ‚The White Helmets' takes home the company's first Oscar win <http://edition.cnn.com/2017/02/26/us/white-helmets-oscar/>

[58] Stategiepapier des US-Geheimdienstes OSS: <http://www.spyculture.com/docs/US/OSS-motionpicturesasweapons.pdf>

[59] Reuters: Exclusive: Angelina Jolie visits Libya to show solidarity <https://www.reuters.com/article/us-libya-jolie/exclusive-angelina-jolie-visits-libya-to-show-solidarity-idUSTRE79A3S820111011>

[60] Reuters: Angelina Jolie praises Libya's revolutionaries <https://www.reuters.com/article/us-libya-jolie/angelina-jolie-praises-libyas-revolutionaries-idUSTRE79A3S820111012>

[61] CNN: Clooney: ‚Real excitement' for peace in Sudan <http://edition.cnn.com/2011/WORLD/africa/01/06/george.clooney.sudan.vote/index.html>

[62] Thedailybeast: George Clooney Leverages Celebrity to Bring Change to Sudan <http://www.thedailybeast.com/george-clooney-leverages-celebrity-to-bring-change-to-sudan>

[63] Joris Luyendijk Von Bildern und Lügen in Zeiten des Krieges <https://www.klett-cotta.de/buch/Tropen-Sachbuch/Von_Bildern_und_Luegen_in_Zeiten_des_Krieges/48944>

[64] YouTube: CIA Influence On Mass Media: How Disinformation Campaigns Work PT 1 <https://www.youtube.com/watch?v=TEHiGnuZbPE>

[65] SWPRS.org: <https://swprs.org/der-propaganda-multiplikator/>

[66] Sputniknews: Reuters, AFP und Getty vermarkten den Fake gegen Syrien <https://de.sputniknews.com/blogs/20170507315669095-reuters-afp-getty-vermarkten-fake-syrien/>

[67] Jan Öberg: <https://janoberg.exposure.co/>

[68] Jan Oberg: Humans in liberated Aleppo: <https://janoberg.exposure.co/humans-in-liberated-aleppo>

[69] Watson: Spielball der Mächte: Weshalb der Syrien-Konflikt in erster Linie ein Stellvertreterkrieg ist <https://www.watson.ch/International/Kommentar/148360008-Spielball-der-M%C3%A4chte--Weshalb-der-Syrien-Konflikt-in-erster-Linie-ein-Stellvertreterkrieg-ist>

[70] Infosperber: Vom Ende des Bannwalds der Demokratie ? <https://www.infosperber.ch/Medien/Demokratie-Pressevielfalt-Medien>

[71] Hintergrund.de: Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/operation-balkan-werbung-fuer-krieg-und-tod/>

[72] siehe Becker/Beham, Operation Balkan: Werbung für Krieg und Tod, 2008, Nomos-Verlag

[73] Sourcewatch: James Harff <http://www.sourcewatch.org/index.php/James_Harff>

[74] SWPRS.org: Das gewünschte Narrativ: <https://swprs.org/das-gewuenschte-narrativ/>

[75] Blauer Bote Magazin: Bana Alabed aus Aleppo <http://blauerbote.com/2017/07/05/bana-alabed-aus-aleppo/>

[76] Über Medien: Die unwiderstehliche Geschichte vom twitternden Mädchen aus Aleppo <http://uebermedien.de/17878/bana-alabed-die-unwiderstehliche-geschichte-vom-twitternden-maedchen-aus-aleppo/>

[77] Blauer Bote Magazin: Bana Alabed ist Klientin der Londoner PR-Agentur The Blair Partnership <http://blauerbote.com/2017/04/23/bana-alabed-ist-klientin-der-londoner-pr-agentur-the-blair-partnership/>

[78] Über Medien: Stern.de-Autor muss sich nicht Fake-News-Produzent nennen lassen <http://uebermedien.de/17802/stern-de-autor-muss-sich-nicht-fake-news-produzent-nennen-lassen/>

[79] Astroturfing: <https://de.wikipedia.org/wiki/Astroturfing>

[80] Wrongkindofgreen: Avaaz, Purpose and the art of selling hate for empire <http://www.wrongkindofgreen.org/2014/09/17/syria-avaaz-purpose-the-art-of-selling-hate-for-empire/>

[81] Nachdenkseiten: Nicht zu fassen: Campact bestätigt unsere schlimmsten Befürchtungen. Hilfsarbeiter beim Feindbildaufbau <http://www.nachdenkseiten.de/?p=35689>

[82] Heise.de: Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik <https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD-Programmbeirat-bestaetigt-Publikumskritik-3367400.html>

[83] Heise.de: Die vertraulichen Sprachregelungen der ARD <https://www.heise.de/tp/features/Die-vertraulichen-Sprachregelungen-der-ARD-3758887.html>

[84] Oxmoxh: OXMOX Exklusiv-Interview mit Volker Bräutigam & Friedhelm Klinkhammer <https://www.oxmoxhh.de/magazin/story-interview/oxmox-exklusiv-interview-mit-volker-braeutigam-friedhelm-klinkhammer/>

[85] Youtube: Ex-ZDF-Chefredakteur über den großen Einfluss der Parteien auf das ZDF <https://www.youtube.com/watch?v=i2423aDq_hE>

[86] Berliner Zeitung: Korrespondent Ulrich Tilgner sucht mehr Distanz zum ZDF „Ich fühle mich eingeschränkt" <http://www.berliner-zeitung.de/15870684>

[87] Propagandaschau: Wolfgang Herles: „Es gibt in den Öffentlich-Rechtlichen Anweisungen von oben" <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/01/30/wolfgang-herles-es-gibt-in-den-oeffentlich-rechtlichen-anweisungen-von-oben/>

[88] Vichys Einblick: Meinungsfreiheit: Anordnung zur Anpassung? <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/meinungsfreiheit-anordnung-zur-anpassung/>

[89] swprs.org: Daniele Ganser: Anschlag auf die Forschungsfreiheit <https://swprs.org/daniele-ganser-anschlag-auf-die-forschungsfreiheit/>

[90] Consortiumnews: Gary Webb and Media Manipulation <https://consortiumnews.com/2014/11/02/gary-webb-and-media-manipulation/>

[91] Democracy Now: Phil Donahue on His 2003 Firing from MSNBC, When Liberal Network Couldn't Tolerate Antiwar Voices <https://www.democracynow.org/2013/3/21/phil_donahue_on_his_2003_firing>

[92] The Guardian: Why didn't CNN's international arm air its own documentary on Bahrain's Arab Spring repression? <https://www.theguardian.com/world/2012/sep/04/cnn-international-documentary-bahrain-arab-spring-repression>

[93] Global Research: The Case of Seth Rich's Assassination: Will It Expose the Truth Behind the "Russia Elections Hacking" Narrative <http://www.globalresearch.ca/the-case-of-seth-richs-assassination-will-it-expose-the-truth-behind-the-russia-elections-hacking-narrative/5593866>

[94] The Guardian: Sean Hannity hit by advertiser exodus in wake of bogus Seth Rich story <https://www.theguardian.com/media/2017/may/26/sean-hannity-advertiser-boycott-fox-news-seth-rich>

[95] Foreign Policy: The Seth Rich 'Scandal' Shows That Fox News Is Morally Bankrupt <http://foreignpolicy.com/2017/05/22/the-seth-rich-scandal-shows-that-fox-news-is-morally-bankrupt/>

[96] YouTube/Gruppe42 im Dialog: Dirk Pohlmann über „Macht&Kontrolle, Medien und geheime Dienste" <https://www.youtube.com/watch?v=mJrA1InMcv8&feature=youtu.be&t=5m24s>

[97] Brzezinski (Archive.org) The Grand Chessboard American Primacy And Its Geostrategic Imperatives (1997) <https://archive.org/details/TheGrandChessboardAmericanPrimacyAndItsGeostrategicImperatives-1997ZbigniewBrzezinski>

[98] William Blum „Zerstörung der Hoffnung (Killing Hope): Bewaffnete Interventionen der USA und des CIA seit dem 2. Weltkrieg", Zambon

[99] SWPRS.org: Medien-Navigator 2017: <https://swprs.org/der-medien-navigator-2017/>

[100] Heise.de: Konzentriertes Gejammer: NZZ schließt Kommentarspalte <https://www.heise.de/tp/features/Konzentriertes-Gejammer-NZZ-schliesst-Kommentarspalte-3618957.html>

[101] Heise.de: Facebook, „Fake News" und die Privatisierung der Zensur <https://www.heise.de/tp/features/Facebook-Fake-News-und-die-Privatisierung-der-Zensur-3599878.html>

[102] wsws.org: Google blocked every one of the WSWS's 45 top search terms: <https://www.wsws.org/en/articles/2017/08/04/goog-a04.html>

Autor:

Swiss Propaganda Research

ist ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer Medien. Studien und Webseite wurden von einem politisch und publizistisch unabhängigen Forscherteam in eigener privater Initiative und ohne Finanzierung oder Beauftragung erstellt.

https://swprs.org

Dieser Text wurde zuerst im September 2017 auf swprs.org unter der URL ‹https://swprs.org/die-propaganda-matrix/› veröffentlicht. Lizenz: swprs.org /Swiss Propaganda Research

‹http://www.free21.org/?p=28026›

Fantasy und die realen **Zusammenhänge der Macht**

Bedrohliche Zeiten lassen den Wunsch nach einfachen Erklärungen aufkommen, der von interessierter Seite nur allzu gerne bedient wird.

von Hermann Ploppa

„Der ständig rüpelnde US-Präsident Donald Trump steht wie ein begossener Konfirmand fast ganz links außen. Auch wenn es dafür protokollarische Gründe geben mag: Dieses Gruppenbild mit Dame visualisiert die aktuelle Machtverschiebung auf unserem Globus perfekt." (Foto: kremlin.ru, CC-BY 4.0)

Immer mehr Menschen wachen jetzt politisch auf, denn das vorherrschende Mainstream-Narrativ von dem guten Westen, von dem Marktradikalismus, der uns allen nützt, von dem Wirtschaftswachstum, dem alles geopfert werden muss: das alles zieht nicht mehr. Zu eng ist der Riemen um den Hals der unbescholtenen Bürger gezogen worden. Es geht nicht mehr. Deutschlands zweitgrößte Stadt Hamburg: ein Spielort für den kommenden Bürgerkrieg. Schlafentzug für zwei Millionen Menschen durch bedrohliche Hubschrauber. Immer mehr Menschen wollen dagegen wissen, was wirklich gespielt wird.

Es ist schon erstaunlich, dass Heroin nicht erneut, wie in früheren Zeiten aufkommender Revolten, wie durch ein Wunder zu Niedrigstpreisen ins Land geflutet wird (1). Was aber schon geflutet wird, sind Videos aus den Werkstätten der Desinformation. Ich habe lange nicht mehr bei Youtube eine solche Flut von wirren, simplifizierenden Vorträgen, Smartphone-Botschaften und Interviews gesehen, in denen alles Übel dieser Welt wieder einmal Juden, Freimaurern, Jesuiten, Illuminaten, ja sogar Aliens zugeschrieben werden wie gerade jetzt, wo Hamburg gebrannt hat. Da kommt als Erklärungsmuster, mehr oder minder dezent eingefädelt, für die marodierenden Brandstifter ein Komplott von Soros und Rothschild mit den „Linksradikalen" auf unseren geistigen Bildschirm.

> Man sieht, dass solche groben Vereinfachungen komplexer Machtstrukturen schlimme Folgen haben können. Hier ist die klassische „Blitzableiterfunktion" am Werk: marginalisierte Gruppen müssen schuld sein an allen Fehlentwicklungen, und sind deswegen auch vogelfrei. Dieser Technik bediente sich auch die Bild-Zeitung im Zusammenhang mit den Hamburger Ereignissen

Bedaure, das ist ein Recycling von Altlasten aus der Fälschungswerkstatt des zaristischen Geheimdienstes Ochrana. Um den Reformstau im zaristischen Zarenregime zu rechtfertigen, bastelten die Ochrana-Agenten ein perfides Werk, das als „Die Protokolle der Weisen von Zion" um die Welt ging, das sodann Grundlage wurde für Henry Fords Artikelsammlung „Der Internationale Jude". Und dieser Dialekt des Antisemitismus fand sodann Eingang in Adolf Hitlers Bestseller „Mein Kampf".

Demzufolge arbeiten jüdische Bankiers mit revolutionären Linksradikalen Hand in Hand, um die Weltherrschaft der Juden zu erringen. Also jetzt: die jüdischen Finanziers Rothschild und Soros Hand in Hand mit den Straßenrabauken von der Sternschanze? Dass mit hoher Wahrscheinlichkeit agents provocateurs, eben auch und vor allen Dingen aus dem rechtsextremen Lager in Hamburg am Werk waren, ist nach dem jetzigen Erkenntnisstand sehr wahrscheinlich. Und dass George Soros in Verdacht steht, maßgeblich an Regime Change-Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Die simplifizierenden Weltdeuter bei youtube beharren jedoch auf einer Täterschaft der Linken, um ihr Muster aus den „Protokollen von Zion" aufrechterhalten zu können.

Man sieht, dass solche groben Vereinfachungen komplexer Machtstrukturen schlimme Folgen haben können. Hier ist die klassische „Blitzableiterfunktion" am Werk: marginalisierte Gruppen müssen schuld sein an allen Fehlentwicklungen, und sind deswegen auch vogelfrei. Dieser Technik bediente sich auch die Bild-Zeitung im Zusammenhang mit den Hamburger Ereignissen.

Zu den diversen Abarten der infamen „Protokolle" gesellen sich im Internet Pamphlete US-amerikanischer christlicher Fundamentalisten und rechtsextremer Paranoiker. Fragmente, Ideologeme aus dem Kalten Krieg, angefertigt von der stramm antikommunistischen John Birch Society wabern im Internet, und feiern, fehlerhaft übersetzt, grausliche Urstände, indem sie auf die unvorbereitete deutsche Community herabgeregnet werden. Es ist sozusagen der politisierte Fantasy-Boom, übersetzt auf die komplexe Realität. Es kommt dem menschlichen Bedürfnis nach Anschaulichkeit, nach bösen Menschen, die man sich bildlich vorstellen kann, entgegen. Und so ist für einige Leute klar: seit dem Tempelbau von Jerusalem bis zum heutigen Tag sind alle Elite-Menschen sogar miteinander verwandt. Man glaubt es kaum: nach diesen grundstürzenden Erkenntnissen ist sogar

Publiziert auf Free21 am 03.09.2017, 17:15 Uhr. Von Hermann Ploppa auf ‹www.website.com›. Lizenz: Hermann Ploppa

Obama mit der Bush-Dynastie und der englischen Königin verwandt!

Wenn dieser gezielten Desinformationskampagne nicht argumentativ energischer entgegen getreten wird, laufen wir Gefahr, aus unserer selbstverschuldeten Unmündigkeit (Immanuel Kant), aus der wir gerade erwacht sind, gleich in die nächste ungeistige Versklavung abgeführt zu werden.

Natürlich gibt es Clans und Dynastien, die eine Zeit lang ihren Willen einer Gemeinschaft aufdrücken können. Und das auch mit äußerst diskreten Mitteln. Die Rothschild-Bankiers haben im 19. Jahrhundert sowohl Bismarck durch ihren Mittelsmann Bleichröder als auch den Zarenhof in St. Petersburg mit den subtilen Mitteln des Geldflusses kontrolliert <2>. Doch Dynastien kommen und gehen. Auf die Karolinger folgten die Salier, und auf diese die Staufer. In der ersten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts hatte unverkennbar das Bankhaus JP Morgan entscheidenden Einfluss auf die Politik. Und momentan, das ist ebenfalls nicht zu übersehen, beherrscht das Bankhaus Goldman Sachs die Szene in einem Ausmaß, das aus demokratischem Blickwinkel betrachtet äußerst bedenklich erscheint. Zudem hatte die Rockefeller-Dynastie bis vor einigen Jahren einen prägenden Einfluss ausgeübt.

Aber: diese Bankhäuser und Dynastien können nicht regieren wie absolutistische Könige. In der modernen Mediengesellschaft müssen sie ihre Akzeptanz sowie die stillschweigende Duldung durch immer neue Koalitionen und durch Manipulationen der öffentlichen Meinung erkämpfen. Durch materielle Tribute. Oder durch nackte Einschüchterung und Psychoterror. Die entsprechenden Strategien werden in den einschlägigen Gravitationszentren wie Council on Foreign Relations, Bilderberger oder Trilaterale Kommission immer neu austariert.

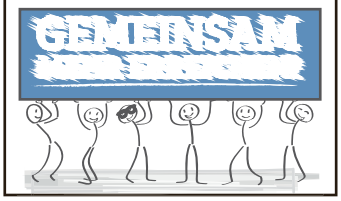
Aber das ist nicht alles. Im Hintergrund, unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit, ringen Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen um das grundlegende Dogma. Frage ist: soll sich die Wirtschaft völlig unbeeinflusst vom Staat entwickeln, oder soll ein proaktiver Staat für das Wohl aller seiner Bürger sorgen? Richard Cockett <3> sieht im wirtschaftspolitischen Paradigma eine ständige Pendelbewegung von etwa 80 Jahren: zunächst herrschte der feudale Merkantilismus. Der wurde abgelöst durch eine Politik des radikalen Freihandels und der ökonomischen Untätigkeit des Staates. Ab 1880 folgte dann eine Phase, in der der Staat aktiver Spieler in der Wirtschaftspolitik wurde, und Schutzzölle den Welthandel bremsten. Seit den 1930er Jahren erleben wir nun eine erneute Phase der Ideologie des Freihandels und des Rückzugs des Staates, die ab Mitte der 1970er Jahre für uns alle nicht mehr zu übersehen ist. Das ist die Ideologie des Marktradikalismus, fälschlich auch Neoliberalismus genannt.

Und da ist eine Kleinigkeit beim G20-Gipfel, die bislang überhaupt noch nicht richtig gewürdigt worden ist: Beim Gruppenfoto der zwanzig Staatenlenker und der Vertreter der Nichtregierungsorganisationen wie UNO oder IWF steht von uns aus rechts neben der Gastgeberin Merkel der chinesische Präsident, und direkt daneben der russische Präsident Putin.

Free21/events

Stammtisch in Leipzig

Im „Stammtisch-Prinzip“ wollen sich Free21-Leser und Interessierte im Leipziger Raum zum geopolitischen und gesellschaftskritischen Gedankenaustausch treffen. Willkommen sind alle Menschen, die die Vision einer friedlichen und freien Welt haben. Interesse? Dann schreiben Sie bitte an Johannes Gerdes, johannes.gerdes@gmx.net



Der ständig rüpelnde US-Präsident Donald Trump steht wie ein begossener Konfirmand fast ganz links außen. Auch wenn es dafür protokollarische Gründe geben mag: Dieses Gruppenbild mit Dame visualisiert die aktuelle Machtverschiebung auf unserem Globus perfekt. Die USA sind nicht mehr länger Nabel der Welt. Sie sind isoliert, wie Noam Chomsky jüngst bemerkte.

Der Aufstieg Chinas zum wirtschaftlichen Giganten ist quasi von den USA erzwungen worden. Der US-amerikanisch geprägte Marktradikalismus wurde nach dem Massaker auf dem Tienanmenplatz 1989 von Milton Friedman und seinen Schülern in die Volksrepublik implantiert <4>. Die Chinesen zeigten sich zunächst als gelehrige Schüler Friedmans, wichen aber zum Ärger der US-Ideologen doch vom Plan ab und bauten ihren proaktiv in die Wirtschaft eingreifenden Staat energisch aus. Das ist das wirkliche Erfolgsrezept Chinas. Das verärgert die Marktradikalen, die das ordnende Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsgeschehen als „Marktstörung“ brandmarken.

Das sind die wirklichen Fakten im Zusammenhang mit G20. Damit müssen wir uns befassen. Das ist letztendlich auch viel spannender als Aliens und Jesuiten. Mit Paradigmen der Wirtschaftspolitik. Mit den subtilen, sich immer wieder wandelnden Koalitionen in den Eliten. Mit der Gewinnung von kultureller Hegemonie, vielleicht ja auch mal von der Basis gegen die Eliten durchgesetzt. Dazu bedarf es kollektiver Kraftanstrengung und dem Aufwand von viel Gehirnschmalz.

Die Multiplikatoren primitiver feudalabsolutistischer Erklärungsmodelle für unsere komplexe Welt müssen dagegen gefragt werden, ob sie aus Denkfaulheit oder aus zynischem Machtkalkül die Gehirne der Menschen draußen im Lande mit den abgetragenen Kleidern aus der zaristischen Mottenkammer der Ochrana verstopfen und das Sprungbrett liefern wollen für die erneute Jagd auf Minderheiten.

Quellen:

‹1› **Alfred W. McCoy:** The Politics of Heroin in Southeast Asia. Harper & Row New York. 1972.

‹2› **Fritz Stern: Gold** und Eisen – Bismarck und sein Bankier Bleichröder. München 2011.

‹3› **Richard Cockett: Thinking** the Unthinkable. Think Tanks and the economic counter revolution. London 1994.

‹4› **Naomi Klein: Die** Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt/Main 2007. S.239ff

‹2› **Fritz Stern: Gold** und Eisen – Bismarck und sein Bankier Bleichröder. München 2011.

‹3› **Richard Cockett: Thinking** the Unthinkable. Think Tanks and the economic counter revolution. London 1994.

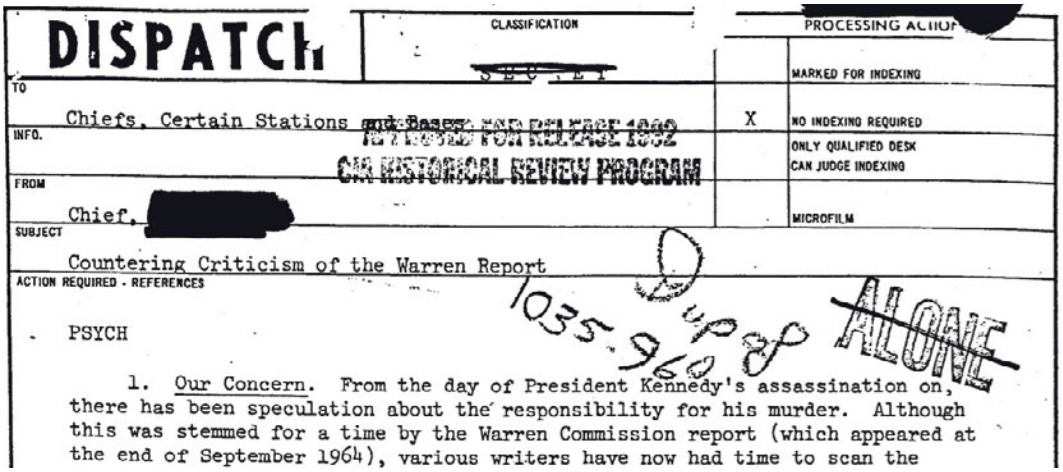
‹4› **Naomi Klein: Die** Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt/Main 2007. S.239ff

Autor:

Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. 2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.

‹http://www.free21.org/?p=28010›



DISPATCH

CLASSIFICATION: SECRET

PROCESSING ACTION

TO: Chiefs, Certain Stations and Bases

INFO.

FROM: Chief, [redacted]

SUBJECT: Countering Criticism of the Warren Report

ACTION REQUIRED - REFERENCES

MARKED FOR INDEXING

X NO INDEXING REQUIRED

ONLY QUALIFIED DESK CAN JUDGE INDEXING

MICROFILM

RELEASED FOR RELEASE 1992

CIA HISTORICAL REVIEW PROGRAM

1035-960 Dupe ALONE

PSYCH

1. Our Concern. From the day of President Kennedy's assassination on, there has been speculation about the responsibility for his murder. Although this was stemmed for a time by the Warren Commission report (which appeared at the end of September 1964), various writers have now had time to scan the

Ausschnitt Declassified CIA-Dokument (gemeinfrei)

John F. Kennedy (pixabay / wikiimages / CC 0 / gemeinfrei)

Vorsicht, **Verschwörungstheorie!**

Haben Sie es auch schon gelesen: Auf Friedensdemonstrationen trifft man heutzutage angeblich viele Rechte an. Die meisten, die das Völkerrecht verteidigen oder die Auswüchse des Casino-Kapitalismus kritisieren, sind latente Antisemiten.

von Jens Wernicke

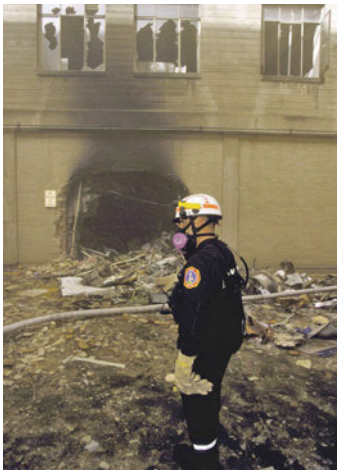
Wer gegen TTIP ist, verbirgt hinter linker Attitüde vielleicht nur dumpfen Nationalismus und Querfront-Sympathie. Und diejenigen, die nicht gleich alles glauben, sondern auf Ungereimtheiten auch hinweisen und sich der Mehrheitsmeinung nicht per se beugen: das sollen alles Spinner sein, denn sie glauben an „Verschwörungstheorien". Was aber meint dieser Begriff eigentlich? Wo kommt er her? Und warum wird er aktuell so häufig verwandt? Darüber sprach Jens Wernicke mit dem Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser, den Medien und interessierte Kreise seit einiger Zeit selbst als „Verschwörungstheoretiker" zu diskreditieren versuchen.

WERNICKE: *Herr Ganser, durch WikiLeaks und andere sind in der letzten Zeit einige brisante Dokumente, die staatliche Mechanismen zur Manipulation respektive Lenkung der öffentlichen Meinung offenbaren, an die Öffentlichkeit gelangt. Da wurde inzwischen nicht nur belegt, dass etwa im „Krieg um die Köpfe" [4] seit einiger Zeit ganz gezielt Frauen propagandistisch angesprochen [5] werden, um auch und insbesondere diese zur Zustimmung zu westlichen Kriegen im Nahen Osten zu bewegen. Da gibt es inzwischen auch Papiere, die darlegen, wie mit Spins und Propaganda diejenigen, die die richtigen Fragen stellen, in Verruf gebracht [6] werden sollen. Was ist hier über die entsprechenden Strategien von Seiten der Mächtigen bekannt?*

GANSER: Wir stecken heute mitten im Informationskrieg [7]. Immer mehr Menschen erkennen das und wachen sozusagen auf. Diese wachen Menschen lehnen Kriegspropaganda ab und versuchen, sich ein eigenes Bild von der Welt und den politischen Ereignissen zu machen, zum Beispiel indem sie verschiedene alternative Medien konsumieren. Es ist heute wichtig zu verstehen, dass die Massenmedien in diesem laufenden Informationskrieg benutzt [8] werden, um die Menschen zu lenken und zu steuern. Wie Edward Bernays in seinem Buch „Propaganda" [9] schon 1925 erklärte, kann man das Denken der Öffentlichkeit ganz genauso dirigieren wie eine Armee die Körper ihrer Männer dirigiert. Aber nur so lange wie die gelenkten Menschen sozusagen schlafen und sich dieser Steuerung gar nicht bewusst sind. Wenn sie aber mal aufwachen und die Realität des Informationskrieges erkennen, wird es viel schwieriger, sie zu lenken. Dann funktioniert die Regel von Bernays nicht mehr, und genau das erleben wir derzeit bei tausenden von Menschen. Nehmen wir das konkrete Beispiel Irakkrieg 2003. Damals ging es im Informationskrieg darum, dass die US-Regierung unter Präsident Bush die Heimatfront [10], also die eigene Bevölkerung, davon überzeugen wollte, dass der Irakkrieg richtig, notwendig und gerecht sei. Das war keine einfache Aufgabe für die Propagandaabteilung im Weißen Haus und die Massenmedien im Mainstream wie CNN oder New York Times. Denn in Wahrheit handelte es sich um einen illegalen Angriffskrieg ohne UNO-Mandat, der bis heute über 1 Million Menschenleben gefordert [11] und den Aufstieg der Terrormiliz IS erst ermöglicht [12] hat. Die Aufgabe der Kriegspropaganda ist es, diese unschönen Fakten in den Hintergrund zu rücken und den Krieg als wertvollen Beitrag zu den Menschenrechten darzustellen. Natürlich wird der Informationskrieg an der Heimatfront nicht mit Flugzeugträgern oder Landminen geführt. Sondern mit Bildern und Worten [13]. Konkret hat die Bush-Administration damals behauptet, der irakische Diktator Saddam Hussein habe etwas mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zu tun. Das war völlig erfunden und erlogen. Aber es hat funktioniert. Denn 9/11 ist ein Trauma in den USA und auch in Europa, ein schlimmes Ereignis, das sich tief in die Seelen der Menschen eingegraben hat. Man kann es nicht leicht vergessen. Im Informationskrieg wurde das Trauma mit dem neuen Feind, also Irak, verbunden. Dadurch erhielt der Irak einen schlechten Ruf. Und das funktioniert wirklich. Bei einer Umfrage im Jahre 2006 erklärten 85 Prozent der US-Soldaten im Irak, dass ihre "Hauptmission" darin bestehe, "Saddam für seine Rolle bei den Terroranschlägen

Publiziert auf Free21 02.07.2017, 19:43 Uhr. Von Jens Wernicke auf ‹https://jensewernicke.wordpress.com/›. Lizenz: Jens Wernicke.

Die Warren-Kommission übergibt ihren Abschlussbericht an Präsident Johnson, September 1964 (wikimedia / Foto by Cecil W. Stoughton / White House Photo / gemeinfrei)



Durchbrochene Mauer des Pentagon (wikimedia / Department of Defence / gemeinfrei)

vom 11. September zu bestrafen". Das Verrückte ist: Saddam hatte nichts mit 9/11 zu tun! Aber die Kriegspropaganda hat das in die Köpfe der Soldaten eingetrichtert, indem es immer wieder und zudem von verschiedenen Medien gesagt wurde. Tatsächlich muss man eine Lüge nur dauernd und in verschiedenen TV-Sendungen und Zeitungen wiederholen, dann wird sie oftmals geglaubt. Die Wiederholung ist das Entscheidende. Eine weitere Lüge, welche die US-Administration an der Heimatfront einsetzte, war die Behauptung, der Irak besitze ABC-Waffen. Heute wissen wir, auch das war eine Lüge. Außenminister Colin Powell, der im Februar 2003 diese Lüge kurz vor dem US-Angriff im UNO-Sicherheitsrat der Welt präsentierte, zeigte später Reue und erklärte 2005, er fühle sich „furchtbar", dass er vor der UNO angebliche Beweise für Massenvernichtungswaffen vorlegte, die sich als falsch erwiesen haben. Diese Rede sei ein „Schandfleck" in seiner politischen Karriere. Wenn nun unabhängige Historiker mit Spezialgebiet Zeitgeschichte kommen und diese einfachen Tricks der breiten Öffentlichkeit in Vorträgen, Büchern und Interviews darlegen, dann werden die Mächtigen der Welt, die sogenannten 1 Prozent, natürlich nervös. Die Machtelite mag es nicht, wenn ihre Strategien, die jenseits aller Ethik ablaufen und nur darauf abzielen mehr Geld und mehr Macht anzusammeln, demaskiert werden. Daher werden auch die Intellektuellen angegriffen, wenn sie den Machtmissbrauch offen und deutlich kritisieren.

WERNICKE: *Und wie wird das dann gemacht? Wie läuft das ab?*

GANSER: Ich habe es persönlich in den letzten Jahren immer wieder erlebt, dass einige meiner kritischen historischen Fragen lächerlich gemacht wurden. Man versuchte, sie dadurch zu schwächen. Ich untersuche ja vor allem die Energiewende und den globalen Kampf um Erdöl und Erdgas [14]. Aber ein anderes meiner Forschungsgebiete sind die Terroranschläge vom 11. September 2001, kurz 9/11. Was damals passierte, ist bis heute ungeklärt. Speziell über den Einsturz von World Trade Center 7, das nicht von einem Flugzeug getroffen wurde, wird viel gestritten, vor allem in den USA. Zwei Thesen stehen hier im Raum: Feuer oder Sprengung. Nun beobachte ich seit Jahren diese Debatte, denn sie ist ohne Frage historisch relevant. Denn die Überwachung der Bürger, die hohen Ausgaben für das Militär, der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und auch der Irakkrieg, welcher in Folge auch Syrien destabilisiert hat: all das gründet auf 9/11 und wird hiermit legitimiert. Daher müssen wir die verschiedenen Geschichten und Fragen zu diesem Tag ganz genau untersuchen. Doch einige mächtige Menschen möchten auf keinen Fall, dass 9/11 nochmals untersucht wird. Das sei längst geklärt. Präsident Bush hat selber 2001 vor der UNO erklärt, dass seine Geschichte zu den Anschlägen die Wahrheit sei. Alles andere seien „Verschwörungstheorien", und die dürfe man auf keinen Fall glauben. Auch heute, 14 Jahre nach den Anschlägen, tobt zu 9/11 allerdings ein heftiger Informationskrieg. Die 9/11-Debatte wird in diesem Informationskrieg zum Beispiel gezielt mit Blödsinn kontaminiert [15], wie Sabine Schiffer und andere wunderbar herausgearbeitet haben. Dadurch werden wichtige und zentrale Frage, wie etwa die bezüglich des WTC7 auch als Blödsinn eingefärbt, obschon sie das nicht sind. Wer sich im Informationskrieg aber nicht auskennt, der verliert schnell den Überblick oder bekommt ein ungutes Gefühl und wendet sich dann enttäuscht ab. Genau das ist auch das Ziel solcher Manipulationen. Außerdem versucht die Machtelite nach wie vor, die kritischen Stimmen mit dem Vorwurf „Das sind doch alles Verschwörungstheoretiker!" mundtot zu machen. Man stellt die 9/11-Forscher also in die Spinner-Ecke und hofft, die Bevölkerung hört nicht auf sie. Mein Eindruck ist aber, dass dieses Spiel mit den Stigmata inzwischen immer weniger funktioniert.

WERNICKE: *Spiel mit den Stigmata? Welche Stigmata meinen Sie? Und welches Spiel?*

GANSER: Nun, die Liste ist lang. Aber die bekanntesten stigmatisierenden, verleumderischen Zuschreibungen sind wohl jene, dass man ein „Verschwörungstheoretiker", „Antiamerikaner" oder „Querfrontler" [16] sei. Die USA sind ja gegenwärtig – und als Historiker gesprochen – das Imperium, also der mächtigste Staat der Welt. Wer den Machtmissbrauch des Imperiums aber anspricht, und der ist empirisch messbar, wird in den NATO-Ländern umgehend als „Antiamerikaner" stigmatisiert. Das ist Teil des Informationskrieges. So wird die Heimatfront bekämpft. All diese Stigmata werden auch verwendet, um zum Beispiel die 9/11-Debatte und die hier notwendigen Fragen zu unterdrücken. Nun sind aber viele Menschen in den NATO-Ländern nicht blöd. Sie wissen, dass sie zum Irakkrieg belogen wurden. Sie haben erkannt, dass die USA ein Imperium sind, das rücksichtslos die eigenen Interessen verfolgt. Immer mehr Menschen erkennen auch, dass Kriege oft mit Lügen beginnen. Daher sind diese Menschen nun wachsam, es sind alleine in Deutschland hunderttausende. Weil ich selber auch schon mit den oben genannten Kampfbegriffen angegriffen wurde, weiß ich aus eigener Erfahrung, wovon ich spreche. Im Jahre 2006 habe ich zum Beispiel in der Schweizer Zeitung Tages Anzeiger einen Text zu 9/11 publiziert, in dem ich auch auf das WTC7 einging und die Frage in den Raum stellte: Feuer oder Sprengung? Daraufhin hat mich die US-Botschaft in der Schweiz umgehend als „Verschwörungstheoretiker" angegriffen. Das war unfair. Aber im Kontext des Informationskrieges, in dem wir stecken, war das die normale und zu erwartende Reaktion des Imperiums. Danach erhielt ich aber von vielen Menschen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz E-Mails, die in etwa sagten: „Diese Fragen zu WTC7 sind wichtig. Bleiben Sie mutig. Bleiben Sie dran. Wir brauchen Histo-

Demonstration des 9/11-Truth-Movement in Los Angeles, Oktober 2007 (wikimedia / Foto by Damon D'Amato / CC BY 2.0)

Collin Powell begründet den Irakkrieg im UN-Sicherheitsrat im Februar 2003 (wikimedia / gemeinfrei)

riker wie Sie, welche einen kritischen Blick auf die Zeitgeschichte werfen." Es sind derart viele E-Mails, dass ich empirisch festhalten kann: Tausende von Menschen werden von den oben genannten Stigmata inzwischen nicht mehr abgeschreckt. Sie bilden sich selber eine Meinung. Zudem greifen diese kritischen Mediennutzer jetzt über Leserbriefe und Postings in den sozialen Medien wie Facebook selber in die Debatte ein.

WERNICKE: *Ist denn bei diesen Begriffen irgendwie nachweisbar, dass ihre Verwendung aus den Kreisen, denen sie nutzen, heraus initiiert, also angestoßen ist?*

GANSER: Ja, das ist beispielsweise beim Begriff „Verschwörungstheoretiker" ganz klar der Fall. Er stammt aus dem Arsenal der psychologischen Kriegsführung und wurde von der CIA erstmals 1967 als semantische Waffe im Informationskrieg etabliert. Damals haben verschiedene Forscher und Juristen in den USA damit begonnen, kritische Fragen zum Mord an Präsident Kennedy zu stellen. Kennedy wurde ja 1963 erschossen. Die Theorie vom Einzeltäter Lee Harvey Oswald entspricht bis heute der offiziellen US-Geschichtsschreibung. Wer daran zweifelte, wurde gemäß CIA sofort und gezielt als „Verschwörungstheoretiker" angegriffen [17]. Die CIA wusste, dass man mit derlei Stigmata und Verunglimpfung den Informationskrieg im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen vermag. Warum sie das tat, ist bis heute umstritten. Als erwiesen dürfte aber gelten, dass hier viel vertuscht und gezielt manipuliert worden ist. Die taz hat hierzu vor einiger Zeit einen guten Kommentar [18], der den aktuellen Forschungsstand gut zusammenfasst. Darin heißt es unter anderem:

> „Bis heute sind tausende Seiten von CIA-Dokumenten aus Gründen der nationalen Sicherheit gesperrt. Darunter sind auch so scheinbar banale Papiere wie die Steuerbescheide des Lee Harvey Oswald, weil dieser zum Sündenbock aufgebaute inoffizielle Mitarbeiter der Geheimdienste vermutlich von einer Strohfirma ein Gehalt bekam. Dass ‚normale' Kriminelle oder fremde Kommunisten zu einer solchen Zurückhaltung von Akten ebenso wenig in der Lage sind wie zu der Manipulation von Autopsiefotos spricht für die Mittäterschaft staatlicher Behörden an diesem Mord (…)."

Und dasselbe läuft jetzt mit 9/11: Wer die Bush-Version nicht für die Wahrheit hält, ist ein „Verschwörungstheoretiker". Derzeit haben wir folgende Situation: Eine Gruppe von Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, wie viele es sind, ist schwer zu sagen, haben das fest so im Gehirn verankert: Zu 9/11 gibt es entweder die Version von Bush oder aber komische Verschwörungstheorien. Diese Menschen haben nicht begriffen, dass alle Geschichten zu 9/11, also auch die Geschichte von Bush, per definitionem Verschwörungstheorien sind, weil es jeweils um eine geheime Absprache von zwei oder mehr Menschen geht, um mit Gewalt ein politisches Ziel zu erreichen, was ja den Kern jeder Verschwörung ausmacht. Bush hat natürlich nie zugegeben, dass auch seine Geschichte eine Verschwörungstheorie ist. Einige Menschen haben aber inzwischen erkannt, dass er keine gute und glaubwürdige Quelle ist, weil er zum Beispiel auch zum Irakkrieg gelogen hat. Das ist für uns Historiker ein ernsthaftes Problem. Denn es ist eine historische Pflicht, schlechte Quellen zu prüfen, indem man andere Quellen in die Debatte mit einbezieht, also etwa den Architekten Richard Gage aus San Francisco, der den Einsturz von WTC7 sehr genau untersucht hat. Eigentlich müssten auch die Journalisten bekannte schlechte Quellen meiden, aber sie haben fast alle die Geschichte von Bush nacherzählt und verteidigen sie bis heute. Gage hingegen wurde nach einem Auftritt in Berlin in diesem Jahr von der Bild Zeitung umgehend als „Verschwörungstheoretiker" diffamiert. Das ist falsch, unehrlich und unhöflich. Das Muster in diesem Informationskrieg ist immer dasselbe und völlig simpel. Im Kern ist es eine beschämend einfache Taktik, aber sie funktioniert immer wieder: Statt dass die Fragen bezüglich WTC7 sachlich diskutiert werden, also mit Argumenten dafür und dagegen, so wie es in der historischen Wissenschaft eigentlich normal ist, wird einfach die Person, welche die Frage aufwirft, als „Verschwörungstheoretiker" diffamiert. Das ist Richard Gage passiert. Das ist mir passiert. Das ist dem klugen deutschen Journalisten Matthias Bröckers [19] passiert. Das ist dem mutigen früheren SPD-Bundesminister für Forschung Andreas von Bülow passiert. Und vielen anderen auch, welche sich kritisch mit 9/11 auseinandergesetzt haben. Und inzwischen, so scheint es, werden immer mehr Menschen, die kritische Fragen auch zu anderen Themen stellen, mit derlei Stigmata überhäuft. Das geht teilweise schon soweit, dass, wer feststellt, dass Regierungen lügen oder große Konzerne einen Großteil des Welthandels beherrschen, inzwischen schnell in Verruf kommen [20] kann. Oder dass ernsthaft behauptet wird, wer gegen TTIP demonstriere,

Publiziert auf Free21 02.07.2017, 19:43 Uhr. Von Jens Wernicke auf ‹https://jensewernicke.wordpress.com/›. Lizenz: Jens Wernicke.

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

lehne sich „gedanklich bei Pegida-Bachmann, Marine Le Pen und Donald Trump“ an, sei also Rassist, Nationalist und womöglich Schlimmeres.

WERNICKE: *Was denken Sie denn, können die Mediennutzer tun, um derlei Diffamierungen zu durchschauen und sich der durch diese intendierten Manipulationen zu entziehen? Gibt es da ein einfaches „Rezept“?*

GANSER: Ja. Selber Denken und sich ohne Angst eine eigene Meinung bilden. Zudem sollte man der Anwendung von Gewalt, also Krieg, Terror, Folter und Vergewaltigung, kritisch gegenüberstehen. Niemand kann alles wissen. Und niemand kann alles lesen. Aber jeder muss selber festlegen, welche Themen ihn interessieren. Dann soll er zu diesen Themen, also zum Beispiel zum Thema „Informationskrieg“, breit lesen und sich informieren nach der alten Regel: Alles prüfen, das Beste behalten.

Quellen:

[1] spiegel.de, Alexander Neubacher, „Stoppt TTIP“-Demo, Schauermärchen vom rechten Rand <*http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ttip-bei-der-demo-marschieren-rechte-mit-kommentar-a-1057131.html*>

[2] nachdenkseiten.de, Jens Berger, „Spiegel Online“ unterstellt TTIP-Kritikern dumpfen Nationalismus und rechtes Gedankengut, 12. Oktober 2015, 9:35 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=27897*>

[3] heise.de, Telepolis, Mathias Bröckers, Terror und Tabu, Der Begriff Verschwörungstheorie, 11.09.2015 <*https://www.heise.de/tp/features/Terror-und-Tabu-3375354.html?seite=2*>

[4] heise.de, Telepolis, „Krieg um die Köpfe“, von Jens Wernicke, veröffentlicht 04.02.2015 <*https://www.heise.de/tp/features/Krieg-um-die-Koepfe-3369908.html*>

[5] heise.de, Telepolis, Jens Wernicke, Geleaktes CIA-Dokument belegt Kriegspropaganda, 22.06.2015 <*https://www.heise.de/tp/features/Geleaktes-CIA-Dokument-belegt-Kriegspropaganda-3373777.html*>

[6] siper.ch, CIA-Dokument “Gegen die Kritik des Warren Reports” (COUNTERING CRITICISM OF THE WARREN REPORT), 1967 <*https://www.siper.ch/de/assets/uploads/files/dokumente/CIA%20(1967)%20-%20Countering%20Criticism%20of%20the%20Warren%20Report.pdf*>

[7] wikipedia, „Informationskrieg“, 6. Juni 2017 um 13:14 <*https://de.wikipedia.org/wiki/Informationskrieg*>

[8] nachdenkseiten.de, Jens Berger, „Medien im Krieg“, 12. Februar 2015, 9:22 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=24995*>

[9] wikipedia, „Propaganda“ (Buch), 10. Mai 2017 um 19:20 Uhr <*https://de.wikipedia.org/wiki/Propaganda_%28Buch%29*>

[10] nachdenkseiten.de, Jens Wernicke interviewt Daniele Ganser, „Jeder Krieg wird an der ‚Heimatfront‘ medial verkauft“, 8. Oktober 2015, 9:30 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=27860*>

[11] nachdenkseiten.de, Jens Wagner, Weit über 1 Million Opfer durch „Krieg gegen den Terror“, 24. März 2015, 14:26 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=25535*>

[12] nachdenkseiten.de., Jürgen Todenhöfer, Inside IS: 10 Tage im ‚Islamischen Staat‘, 27. April 2015, 10:19 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=25848*>

[13] medienverantwortung.de, Jens Wernicke, Forschungsarbeit Meinungsmanipulationssstrategien In Frieden und Krieg, Forschungsprojekt „Feindschaft“ Teil-Seminar „Evidenzen – Kriegs-Eintritts-Bilder“ bei Prof. Dr. Joseph Vogl und Dr. Ute Holl, <*https://www.medienverantwortung.de/wp-content/uploads/2009/07/Wernicke_Forschungsarbeit-Feindschaft.pdf*>

[14] heise.de, Telepolis, Jens Wernicke, Die Welt im Erdölrausch, 10.06.2015 <*https://www.heise.de/tp/features/Die-Welt-im-Erdoelrausch-3373567.html*>

[15] hintergrund.de, Roland Heurig, Sabine Schiffer, Karin M. Schmidl, Konspiration auf dem Kunstrasen – Reframing 9/11, 17.11.2009, 19:52 <*https://www.hintergrund.de/medien/konspiration-auf-dem-kunstrasen-reframing-911/*>

[16] nachdenkseiten.de, Katrin McClean, Die Querfront-Kampagne gegen die Friedensbewegung, 12. November 2015, 10:34 Uhr <*http://www.nachdenkseiten.de/?p=28643*>

[17] heise.de, Telepolis, Mathias Bröckers, Terror und Tabu, <*https://www.heise.de/tp/features/Terror-und-Tabu-3375354.html*>

[18] taz.de, Mathias Bröckers, Kommentar 50 Jahre Kennedy-Mord, 22.11.2013 <*http://www.taz.de/!5054431/*>

[19] broeckers.com, Mathias Bröckers, „Kauft nicht bei den Russen“, 21.06.2017 <*http://www.broeckers.com*>

[20] spiegel.de, Wie Verschwörungstheoretiker ticken, 28.01.2012 <*http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/psychologie-wie-verschwoerungstheoretiker-ticken-a-811832.html*>

Im Interview:

Dr. Daniele Ganser

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet an der Universität St. Gallen (HSG) zur Geschichte und Zukunft von Energiesystemen und an der Universität Basel im Nachdiplomstudium Konfliktanalysen zum globalen Kampf ums Erdöl. Er leitet das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel.

www.siper.ch

Autor:

Jens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 09.01.2016 auf https://jensewernicke.wordpress.com unter der URL ‹https://jensewernicke.wordpress.com/2016/01/09/vorsicht-verschwoerungstheorie/› veröffentlicht. Lizenz: Jens Wernicke

‹http://www.free21.org/?p=27610›

Die vertraulichen **Sprachregelungen der ARD**

Tagesschau-Redakteure sind beim Formulieren ihrer Texte an interne Richtlinien gebunden, die offenbar auch politische Wertungen vorgeben. Nun äußert sich Chefredakteur Kai Gniffke [1] dazu.

von Paul Schreyer

Im Rahmen der ARD-Aktion „Sag's mir ins Gesicht" [2] standen kürzlich einige Redakteure des Senders den Zuschauern Rede und Antwort. Auch Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD-aktuell [3], und damit verantwortlich für Tagesschau und Tagesthemen, nahm sich eine Stunde Zeit [4], um persönlich und direkt auf Zuschauerfragen und Beschwerden zu reagieren. Anlass war die andauernde Welle der Medienkritik, die auch die ARD weiterhin beschäftigt.

Im Rahmen dieser Aktion beschwerte sich ein Zuschauer bei Gniffke, dass in der Ukraine-Berichterstattung rechtsradikale Kämpfer, die offen mit Nazi-Symbolik auftraten, von der ARD verharmlosend als „nationalkonservativ" bezeichnet worden seien. In seiner Antwort widersprach Gniffke und erwähnte [5] nebenbei die eigenen Sprachregelungs-Richtlinien:

„Ich weiß, dass das ein Punkt ist, der extrem polarisiert und die Emotionen hochgehen lässt. Wir reden über dieses Asow-Regiment [6], eine Einheit, die wir in der Tagesschau ‚ultranationalistisch' nennen. (…) Bei der Tagesschau gibt es fast nichts, für das es keine Richtlinie gibt. Und es gibt eine Richtlinie, die heißt, wir nennen diese Einheit ‚ultranationalistisch'."

Daraufhin erkundigte ich mich bei Gniffke nach diesen Richtlinien. Seit wann existieren sie? Wer verfasst sie? Kann man sie einsehen? Dazu der Chefredakteur in seiner Antwort an mich:

„Die so genannten Richtlinien wurden meiner Kenntnis nach vor mehr als 20 Jahren von der Redaktion ARD-aktuell eingeführt, da die Zahl der Sendungen und Plattformen zugenommen hat. Es geht dabei um die Einheitlichkeit von Bezeichnungen und Schreibweisen sowie um die Verwendung korrekter Begriffe. Heißt es z. B. ‚Kilometer pro Stunde' oder ‚Stundenkilometer', ist ‚Hann Münden' die korrekte Ortsangabe oder ‚Hannoversch Münden'?

‚Richtlinien zu einheitlicher Sprache bei politischen Wertungen', wie Sie schreiben, gibt es nicht. Politischer Wertungen enthalten sich die Sendungen von ARD-aktuell (mit Ausnahme des Kommentars in den ‚Tagesthemen'). (…) Die Inhalte (der Richtlinien; Anmerkung P.S.) entstehen auf der Basis gesicherter Rechercheergebnisse. Sie werden in der Redaktion kontinuierlich diskutiert und ggf. modifiziert. Um die regelmäßige Pflege kümmert sich ein Chef vom Dienst."

Blick ins ARD-Wahlstudio während des Interviews für die tagesschau beim Wahlabend zur Landtagswahl im Saarland (Foto: Sandro Halank, CC BY-SA 3.0 de)

Geht es also ganz harmlos nur um richtige Schreibweisen und die Einheitlichkeit bei Bezeichnungen? So einfach ist es wohl nicht. Denn betrachtet man die ARD-Berichterstattung, so fallen eine ganze Reihe fester Attribute auf, die durchaus politische Wertungen transportieren. So wird der syrische Präsident Assad regelmäßig als „Machthaber" bezeichnet, der IS als „Terrormiliz", Hamas und Taliban als „radikalislamisch" etc. Eine „Terrormiliz" ist eindeutig etwas Negatives, das rechtmäßig bekämpft wird. Nun mag das auf den IS ja zutreffen, nur stellt sich eben die Frage, aufgrund welcher Kriterien denn bewaffnete Kämpfer generell in den Nachrichten so bezeichnet werden. Gleiches gilt für den Begriff „Machthaber", mit dem de facto nur ausgewählte Staatsführer belegt werden – meist solche, denen die Bundesregierung kritisch gegenüber steht.

Es sollte eigentlich klar sein: Wertungen dieser Art haben in den Nachrichten nichts verloren, insbesondere, wenn saubere Kriterien für ihre Verwendung nicht erkennbar sind. Gibt eine Redaktion solche Attribute auch noch per Richtlinie den eigenen Mitarbeitern vor, wird es hochproblematisch, gerade beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der ja in besonderer Weise einer unparteiischen Berichterstattung verpflichtet ist.

> „Wertende Beschreibungen gibt es nicht"

Tagesschau-Chefredakteur Gniffke streitet eine Wertung jedoch rundheraus ab. Auf Nachfrage, weshalb man Attribute wie „Machthaber" oder „Terrormiliz" überhaupt für notwendig halte, meint er:

„Wertende Beschreibungen gibt es nicht.

Einordnende Beschreibungen hingegen sind für das Publikum insbesondere dann hilfreich, wenn es sich um neue Organisationen handelt oder um Institutionen aus anderen Weltregionen."

Die Nachfrage, worin für ihn der Unterschied zwischen „wertend" und „einordnend" bestünde, ließ Gniffke unbeantwortet. Doch auch abgesehen davon steht die Argumentation erkennbar auf schwachen Füßen. Denn weder Assad, noch der IS, die Taliban oder die Hamas sind „neue" Akteure, die man dem Publikum irgend-

Publiziert auf Free21 am 17.08.2017, 13:45 Uhr. Original von Paul Schreyer erschienen auf paulschreyer.wordpress.com/.

wie erst vorstellen müsste. Und selbst wenn sie neu wären, müsste eine Einordnung unparteiisch und nicht wertend sein. Das immerhin räumt Gniffke ein, wenn auch im Konjunktiv:

> „Tatsächlich wären Wertungen ein Widerspruch zum Neutralitätsanspruch."

Doch wie gesagt, solche Wertungen kann der Chefredakteur nicht erkennen. Weitere Nachfragen dazu wurden von ihm nicht beantwortet. Der Slogan „Sag's mir ins Gesicht" hieße wohl besser: „Frag nicht weiter nach".

Gniffkes entschiedene Aussage („wertende Beschreibungen gibt es nicht") wird derweil aus der Medienwissenschaft angezweifelt. Prof. Michael Haller [7] einer der namhaftesten Medienforscher Deutschlands, der lange für den SPIEGEL und die ZEIT schrieb und bis 2010 Professor für Journalistik am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig war, meint dazu auf Nachfrage:

„Es gibt keine ‚harte' Grenze zwischen wertend und nichtwertend. Es handelt sich meist um Etikettierungen, die je nach Konnotation (Gegenstand) und Sprachgebrauch (Wortbedeutungen in der Alltagssprache) mehr oder weniger ‚wertend' verstanden werden. (…) Aus seiner (Gniffkes; Anmerkung P.S.) Sicht gibt es offenbar zwei strikt getrennte Kategorien: wertend/nicht wertend – also eine binäre Sichtweise, die der ‚fließenden' Semantik unserer Sprache nicht entspricht und ich darum nicht teile."

Solche fließenden Übergänge betonen auch die Fachbuchautoren Peter Linden und Christian Bleher. Für sie ist schon die übliche Unterscheidung von Nachricht und Meinung eine „künstliche Trennung". So argumentieren sie in ihrem Buch „Glossen und Kommentare in den Printmedien" [8], dass in jeder Nachricht ein Standpunkt oder eine Perspektive stecke. Wichtig sei, wie offen mit

Kai Gniffke (wikimedia / Martina Nolte / CC BY-SA 3.0 de)

diesem Standpunkt umgegangen werde. Der eigentliche Unterschied zwischen Faktenbericht und Kommentar sei, dass in letzterem der Standpunkt mit Argumenten begründet werde. Spannend für den Leser, so Linden und Bleher, sei nicht, was der Autor denkt, sondern wie er es begründet.

Wer freilich Objektivität und Wertfreiheit schon pauschal für sich reklamiert hat, der muss natürlich auch nichts mehr begründen. Hart geht in diesem Zusammenhang der ehemalige Tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam [9] mit Gniffkes Aussagen ins Gericht. Auf Nachfrage meint er:

„Der Mann versucht, reaktionsinterne Zensur als Normalität auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem auszugeben. Es ist ihm ersichtlich bewusst, welch ein Politikum seine ‚Redaktions-Wiki' darstellt, und dass sie das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. (…) Solche Begriffe enthalten Wertungen, die in einer sauberen Nachricht nichts verloren haben. Was von diesem oder jenem Staatsoberhaupt oder Regierungschef zu halten ist, kann jeder Zuschauer selbst befinden."

Bräutigam ergänzt, dass es zu seiner Zeit bei der Tagesschau in den 1970er und 1980er Jahren Richtlinien in dieser konkreten Form noch nicht gab, wohl aber Sprachregelungen „in Form ungeschriebener Gesetze". So hätte man über die DDR eben „weniger wohlwollend berichtet als über die Nachbarländer Frankreich oder Österreich". Ein restriktives „Wording" wie heute hätte es aber nicht gegeben.

Die rechtspopulistische AfD

Dass die ARD um die Brisanz ihrer Sprachregelungen weiß, macht eine Äußerung Gniffkes zur AfD de o teilte er im Herbst letzten Jahres eine Änderung der entsprechenden Richtlinie [10]:

„Allerdings verzichten wir seit einiger Zeit darauf, bei jeder Nennung der AfD das Attribut ‚rechtspopulistisch' zum Parteinamen hinzuzufügen. Hintergrund dieser Vorgehensweise ist die Tatsache, dass die AfD nicht zuletzt aufgrund der zurückliegenden Landtagswahlen einen solch hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat, dass es der permanenten Einordnung durch dieses Attribut nicht mehr bedarf, um den Zuschauerinnen und Zuschauern eine Orientierung zu ermöglichen.

Zudem haben Teile unseres Publikums die permanente Nennung der ‚rechtspopulistischen AfD' als Versuch einer Bevormundung empfunden, der nicht dem Anspruch der Tagesschau entspricht. Wir stellen also fest, dass es bei einer Formulierung wie ‚die rechtspopulistische AfD' zwei sehr verschiedene Wahrnehmungen geben kann. Während die einen darin eine inhaltlich korrekte Orientierungshilfe für das Publikum sehen, nehmen es die anderen als einen unangebrachten Versuch der Beeinflussung wahr. Diesen Umstand haben wir in den vergangenen Monaten kritisch reflektiert und uns nun zu dem Verzicht auf die permanente Etikettierung entschlossen."

Mit anderen Worten: Die ARD gibt einem politischen Akteur kein negativ gefärbtes Beiwort mehr, weil der Akteur inzwischen jedem bekannt ist, das Publikum der „Orientierung" also nicht mehr „bedarf". Man kann Gniffke hier kaum anders verstehen, als dass es am Ende eben doch um das Einsortieren eines als „negativ" begriffenen Akteurs in eine Schublade geht.

Der Knackpunkt dabei: Wiederum verwendet der Chefredakteur den Begriff „Einordnung" anstelle von „Wertung", ohne den Unterschied zu erklären. Alles fußt auf der Unterstellung, die „Einordnungen" wären völlig wertneutral und sachlich. Doch der Übergang von der Einordnung zur Wertung ist eben fließend. Ergänzungen wie „rechtspopulistisch", „Terrormiliz" oder „Machthaber" transportieren einen politischen Standpunkt dem Beschriebenen gegenüber.

Unklar bleiben zudem die Kriterien, nach denen entschieden wird (von wem überhaupt?), ob ein Akteur ein solches negatives Attribut erhält. Der gesamte Prozess erscheint willkürlich, intransparent und weit weg vom öffentlich-rechtlichen Selbstverständnis.

Die Richtlinien bleiben vertraulich

Um die Sprachregelungen der ARD seriös öffentlich debattieren zu können, müssten sie natürlich zunächst einmal selbst ans Licht der Öffentlichkeit. Vieles ist unklar. Zu welchen politischen Gruppen und Personen gibt es überhaupt Richtlinien? Wie lauten sie und wer hat sie wann warum verfasst? An dieser Stelle aber mauert der Chefredakteur:

„Das Redaktions-Wiki ist für alle Redakteurinnen und Redakteure jederzeit einsehbar, nicht aber für die Öffentlichkeit. (…)

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Das Redaktions-Wiki, in dem die Richtlinien enthalten sind, ist ein rein internes Arbeitsinstrument und ausschließlich für den Gebrauch in der Redaktion bestimmt. (…) Viele Redaktionen verfügen über einen eigenen ‚Styleguide', den sich die Redaktion selbst erarbeitet und den man nicht vor den Mitbewerbern ausbreiten muss."

Dieses Argument verwundert, da führende Medien ihre entsprechenden Richtlinien längst veröffentlicht haben. So bietet die New York Times ihren offiziellen Styleguide [11] in Buchform jedermann zum Kauf an, ebenso die Nachrichtenagentur AP [12]. Die Richtlinien der BBC kann man mittlerweile sogar ohne Zugangsbeschränkung online einsehen [13]. In diesem Zusammenhang irritiert die Intransparenz der ARD.

Ähnlich sieht es Prof. Haller. Zwar sollten seiner Ansicht nach „nicht die internen Richtlinien in globo", also insgesamt, veröffentlicht werden, „aber die im Verständnis politischer Vorgänge ggf. als heikel empfundenen Bezeichnungen, in der Art: Name plus zugeordnete Etikettierung plus kurze begriffliche Erläuterung/Begründung. Dies würde den Diskurs transparent machen." Ex-Tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam ergänzt:

„Selbstverständlich wäre es angemessen, diese Richtlinien zu veröffentlichen. Noch besser wäre allerdings, wenn sich die zur Kontrolle der Programmarbeit befugten Rundfunkräte ihres Amtes würdig erwiesen und prüften, ob diese Richtlinien überhaupt mit dem Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vereinbar sind. Ich bezweifle es."

Bräutigam (Autor des gerade erschienenen Buches „Die Macht um Acht" [14]) hatte bereits vor 35 Jahren, damals noch als aktiver Tagesschau-Redakteur, ein kritisches Buch über die Nachrichtensendung verfasst („Die Tagesschauer", Rowohlt Verlag), dass 1982 ein kleiner Sachbuchbestseller war. Manche Passagen daraus wirken noch heute aktuell:

„Journalisten üben ihren Beruf nicht in einem machtfreien Raum

Mitautoren „Die Macht um Acht": ehemaliger tagesschau-Redakteur Volker Bräutigam rechts, Friedhelm Klinkhammer mitte, Jurist und Personalrat beim NDR (KenFM auf YouTube / Bildausschnitt eines Interviews mit Ken Jebsen / veröffentlicht: 05.12.2016 / Lizenz: Ken Jebsen)

aus. Das gilt in besonderem Maße für die Redakteure in den Rundfunkanstalten und hier gerade auch in Nachrichtenredaktionen wie der Tagesschau. Wir Redakteure sind im Gegenteil selbst Schlingen in einem höchst tragfähigen Machtnetz. (…) Keiner wird bei uns Intendant, der den politischen Parteien insgesamt zu kritisch gegenübersteht. Keiner wird Chefredakteur, es sei denn, er hat die richtigen Beziehungen oder das richtige Parteibuch. (…)

Wer die Tagesschau kritisch betrachtet, wird merken, dass sie massenhaft das bringt, was unsere politischen Zustände bestätigt und verfestigt (…) Die Parteien brauchen keinen direkten Durchgriff in die Redaktionen. Es genügt, dort ein bestimmtes Klima zu schaffen, das die Journalisten abstumpft. Ein Klima, in dem Kritik und Engagement, Mut und auch Konfliktbereitschaft ersticken."

Vor solchen Problemen steht selbstverständlich nicht nur die ARD – alle großen Medien agieren in diesem Machtnetz. Der Medienwissenschaftler Leon Barkho, der für die Nachrichtenagenturen Reuters und AP gearbeitet hat und derzeit an einer schwedischen Hochschule Medienwissenschaften lehrt, hat 2011 eine Studie [15] veröffentlicht, in der er die internen Sprachregelungs-Richtlinien von BBC und Al Jazeera English vergleicht.

Die Richtlinien sind ausgefeilt und geben konkrete Anweisungen an die eigenen Redakteure, wie bestimmte Begriffe verwendet (oder vermieden) werden sollen. So spricht die BBC laut der Studie (eher negativ) von „militanten Palästinensern", Al Jazeera aber (neutral) von „Gaza-Kämpfern". Barkho weist auf die große Bedeutung dieser Richtlinien hin, die oftmals unausgesprochen politische Ziele verfolgen und eine bestimmte Perspektive bevorzugen. Umso wichtiger erscheint eine Offenlegung solcher Anweisungen sowie eine kritische Debatte.

Quellen:

[1] Wikipedia, Kai Gniffke, 04.04.2017 <*https://de.wikipedia.org/wiki/Kai_Gniffke*>

[2] Tagesschau.de, Tagesschau-Aktion zu Hatespeach, „Sag`s mir ins Gesicht", Stand: 28.05.2017, 07:38 h <*http://tinyurl.com/y85rfwzm*>

[3] ARD.de, ARD aktuell <*http://tinyurl.com/y8rm36hc*>

[4] YouTube, Livestream: "Sag`s mir ins Gesicht" mit Kai Gniffke, veröffentlicht: 31.05.2017<*https://www.youtube.com/watch?v=ne0sWjyN1i8*>

[5] YouTube, Livestream, Minute 36:41 "Sag`s mir ins Gesicht" mit Kai Gniffke <*http://tinyurl.com/yb2fabpl*>

[6] Wikipedia, Regiment Asow, 19.07.2017, <*https://de.wikipedia.org/wiki/Regiment_Asow*>

[7] EIJC (European Institute for Journalism and Communication Research), journaismusforschung.de, Prof. em. Dr. Michael Haller < *http://tinyurl.com/y7et65ld* >

[8] books.google.de, Buch: „Glossen und Kommentare in den Printmedien", ZV, Zeitungs-Verlag Service GmbH, 2000, Peter Linden, Christian Bleher < *http://tinyurl.com/y73rf5pd* >

[9] Wikipedia, Volker Bräutigam <*https://de.wikipedia.org/wiki/Volker_Bräutigam_(Publizist)*>

[10] blog.tagesschau.de, ARD-aktuell „Ist die AfD rechtspopulistisch?, 19.10.2016, < *http://tinyurl.com/hdzvvol* >

[11] amazon.com, Buch/ Kindle-Edition: The New York Times Manual of Style and Usage, 5th Edition: The Official Style Guide Used by the Writers and Editors of the World's Most Authoritative News Organization,Alan M. Siegal u. William G. Conolly, veröffentlicht: 24.02.2015 < *http://tinyurl.com/yblcwo9z* >

[12] AP, apstylebook.com, 2017 AP Stylebook, ISBN: 978-0-917360-66-4.

<*https://www.apstylebook.com*>

[13] BBC, www.bbc.co.uk, News style guide < *http://tinyurl.com/ya9khx9u* >

[14] PappyRossaVerlag, Buch: „Die Macht um Acht", Gellermann, Klinkhammer, Bräutigam, Mai 2017, ISBN 978-3-89438-633-7

< *http://tinyurl.com/ycjgshnc* >

[15] www.tandfonline.de, Artikel von Leon Barkho, „Das diskursive und soziale Paradigma von Al-Jazeera Englisch im Vergleich und parallel zur BBC" <*http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10510974.2011.535408*>

Autor:

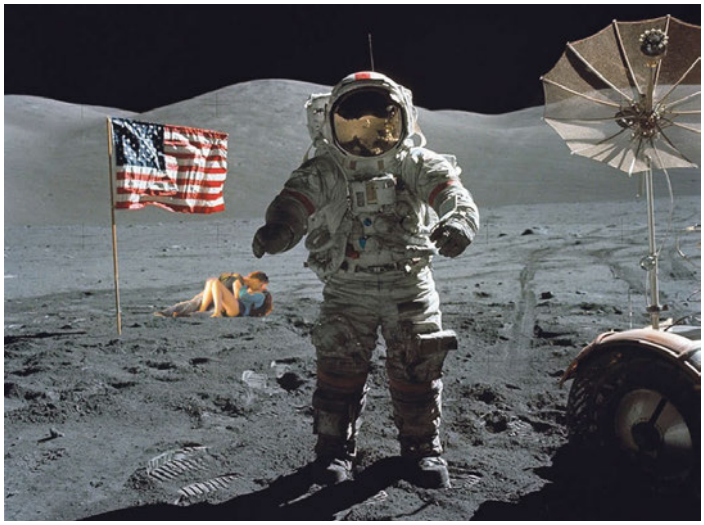
Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 30.06.2017 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2017/06/29/die-vertraulichen-sprachregelungen-der-ard/#more-1197› veröffentlicht. Lizenz: Paul Schreyer

‹http://www.free21.org/?p=27875›



Fake Reality

Die Debatte um die „Lügenpresse“ ermüdet manchen Beobachter so langsam. Alle Argumente scheinen ausgetauscht, die Kollegen der schreibenden Zunft bleiben uneinsichtig und sehen sich als Opfer eines bösen Rufmords seitens einer pöbelnden Pegida-Fraktion.

von Paul Schreyer

Letztlich geht es natürlich nicht um isolierte Irrtümer oder einzelne Lügen hier und da, im Sinne von: „Da hat die Bild-Zeitung mal wieder etwas Falsches behauptet und Spiegel Online schlecht recherchiert“.

Das Problem liegt eine Ebene höher. Von der nun schon 16 Jahre währenden 9/11-Großtäuschung [1] in Cinemascope bis zur omnipräsenten „Russian Hackers“-Legende dieser Tage wird deutlich: nicht bloß „Fake News“ verzerren die Wirklichkeit, sondern eine „Fake Reality“ ersetzt mehr und mehr die Wirklichkeit.

An dieser Stelle knüpft ein in dieser Woche erscheinender Interviewsammelband von Jens Wernicke an. Unter dem Titel „Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung“ [2] sind Interviews des langjährigen NachDenkSeiten-Mitarbeiters versammelt, der heute ein eigenes Portal namens Rubikon [3] betreibt. Zu Wort kommen Insider wie Ulrich Tilgner, der beim ZDF wegen zu kritischer Afghanistan-Berichte in Ungnade fiel, sowie medienkritische Forscher wie Uwe Krüger oder Rainer Mausfeld, deren Gedanken sich kaum so einfach als „hetzerische Pöbelei“ abtun lassen. Insbesondere Tilgners Äußerungen („Erst später erfuhr ich, dass ich im Auswärtigen Amt in Berlin als nicht vertrauenswürdig und damit als nicht zu unterstützender Journalist gewertet wurde“) zeigen sehr klar die Gemengelage aus Regierung und regierungsnahen Medien, in der die „Einheitssuppe“ entsteht, welche das Publikum nun nicht mehr länger löffeln möchte. Nochmals Tilgner:

„Auch das Verhältnis der Redaktionen zu den Reportern und Korrespondenten hat sich geändert, weil die Redaktionen heute eine andere Bedeutung haben. Sie entscheiden, was berichtet und zunehmend auch, wie berichtet wird. (…) die Formierung der Leitmedien ist längst vollzogen, ohne dass Zensur oder Verbot deswegen notwendig geworden wären. (…) So entsteht ein Mosaik der Wirklichkeit, dass diese immer weniger abbildet.“

Und in einem Gastbeitrag schreibt Noam Chomsky: „Die Massenmedien im eigentlichen Sinn haben im Wesentlichen die Funktion, die Leute von Wichtigerem fernzuhalten“. Uwe Krüger betont ähnlichen Sinnes die Rolle der Eliten:

„Wenn es einen Konsens innerhalb der Elite gibt, erfahren Mediennutzer häufig nichts über mögliche Alternativen, und dann wird auch selten die Gültigkeit der Argumente aus dem Eliten-Diskurs hinterfragt. Kritik wird dann allenfalls an taktischen Details geübt, nicht an der großen Strategie. Darüber hinaus findet offensichtlich in Hintergrundkreisen, elitären Vereinen, Think Tanks, exklusiven Konferenzen und anderen Orten vertraulicher Begegnung ein Abgleich der Perspektiven statt. Dieser lässt Journalisten oft zu Politiker-Verstehern werden, die die Fragen des Publikums nicht mehr stellen, die Rücksichten nehmen und sich für das Gelingen einer bestimmten Politik mitverantwortlich fühlen. Eine solche ‚Verantwortungsverschwörung‘, wie ich es zugespitzt nenne, sah man in jüngster Zeit bei Themen wie Ukraine und Russland, Griechenland und Schuldenkrise sowie bei der Flüchtlingskrise: Journalisten im Gleichklang mit der Regierung gemeinsam gegen Putin, Syriza, Pegida, ohne ernsthaft die Perspektiven dieser Herausforderer unseres Establishments zu spiegeln und die Gültigkeit ihrer Argumente zu erörtern.

Interessanterweise gab es in der Bundesrepublik schon einmal einen ‚Konsensjournalismus‘, wie die Historikerin Christina von Hodenberg festgestellt hat – und zwar im ersten Nachkriegsjahrzehnt, als es den Eliten darum ging, den jungen, verwundbaren Staat zu schützen und den prekären inneren Frieden zu erhalten. Erst als das Land stabil genug war, entstand eine kritischere, stärker polarisierte Öffentlichkeit. Wenn jetzt die Meinungsspanne offenbar wieder zusammengeschnurrt ist, hängt das wohl auch mit dem permanenten Krisenzustand zusammen, in dem sich Europa und die westliche Welt befindet.“

Der „verwundbare“ westdeutsche Staat der 1950er Jahre wurde damals vor dem Kommunismus „geschützt“, also einer Ideologie, die mit der Frage des Eigentums die Grundfesten der Macht wanken ließ. Erst als der Antikommunismus im Westen fest etabliert war, wurden die Medien dort etwas liberaler. Heute nun droht kein Kommunismus, allerdings ein noch schwer definierbarer, nebulöser Zerfallsprozess des gesamten Systems. Der von den Leitmedien hochgeschätzte Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (nicht in Wernickes Buch vertreten) beantwortete [4] jüngst die Frage, warum er für Verschwörungstheorien selbst nicht anfällig sei, mit dem schlichten Satz: „Mein Systemvertrauen ist letztlich größer.“

Eben darum geht es: Die faktenfreie oder faktenverbiegende „Fake Reality“ funktioniert nur mit Systemvertrauen. Wo letzteres sich auflöst, wird erstere lächerlich und durchschaubar wie des Kaisers neue Kleider. Der neue Sammelband ist die passende Lektüre zu dieser Zeit.

Quellen:

[1] <http://www.nachdenkseiten.de/?p=34894>

[2] < https://www.westendverlag.de/buch/luegen-die-medien/>

[3] <https://www.rubikon.news/>

[4] <http://www.deutschlandfunkkultur.de/phil-cologne-debatte-ueber-verschwoerungstheorien-ich-sehe.2162.de.html?dram:article_id=388984>

Dieser Text wurde zuerst am 5.9.2017 dem Blog von Paul Schreyer unter der URL <https://paulschreyer.wordpress.com/2017/09/05/fake-reality/> veröffentlicht. (Lizenz: Paul Schreyer)

<http://www.free21.org/?p=28037>

Wie Obama in die **Syrienfalle** tappte

Wie berichtet wird, hat Präsident Trump der CIA den Stecker herausgezogen und damit die glücklose geheime Bewaffnung der syrischen Rebellen beendet. Das außenpolitische Establishment der USA zeigt sich darüber bestürzt, berichtet Gareth Porter in The American Conservative. Vergangene Woche beschloss ein Sprecher der Trump-Administration, die Medien darüber zu informieren, dass das CIA-Programm zur Bewaffnung und Ausbildung der syrischen Anti-Assad-Kräfte beendet wurde.

von Gareth Porter

Seit Jahren hat die CIA Waffen an Terrorgruppen wie Al-Qaeda geliefert, offiziell weil sie auch gegen den Assad kämpfen (Foto Fadi Al-Halabi/Getty Images)

Das war eine willkommene Nachricht im Hinblick auf die wachsende Verpflichtung des US-Militärs, auch in den kommenden Jahren im Land zu bleiben. Wie ich in meinem letzten Artikel in The American Conservative dokumentierte, war das Resultat dieses Programms seit 2011 die Bewaffnung der al-Quaida-Terroristen, ihrer Dschihadisten und anderer extremistischer Verbündeter, die dadurch rasch eine führende Position bei den militärischen Erfolgen gegen das Assad-Regime erlangten.

Die Entscheidung der Trump-Administration, seine Entscheidung zur Beendigung des Programms ausdrücklich anzuerkennen, ermöglicht eine systematischere Analyse der Frage, warum und wie dieses Programm, das die fundamentalen nationalen Sicherheitsinteressen der USA deutlich unterminierte, überhaupt begonnen und so lange fortgeführt werden konnte. Die ursprüngliche Version des 2011 begonnenen Programms ist leichter zu erklären als die direktere Form zwei Jahre später, die zumindest formal bis heute fortgeführt wurde.

Ein Schlüssel zum Verständnis der Grundlagen ist die Tatsache, dass das Programm nicht wegen einer Bedrohung der Sicherheit der USA installiert wurde, sondern einfach, weil man die Möglichkeit dazu sah. Es ist immer ein Gefahrensignal, wenn mächtige US-Sicherheitsbürokraten anfangen, sich Gedanken über einen möglichen „Gewinn" für die USA zu machen. (Siehe Vietnam und Irak.)

In diesem Fall sah man eine Chance darin, die aufkommenden Proteste der Opposition gegen das Assad-Regime im Frühling 2011 zu verstärken, wobei die Sicherheitsbeamten glaubten, dass Assad nicht überleben würde. Das nationale Sicherheitsteam sah eine Möglichkeit, den Weg dahin zu verkürzen.

Der ehemalige Sprecher der Obama-Administration Derek Chollet erinnerte in seinem Buch „The long Game" daran, dass Obamas Berater von einem „organisierten Übergang" sprachen und den Präsidenten dazu drängten, öffentlich den Rücktritt von Assad zu fordern. Laut Chollet bedeutete dies für die Berater einerseits, Druck von außen auszuüben und andererseits, der Opposition Waffen zur Verfügung zu stellen.

Das war jedoch Wunschdenken, nicht nur hinsichtlich der Bereitschaft eines alawitisch dominierten Regimes, Macht an ihre sektiererischen Feinde abzugeben, sondern auch hinsichtlich der vermeintlichen Bereitschaft des Irans, den Sturz des Regime zu unterstützen. Unter Obamas Beratern gab es keinen, der über ausreichendes Wissen über die Dynamik der Region verfügte, um den Präsidenten darauf hinzuweisen, dass der Iran den Sturz des syrischen Verbündeten durch eine von den sunnitischen Staaten und den USA gestützte Opposition nicht mittragen würde.

Der entscheidende Faktor jedoch, der die Administration zum Handeln zwang, war der Druck der sunnitischen US-Verbündeten in der Region, Türkei, Saudi-Arabien und Katar. Sie brachten Obama im Herbst 2011 dazu, ihnen beim Aufbau einer Oppositionsarmee und bei ihrer Ausrüstung mit Waffen zu helfen. Führend war dabei die Türkei, die das Einverständnis Washingtons forderte, die damals noch gar nicht existierenden Rebellen mit schweren Waffen einschließlich Flugabwehr- und Panzerabwehrraketen auszustatten und die sogar anbot, Syrien anzugreifen, um das Regime zu stürzen, wenn die USA die Luftabwehr garantieren.

Obama unter Druck

In der Ideologie der nationalen Sicherheitselite – besonders im demokratischen Flügel – sind regionale Allianzen wesentliche Bausteine der US-geförderten globalen „regelbasierten" Ordnung. In der Praxis dienten sie aber als Instrumente zur Ausweitung der Macht und des Prestiges der nationalen Sicherheitsbürokratie.

Die Finanzhilfen an die US-Verbündeten im Nahen Osten

Publiziert auf Free21 am 04.09.2017, 20:41 Uhr, von Gareth Porter auf www.nachdenkseiten.de.

konzentrierten sich auf die Militärbasen in der Türkei, Saudi-Arabien und Katar, die dem Pentagon und den Geldgebern erlaubten, diejenigen Operationen zu planen und durchzuführen, die außergewöhnlich hohe Militärausgaben garantierten. Die umfangreichen saudischen Waffenkäufe und die Finanzierung von verdeckten Operationen waren der Grund, warum die CIA gegenüber dem Kongress nicht zugeben will, dass diese mächtigen Organisationen und ihre Spitzenbeamten den Hauptvorteil davon genießen.

Außerdem war CIA-Direktor David Petraeus besonders daran interessiert, eine verdeckte Operation zur Bewaffnung und Ausbildung der syrischen Opposition zu organisieren. Da die Sicherheitsbürokratie den Wunsch der Verbündeten, Assad zu stürzen, unterstützte, übernahm Hillary Clinton, die als Ministerin immer mit Krieg sympathisierte und ihn strategisch vorbereitete, eifrig die Führungsrolle in der Administration bei der Bewaffnung der Rebellen und dem Ruf nach einer Flugverbotszone, die die Türkei so dringend forderte.

Trotz dieser Anzahl zusammenhängender Faktoren, durch die die Administration in Richtung „Regime Change" gedrängt wurde, lehnte Obama den Einsatz schwerer Kriegswaffen ab, ebenso eine Flugverbotszone und eine offizielle Rolle der USA bei der Waffenlieferung. Er war jedoch einverstanden mit einer verdeckten Operation der CIA, geplant von Petraeus, Waffen aus den Lagern der libyschen Regierung in Bengasi auf Schiffe zu verladen und den Transport in das Kriegsgebiet zu organisieren. Auf diese Weise beschwichtigte Obama die Akteure, die auf eine aggressive Politik des „Regime Change" drängten, ohne sich öffentlich zum „Regime Change"zu bekennen.

Dieses Programm, das im Oktober 2011 seinen Anfang nahm, wurde abrupt im September 2012 durch den Angriff auf das Nebengebäude der Botschaft beendet. Aber damals wusste die Obama-Regierung bereits, dass Waffen in die Hände von al Nusra, dem syrischen Ableger von al Quaida, gelangt waren, wie ein Sprecher der Administration der New York Times mitteilte.

Inzwischen waren die Saudis, die Türkei und Katar fieberhaft damit beschäftigt, Gruppierungen zu bewaffnen, die militärisch mit der al-Nusra-Front kooperierten. Darüber hinaus begannen die Saudis in Osteuropa schwere Waffen einzukaufen, mit dem klaren Ziel, eine große konventionelle Armee auszurüsten.

Die Gefahrensignale einer völlig fehlgeschlagenen Strategie hätten kaum deutlicher sein können. Doch in diesem Augenblick im Herbst 2012 nahmen Clinton und Petraeus einen neuen Anlauf, ihre eigenen, handverlesenen „moderaten" Gruppierungen mit Hilfe der CIA zu bewaffnen. Clinton argumentierte bei einem Meeting im weißen Haus, die USA müssten mit von der Partie sein, um die sunnitischen Verbündeten zu überzeugen, dass die Waffen nicht in die Hände der Terroristen geraten dürfen. Doch Obama bügelte diesen Vorschlag ab mit dem Hinweis auf das unrühmliche Ende des afghanischen Abenteuers der USA in den 1980er Jahren.

Während die Debatte Ende 2012 und Anfang 2013 weiterging, fertigte die CIA mehrere Studien über frühere Bemühungen, Rebellenarmeen selbst aufzubauen, an, und zwar nachweislich im Auftrag des Weißen Hauses. Die Ergebnisse waren wenig ermutigend, wie jemand, der Obamas Position vertrat, der New York Times steckte.

Obamas fataler Fehler

Aber dann, Anfang Dezember 2012, machte Obama einen fatalen Fehler. Er führte eine „Rote Linie" ein – den Einsatz von chemischen Waffen in Syrien. Natürlich wurden wenige Wochen danach die regimetreuen Soldaten angeklagt, in Homs einen Anschlag mit Sarin verübt zu haben. Und obwohl die Obama-Administration schnell ermittelte und herausfand, dass Tränengas eingesetzt wurde, folgten darauf weitere Anklagen wegen des Einsatzes chemischer Waffen durch das Regime im März und April 2013, wobei die Beweise äußerst dürftig waren.

Natürlich ergriff Obamas nationales Sicherheitsteam zusammen mit den sunnitischen Verbündeten die Chance, noch mehr Druck auszuüben zugunsten eines neuen US-Programms zur direkten militärischen Unterstützung der „moderaten" Kräfte. Obama aber wollte vermeiden, noch tiefer in den syrischen Konflikt hineingezogen zu werden. Die Administration brachte den Geheimdienst sogar dazu, einen wenig schlüssigen Bericht über die angeblichen Chemiewaffen zu veröffentlichen.

Doch schließlich gab Obama ein zweites Mal seine Zustimmung zu einem CIA-Programm, das Hilfe bei der Bewaffnung der Anti-Assad-Kräfte beinhaltete. Damit konnte er seinen eigenen nationalen Sicherheitsapparat und die US-Verbündeten beschwichtigen und zugleich ein offenes Bekenntnis zum Krieg vermeiden. Und als im Rahmen dieses Geheimprogramms wochenlang nichts geschah, nutzte Obamas nationales Sicherheitsteam eine angebliche Krisensituation im Krieg, um den Druck auf ihn zu erhöhen, entschiedener vorzugehen.

Minister John Kerry und einige glücklose CIA-Beamte veranlassten, dass ein Rebellenführer während eines Meetings im Weißen Haus anrief und behauptete, dass syrische und Hisbollah-Streitkräfte damit drohten, den gesamten Anti-Assad-Widerstand zum Kollabieren zu bringen.

Kerry warnte davor, dass Obama von den US-Verbündeten für diese Entwicklung verantwortlich gemacht würde und schlug einen Raketeneinsatz gegen die Assad-Streitkräfte vor. Innerhalb weniger Tage forderte das Weiße Haus eine neue Bewertung der Lage durch den Geheimdienst, in der die sichere Überzeugung zum Ausdruck gebracht wurde, dass das syrische Regime wiederholt Sarin eingesetzt hatte, und publizierte dieses Resultat sofort.

Gleichzeitig gab das Weiße Haus zum ersten Mal öffentlich bekannt, dass die USA die oppositionellen Kräfte direkt unterstützen wollten und ließ die New York Times wissen, dass dies auch militärische Hilfe einschloss.

In dem Moment, als Washington hätte Druck auf seine Verbündeten ausüben müssen, die Anti-Assad-Kräfte nicht weiter mit Waffen zu versorgen und dadurch systematisch Macht und Einfluss von Al Quaida in dem Land zu verstärken, gaben die USA klein bei.

Dafür gab es einen einfachen Grund. Die mächtige nationale Sicherheitsbürokratie drohte damit, Obama die Schuld für das Scheitern ihres heldenhaften Kampfes zur Rettung des Anti-Assad-Krieges zuzuschreiben.

Die Lektion aus dieser Affäre ist klar. Eine böswillige Allianz zwischen der mächtigen nationalen Sicherheitsbürokratie und den Nahost-Verbündeten, die sich gegenseitig Vorteile verschafft, setzt das Weiße Haus unter Druck, Maßnahmen zu billigen, die die realen Interessen des amerikanischen Volkes bedrohen und Terroristen stärken.

Diese Situation kann nur verändert werden, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese gefährliche Allianz der Interessen gelenkt wird, der so lange freie Hand gewährt wurde.

Autor:

Gareth Porter

Gareth Porter

ist freier investigativer Journalist und Gewinner des Gelhorn Prize for Journalism 2012. Er ist Autor des kürzlich erschienenen Buches Manufactured Crisis: The Untold Story of the Iran Nuclear Scare. Dieser Artikel erschien erstmals in The American Conservative.

Dieser Text wurde zuerst am 08.08.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=39534› veröffentlicht. Übersetzung aus dem Englischen von Josefa Zimmermann. Lizenz: IQM, CC-BY-SA 3.0

‹http://www.free21.org/?p=27910›

Donald Trump macht Ernst – und Putin ist der Sieger

Wer bislang darüber berichtet hatte, dass die USA mit der CIA Waffen und Ausbildung an die Mörderbanden in Syrien liefert, wurde schnell von den Systemmedien als antiamerikanischer Verschwörungstheoretiker in die rechte Ecke gestellt. Schließlich tut ein Friedensnobelpreisträger so etwas nicht! Jetzt berichtet die Washington Post, dass Trump die Einstellung dieser Aktionen angeordnet hat. Das ist doppelt erfreulich, mindestens.

von Peter Haisenko

Um das Positive aus dieser Aktion zu nehmen, hat die WP gleich noch den Kommentar eines wie üblich anonymen Abgeordneten zitiert: Putin hat gewonnen! Tagesschau.de übernimmt das und gibt seinem „Bericht" die übliche Anti-Trump Couleur.

Das ist ein Schuss ins eigene Knie. Es ist doch ganz einfach: Jede Waffe, jede Patrone und jeder Söldner, der nicht geliefert oder ausgebildet wird, rettet Menschenleben. Wenn es also Putins Sieg ist, dass die USA ihr verderbliches Treiben in Syrien einstellen, dann muss doch sofort die Frage gestellt werden, wofür Putin kämpft. Die einzig zulässige Folgerung kann dann nur sein, dass Putin an der Seite aller Friedensaktivisten gegen das unmenschliche Töten von Menschen, Zivilisten kämpft, wenn die Aktion von Trump sein Sieg sein soll. Nicht nur Putin hat gewonnen, sondern die ganze Welt – die Frieden wünscht.

Rebellen, die Waffen einsetzen, sind niemals moderat

> Es bedarf einfach Zeit, bis Donald Trump den Sumpf wirklich trockenlegen kann; bis er die große Menge an kriegsgeilen Obama/Clinton-Apparatschiks kaltstellen kann. Dass er es tun wird, zeigt jetzt eben seine Order, die Waffenlieferungen an syrische Terroristen einzustellen.

Interessant am Bericht von Tagesschau.de sind die Kommentare zu diesem Bericht. (http://www.tagesschau.de/ausland/trump-usa-syrien-101.html) Liest man diese, versteht man die Welt nicht mehr. Die Systemmedien vermitteln das Bild, dass ganz Deutschland, die ganze Welt Donald Trump hasst und alles, was er tut, nur schlecht sein kann. Die 14 Kommentare liefern ein ganz anderes Bild. Ausnahmslos alle sind positiv, pro Trump und loben diese Aktion und bemerken gleichzeitig, dass das vorgeschriebene Bild von „moderaten Rebellen" nicht von einer Mehrheit akzeptiert wird. Rebellen, die Waffen einsetzen, sind niemals moderat! Ein Staat, der diese liefert, ist ein Terrorstaat. Aber halt, beinahe hätte ich vergessen, dass ein Friedensnobelpreisträger so etwas ja nicht tut. Natürlich hätte Merkels Freundin Hillary Clinton so etwas auch nicht weiter geführt, obwohl sie etwas anderes angekündigt hatte. Die Kommentarfunktion ist dann auch ganz schnell geschlossen worden, weil die Kommentare wohl in die „falsche Richtung" gelaufen sind. Das ist ein Vorgang, den ich schon öfter beobachten musste.

Präsident Trump will offenbar vorerst keine Waffen mehr an Anti-Assad-Kräfte wie Al-Qaeda, The Muslim Brotherhood, Al-Nusra liefern, was Obama seit mehr als 4 Jahren offiziell getan hat (Foto: White House, Public Domain)

Mossul nach der Befreiung, Irakische Soldaten und Einwohner in Mosul (Foto: Voice of America, Public Domain)

Nach der Befreiung von Aleppo und großflächigen Erfolgen der syrischen Armee gegen die Terroristen ist die Berichterstattung über Syrien eingestellt worden. Zu peinlich könnte es sein, wenn man die Bilder der Zerstörung in Aleppo mit denen aus Mossul vergleicht. Folgt man den Berichten der Systemmedien, dann haben die Rebellen in Aleppo eine Niederlage erlitten und Mossul ist befreit worden. In Aleppo ist alles von russischen Bomben zerstört und in Mossul gab es kleinere Kollateralschäden. Vergleicht man aber die Bilder von Aleppo und Mossul nach deren Befreiung, erscheint Aleppo nahezu unbeschädigt im Vergleich zu Mossul, das großflächig Krater von mehr als zehn Meter Durchmesser aufweist, wo einmal eine lebendige Altstadt gewesen ist. Das waren aber gute amerikanische Bomben und keine bösen russischen.

Propagandistisch-selektive Berichterstattung der Medien

Es lohnt sich auch, Bilder von Berlin, Dresden, Hamburg oder Würzburg usw. aus dem Jahr 1945 mit denen aus Aleppo zu vergleichen. Auch dagegen erscheint Aleppo nahezu unbeschädigt, sogar Mossul. Aber auch 1945 waren es gute amerikanische Bomben, die unsere Eltern und Großeltern befreit haben. Am Rande sei vermerkt, dass über Flächenbombardements der Sowjetunion nichts bekannt ist, weil es sie nicht gegeben hat;

Publiziert auf Free21 am 25.09.2017, 21:47 Uhr. Von Ernst Wolff auf Antikrieg.com. Lizenz: Ernst Wolff.

noch niemals gegeben hat. Es war übrigens Präsident Roosevelt, der 1938 in Paris feierlich geschworen hat, dass die USA niemals Städte oder Zivilisten bombardieren werden. Nicht nur Deutschland hat lernen müssen, was Zusagen der USA wert sind. Japan, Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha haben es auch erleben müssen. Tokyo und Pjöngjang sind dem Erdboden gleich gemacht worden mit dem konkreten Ziel, so viele Menschen wie möglich zu ermorden. Auf das neutrale Laos haben die USA mehr Bomben abgeworfen, als im gesamten Zweiten Weltkrieg. Man vergleiche auch Bilder von Tokyo und Pjöngjang mit Aleppo. Von Hiroschima und Nagasaki braucht man dabei gar nicht zu reden.

Wie propagandistisch-selektiv die Berichterstattung der Medien ist, kann man wieder einmal an den unterdrückten Meldungen aus Syrien erkennen. Das UNHCR hat berichtet, dass mindestens 500.000 Syrer nach der Befreiung von Aleppo und Homs aus den Lagern in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Das passt nicht in das Bild, das uns vermittelt werden soll und so wird einfach nicht darüber berichtet. Verschwiegen wird auch, dass die irakische Armee rund um Mossul Verbrechen begeht, mit willkürlichen Erschießungen und Folterungen; dass nach Einschätzungen vor Ort davon auszugehen ist, dass große Teile Mossuls erst nach dem Einsatz von etlichen Milliarden wieder bewohnbar sein werden. Eine Rückkehr nach Mossul wird nicht so schnell stattfinden können, wie sie in Aleppo und Homs bereits in großer Zahl erfolgt.

Es braucht Zeit, bis Trump den Washingtoner Sumpf trockenlegen kann

Selbst Bekannte, die der Anti-Trump-Hatz nicht vorbehaltlos folgen, haben bemängelt, dass Trump nicht schnell genug seine Wahlversprechen erfüllt. Dazu muss man natürlich einrechnen, dass er sich einer Behinderung seiner Ziele ausgesetzt sieht, die beispiellos ist. Nicht nur die Hexenjagd gegen Russlandkontakte behindern ihn, in nahezu jeder erdenklichen Weise werden seine Ziele von eben dem Establishment und dem Militärisch-Industriellen-Komplex hintertrieben. Und wenn er es dann tut, wie jetzt bezüglich Syrien, dann ist es ein Sieg des grundbösen Putin, also wieder negativ. Es bedarf einfach Zeit, bis Donald Trump den Sumpf wirklich trockenlegen kann; bis er die große Menge an kriegsgeilen Obama/Clinton-Apparatschiks kaltstellen kann. Dass er es tun wird, zeigt jetzt eben seine Order, die Waffenlieferungen an syrische Terroristen einzustellen.

Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, was Trump bereits mit der Isolierung Katars bewirkt hat. Dass ein großer Teil der Geldmittel an den IS und andere Terroristen über diesen Kleinstaat gelaufen ist, ist lange bekannt. Auch Zuwendungen aus Saudi-Arabien haben teilweise den Weg über Katar genommen. Die mit Putin auf dem G 20 Gipfel vereinbarte Waffenruhe im Südosten Syriens scheint zu halten. Wenn es anders wäre, hätte man das breit berichtet. Jetzt bringt die Anordnung an die CIA, keine Waffen mehr an irgendwelche „Rebellen" zu liefern, ernsthafte Hoffnung, dass in Syrien ein Ende des Mordens erreicht werden kann. Angesichts des jetzt offenen Eingeständnisses, dass die USA Waffen und Ausbildung an die Mörder in Syrien geliefert haben, wäre es zu optimistisch anzunehmen, dass sich irgendjemand dafür entschuldigt, diejenigen Verschwörungstheoretiker geschimpft zu haben, die die Wahrheit schon vor Jahren beschrieben haben. Wenn das alles ein Sieg Putins ist, dann kann ich nur sagen: Bitte mehr solche Siege – sie retten Menschenleben!

Autor:

Peter Haisenko

über 30 Jahre Verkehrspilot, seit 2004 als Autor und Journalist tätig, hat in den letzten Jahren etwa 300 Artikel veröffentlicht mit Schwerpunkten Wirtschaft, Historie, Politik und Luftfahrt.

www.anderweltonline.com

Dieser Text wurde zuerst am 21.07.2017 auf der Homepage von Peter Haisenko unter der URL ‹http://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2017/donald-trump-macht-ernst-und-putin-ist-der-sieger/› veröffentlicht.
Lizenz: Peter Haisenko

‹http://www.free21.org/?p=27815›

Finanztsunami – wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht

Vor kurzem ist Ernst Wolffs neues Buch „Finanztsunami – wie das globale Finanzsystem uns alle bedroht" erschienen. Die folgenden beiden Kapitel, die er freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, bieten einen ersten Einblick in das, was hinter den Kulissen betrieben wird und was uns erwartet, wenn wir uns nicht wehren. **von Ernst Wolff**

1. Die neue Supermacht: Die Finanzmärkte

Dass „Geld die Welt regiert" wird von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Die Art und Weise, wie es seine Macht ausübt, hat sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten allerdings erheblich verändert. Hielt sich vor allem das große Geld früher eher diskret im Hintergrund, so hat es diese Zurückhaltung weitgehend aufgegeben und sonnt sich heutzutage geradezu im Rampenlicht – vor allem in Gestalt der „Finanzmärkte". [1]

Kaum eine Nachrichtensendung, in der nicht danach gefragt wird, was denn die Finanzmärkte zu dieser oder jener Entscheidung sagen. Werden wichtige politische Weichen gestellt, so wird zuerst einmal überlegt, wie denn die Finanzmärkte darauf reagieren könnten. Wollen Politiker oder Wirtschaftler Vorschläge der Konkurrenz in ein schlechtes Licht rücken, verweisen sie einfach auf deren negative Auswirkungen auf die Finanzmärkte.

Die Finanzmärkte scheinen zum Maß aller Dinge geworden zu sein. Wieso? Was hat ihnen so viel Macht verliehen? Wer ist für diese Entwicklung verantwortlich? Werfen wir einen kurzen Blick auf ihre Geschichte: Der Aufstieg des Finanzkapitals [2], aus dem die heutigen Finanzmärkte hervorgegangen sind, begann im 19. Jahrhundert. Damals sorgten die Banken durch das Verleihen von Geld – die Kreditvergabe - dafür, dass die Industrie durch Investitionen

wachsen konnte. Nach und nach gewannen sie durch die Einnahme von Zinsen immer mehr Macht und Einfluss, bis sie mit Beginn des 20. Jahrhunderts – von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - das wirtschaftliche und politische Geschehen aus dem Hintergrund zu lenken und zu leiten begannen.

Getrieben vom Hunger nach immer höheren Profiten entstand ein zunehmend schärferer internationaler Wettbewerb. Er gipfelte in kriegerischen Konflikten, die von den Banken wiederum zur Kreditvergabe genutzt wurden. Nach zwei Weltkriegen übernahmen die vor allem durch diese Kreditvergabe zur Weltmacht aufgestiegenen Finanzinstitute der New Yorker Wall Street die globale Führung. Auf der Konferenz von Bretton Woods wurde 1944 von der Politik ein Währungssystem ins Leben gerufen, das ganz und gar auf die Bedürfnisse der Wall Street zugeschnitten war und die gesamte Welt der Herrschaft des US-Dollars unterwarf.

Der anschließende Nachkriegsboom [3] schürte bei vielen Menschen die Illusion, dass nun auf der Grundlage ungebrochenen Wachstums ein Zeitalter des Friedens und des Wohlstands angebrochen sei. Mit dem Ende dieses Booms zu Beginn der Siebziger Jahre stieß das Finanzkapital jedoch an die ihm gesetzten Grenzen. Die Politik reagierte und verhalf ihm im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts durch die „Deregulierung“ - die Abschaffung verschiedenster rechtlicher Einschränkungen – zum größten Schub seiner Geschichte. Diese Deregulierung ließ den Finanzsektor förmlich explodieren und ermöglichte es dem internationalen Finanzkapital, sich zu einem erheblichen Teil von der Realwirtschaft [4] zu lösen, ihre Größe innerhalb weniger Jahre um ein Vielfaches zu übertreffen und unter dem Namen „die Finanzmärkte“ ein nie dagewesenes Eigenleben zu beginnen.

Dabei ist der Begriff „Finanzmärkte“ selbst irreführend: Die klassischen Märkte waren Handelsplätze, auf denen sich Käufer und Verkäufer gleichberechtigt

gegenüber standen und der Preis der Waren durch das Wechselspiel von Angebot und Nachfrage bestimmt wurde. Die Finanzmärkte von heute haben weder mit Gleichberechtigung, noch mit Angebot und Nachfrage zu tun. Sie werden gelenkt, gesteuert und manipuliert, und zwar von den großen Investoren dieser Welt, d.h. internationalen Großbanken, Hedgefonds [5], multinationalen Konzernen und seit einiger Zeit in immer größerem Ausmaß von den Zentralbanken. [6]

Auch wenn wir uns der Ursache häufig nicht bewusst sind, spüren wir alle tagtäglich die Auswirkungen: Das Geschehen an den Finanzmärkten beeinflusst die Höhe unseres Lebensstandards und entscheidet darüber, welche Ausbildungs- und Beschäftigungschancen wir haben, ob wir im Krankheitsfall abgesichert oder im Alter versorgt sind. Es legt fest, wer uns regieren darf und wann und unter welchen Umständen unsere demokratischen Freiheiten eingeschränkt werden können, wie weit Klima und Umwelt zerstört und bis zu welcher Höhe zukünftige Generationen mit Schulden belastet werden dürfen, die sie selbst nicht zu verantworten haben. Sogar die Frage, ob wir in Frieden leben oder von sozialen Unruhen oder gar von Krieg und im schlimmsten Fall von einer nuklearen Katastrophe bedroht werden, hängt letztlich vom Geschehen an den Finanzmärkten ab.

Trotz dieser enormen Bedeutung scheuen die meisten Menschen davor zurück, sich näher mit der Wirkungsweise und den Gesetzmäßigkeiten unseres Finanzsystems zu beschäftigen. Viele fürchten, die Zusammenhänge auch bei genauem Hinsehen nicht zu verstehen. Gleichzeitig aber verspüren sie auf Grund der von den Finanzmärkten ausgehenden Veränderungen ein zunehmend mulmiges Gefühl.

Kein Wunder, denn neben den am eigenen Leib gemachten Erfahrungen ist die arbeitende Bevölkerung der gesamten Welt heute mit einigen zutiefst beunruhigenden Entwicklungen konfrontiert. Eine der wichtigsten dürfte die Explosion der sozialen Ungleichheit sein. Die Hilfsorganisation Oxfam hat festgestellt, dass im Jahr 2014 fünfundachtzig Personen, im Jahr 2015 nur noch zweiundsechzig Personen und 2016 noch ganze acht Personen über das gleiche Vermögen verfügten wie die ärmere Hälfte der Menschheit. [7] Das US-Magazin Forbes hat im März 2017 berichtet, dass die Zahl der Milliardäre 2016 weltweit um insgesamt 233 auf 2.043 und ihr Reichtum im selben Zeitraum auf $ 7,67 Billionen [8] angestiegen ist. [9]

Auch wenn diese Zahlen nur grobe Schätzwerte sein können, so enthüllen sie doch mehr als nur ein krasses Missverhältnis. Sie verdeutlichen, dass der Einkommensabstand zwischen den Menschen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, und denen, die von ihrem Vermögen leben können, nicht nur größer ist als jemals zuvor, sondern in einem nie dagewesenen Tempo zunimmt.

Hinzu kommt, dass dieser Trend durch die bestehenden Gesetze nicht abgemildert, sondern sogar noch gefördert und beschleunigt wird: Das Erbrecht begünstigt wohlhabende Erben gegenüber Bürgern aus einfachen Einkommensverhältnissen und das Steuerrecht bittet Arbeitseinkommen grundsätzlich stärker zur Kasse als angehäufte oder ererbte Vermögen – und zwar weltweit. Ganz zu schweigen von den zahllosen legalen Steueroasen [10], die den Wohlhabenden und ihren Unternehmungen rund um den Globus zur Verfügung stehen, während Sparer, die ihr hart erarbeitetes Geld im eigenen Land anlegen, immer weniger Zinsen erhalten und sogar damit rechnen müssen, dass ihnen durch Negativzinsen ein Teil ihres Geldes genommen wird.

Auch die Zunahme militärischer Konflikte, die daraus resultierenden Flüchtlingsströme, die weltweite Aufrüstung und die immer häufigeren Terrorakte bereiten den Menschen Angst. Am tiefsten aber verunsichert sie das Verhalten von Politik und Medien: Während die Medien verkaufsfördernd zwischen Euphorie und Panikmache hin- und herschwanken, flüchten sich Politiker fast einhellig in Besänftigung, Beschwichtigung und Verharmlosung. Dabei wirken sie in Wirtschafts- und Finanzfragen oft überfordert, unzureichend informiert oder vollkommen ahnungslos und weisen vor allem für die jüngere Vergangenheit eine verheerende Bilanz auf.

Selbst nach dem Beinahe-Crash des globalen Finanzsystems von 2008 und während der immer wieder aufflackernden Eurokrise haben Politiker trotz zahlreicher Ankündigungen und Versprechungen nicht eine einzige wirksame Maßnahme getroffen, um die Auswüchse an den Finanzmärkten einzudämmen und gefährliche Fehlentwicklungen zu

Publiziert auf Free21 am 25.09.2017, 21:47 Uhr. Von Ernst Wolff auf Antikrieg.com. Lizenz: Ernst Wolff.

Ernst Wolff: Finanz Tsunami – Wie das globale Finanzsystem uns alle bedruht, 1. Auflage, edition e. wolff,2017

stoppen. Im Gegenteil: Zunächst haben sie die Verursacher der Krise über alle nationalen Grenzen hinweg für „too big to fail" („zu groß, um sie zusammenbrechen zu lassen") erklärt und sie vor dem Bankrott gerettet, indem sie private Verluste durch öffentliche Gelder (Steuern) ausglichen. Seit 2008 lassen sie ihnen unter dem Vorwand, die lahmende Wirtschaft wieder ankurbeln zu wollen, von den Zentralbanken Unmengen an Geld zur Verfügung stellen – obwohl offensichtlich ist, dass diese Summen nicht als Kredite in die Realwirtschaft, sondern zum überwiegenden Teil zur Spekulation in den Finanzsektor fließen und das System so noch instabiler, krisenanfälliger und unsozialer machen.

Zu ihrer Rechtfertigung beruft sich die Politik auf die immer gleichen Argumente: Die Maßnahmen seien notwendig und unumgänglich, da die Finanzmärkte sonst Schaden nehmen oder gar zusammenbrechen könnten. Der Logik der offiziellen Politik zufolge handelt es sich bei den Finanzmärkten um eine dem Willen der Menschen entzogene Macht, der wir uns alle - so wie dem Wetter oder anderen Naturphänomenen - fügen müssen.

Ist das wirklich so? Sind die Finanzmärkte tatsächlich etwas, auf das wir keinen Einfluss haben und deren Kapriolen und zum Teil verheerende Konsequenzen wir widerspruchslos hinnehmen müssen? Sind wir gezwungen, tatenlos mit anzusehen, wie die Welt um uns herum immer instabiler, unsicherer und unsozialer wird? Oder wird uns das nur gesagt, um uns ruhig zu stellen und zu verhindern, dass wir uns dagegen auflehnen? Verbirgt sich hinter dem Bild, das uns seit Jahren von den Finanzmärkten vermittelt wird, vielleicht etwas, das wir nicht wissen oder nicht wissen sollen?

2. Der verzweifelte Kampf gegen den Untergang

Das Finanzsystem kennt im Krisenfall nur eine Organisation, die die Funktion des Notarztes übernehmen kann: Die Zentralbank. Ihr stehen mit der Geldschöpfung und der Zinssenkung zwei höchst wirksame Mittel zur Verfügung, die allerdings beide denselben Schwachpunkt aufweisen: Sie sind zeitlich nur begrenzt einsetzbar. Hält die Geldschöpfung zu lange an, führt sie in die Geldentwertung, wird die Zinssenkung übertrieben, untergräbt sie das Kreditgeschäft, die Grundlage des Bankwesens. Gleichzeitig und in zu hoher Dosis angewandt, zersetzen beide Maßnahmen das System von innen heraus.

2008 war die Lage so ernst, dass – wie bei einem medizinischen Notfall – nicht nach den Nebenwirkungen der eingesetzten Mittel gefragt wurde. Ob FED, EZB, Bank of England, Bank of Japan oder die Nationalbank der Schweiz - sie alle machten sich umgehend ans Werk, schufen Unmengen von Geld und vergaben es zu immer niedrigeren Zinssätzen. Politik und Medien leisteten Schützenhilfe, indem sie der skeptisch gewordenen Bevölkerung erklärten, das frisch geschöpfte Geld werde die am Boden liegende Wirtschaft wieder in Gang bringen und die Zinssenkungen würden diesen Prozess noch beschleunigen.

Tatsächlich aber floss das Geld zum weitaus größten Teil nicht in die Realwirtschaft, sondern erneut in die Spekulation an den Finanzmärkten, und zwar aus vier Gründen: Erstens stagnierte die Weltwirtschaft, so dass nur geringer Investitionsbedarf bestand, zweitens waren an den Finanzmärkten, insbesondere im Bereich der Derivate, immer noch extrem hohe Gewinne zu erzielen, drittens wirkten die immer niedrigeren Zinsen auf Spekulanten wie eine suchterzeugende Droge und viertens fiel es der Finanzindustrie nicht schwer, noch höhere Risiken als zuvor einzugehen, da sie ja nun als „too big to fail" galt.

Während die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung überzeugt war, die von den Zentralbanken getroffenen Maßnahmen dienten der Konsolidierung des Systems, bewirkten sie in Wirklichkeit genau das Gegenteil: Mit dem frisch gedruckten und zu immer günstigeren Bedingungen vergebenen Geld wurde das ohnehin schwer angeschlagene System einmal mehr und auf genau dieselbe Art und Weise destabilisiert, die zuvor zu seinem Zusammenbruch geführt hatte – und zwar mit noch höheren Einsätzen und unter Inkaufnahme noch höherer Risiken.

Damit war das 1944 begründete globale Finanzsystem in eine neue historische Phase eingetreten: Ähnelte es nach dem LTCM-Zusammenbruch 1998 einem schwer verletzten Unfallopfer, so gleicht es spätestens seit 2008 einem Krebskranken ohne Heilungschancen: Was immer der Patient an Nahrung bekommt, dient nicht mehr dem Aufbau seines Körpers (der Realwirtschaft), sondern nur noch der Fütterung seines Tumors (dem Finanzsektor). Was immer die Zentralbanken an Geld ins System pumpen, verhilft nicht mehr zu wirtschaftlichem Aufbau, sondern fließt überwiegend in die Taschen von Großinvestoren, die der Gesamtgesellschaft durch ihr parasitäres Verhalten nach und nach die Lebensgrundlage entziehen.

Welche Folgen das für die Rolle der Politik hatte, zeigte sich ab 2010 in der Eurokrise. Hier stellte die Finanzindustrie die Regierungen im Euroraum in der entscheidenden Phase einfach kalt und schuf ihr eigenes Exekutivorgan – die Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission. Die Troika sorgte zunächst dafür, dass die Regierungschefs in Italien und Griechenland durch „Technokraten" aus der Hochfinanz (die ehemaligen Goldman-Sachs-Banker Mario Monti und Loukas Papadimos) ersetzt wurden. Als die Parlamentswahlen in Griechenland eine Mehrheit für die gegen die Sparmaßnahmen antretende Syriza ergaben, drehte die Troika dem Land einfach den Geldhahn ab. Als das griechische Volk im darauffolgenden Sommer die Sparpolitik in einer Volksabstimmung ablehnte, ignorierte die Troika das Ergebnis, ließ ihr unbequeme Politiker feuern und verschärfte den Sparkurs sogar noch.

Wenn es für das Absterben der bürgerlichen Demokratie noch eines Beweises bedurft hätte, hat Griechenland ihn geliefert: Der Parlamentarismus war durch die Finanzindustrie ausgehöhlt, Wahlen waren bedeutungslos geworden. Europa im Krisenmodus wurde nicht mehr von gewählten Politikern regiert, sondern im Interesse des großen Geldes von einer Gruppe nicht gewählter, gesichtsloser Bürokraten zwangsverwaltet.

Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, beteuerte die Finanzindustrie ein ums andere Mal, dass eine Wiederholung der systembedrohenden Ereignisse von 2007 / 2008 ausgeschlossen sei. Hinter verschlossenen Türen aber suchte man händeringend nach einer Antwort auf die allesentscheidende Frage: Wie und durch wen konnte das System, das 1998 durch eine Gruppe von Banken und 2008 durch das Eingreifen der Staaten gerettet worden war, beim nächsten Einbruch am Leben erhalten werden?

Die von den Finanz-Experten erarbeitete Antwort lautete: Das Bail-out durch ein Bail-in ersetzen. Hatten in der letzten Krise die Regierungen eingegriffen, um die Finanzunternehmen mit Steuergeldern zu retten (Bail-out), so sollten im nächsten Krisenfall zu-

nächst die Anteilseigner und Einleger der bedrohten Finanzinstitute herangezogen werden, um für deren Rettung aufzukommen (Bail-in). Das Konzept wurde in Windeseile in fast allen Ländern der Welt zu Recht und Gesetz erklärt und der Öffentlichkeit von der Politik als „Entlastung der Steuerzahler“ verkauft.

Doch schon bei seinen ersten Anwendungen in Zypern und Italien zeigte das Bail-in-Prinzip sein tatsächliches Gesicht: Da die Wohlhabenden ihr Vermögen entweder in Steueroasen untergebracht oder auf Grund guter Beziehungen zu Regierungskreisen rechtzeitig abgezogen hatten, traf die Enteignung vor allem die Besitzer kleiner und mittlerer Vermögen - also genau die, die bereits die höchste Steuerlast trugen.

Ein vom IWF im Oktober 2013 in seiner Broschüre „Taxing Times“ ins Spiel gebrachter Vorschlag zielte ebenfalls auf die Rettung des Systems durch Teilenteignung der Bürger ab. Ihm zufolge sollten die leeren Staatskassen durch eine 25%ige einmalige Steuer auf alle verfügbaren Vermögen aufgefüllt werden. Auch diese extreme Maßnahme ließ die Steuerparadiese der Wohlhabenden unberücksichtigt und wälzte die Gesamtlast vor allem auf kleine und mittlere Vermögen ab.

Du bist auf der Tastatur schneller als Lucky Luke am Abzug und hast keine Angst vor langen Texten? Dann bist Du für uns der/die geborene

Free21

Transkriptor/in

Viele wichtige Informationen werden heute in audiovisuellen Formaten verbreitet. Mit seinen Transkripten möchte Free21 dazu beitragen, dass diese auch „schwarz auf weiß“ verfügbar werden.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen kannst, schreib uns an transcript@free21.org

Sowohl das Bail-in als auch die einmalige Steuerabgabe waren im Grunde nichts anderes als der am Reißtisch entworfene Versuch, die Mittelschicht für die Rettung des Systems bezahlen zu lassen. Allerdings hatten die Urheber die sozialen Folgen ihrer Pläne nicht bedacht: Als in der italienischen Toskana im Dezember 2015 vier Banken mittels Bail-in gerettet wurden, heizte die kalte Enteignung einfacher Bürger den Hass der Bevölkerung auf die übermächtigen Banken und die Regierung so stark an, dass ein für das System äußerst gefährliches gesellschaftliches Klima entstand. Das Kabinett in Rom und der italienische Finanzsektor gerieten daraufhin so stark unter Druck, dass sie eine von der EZB und der EU mehrfach geforderte weitere Bail-in-Anwendung rundheraus ablehnten.

Mit dem vorläufigen Scheitern des Bail-in-Prinzips und der Einsicht, dass auch eine einmalige Steuer auf den erbitterten Widerstand der Bevölkerung treffen würde, war ein neues Stadium der Krise erreicht. Finanzindustrie und Politik mussten sich eingestehen, dass ihre Möglichkeiten der Krisenbekämpfung weitgehend erschöpft waren. Da die Zeit aber drängte, entschied man sich aus der Not heraus, die Kompetenzen der Zentralbanken über alle gesetzlichen Einschränkungen hinaus zu erweitern und ihnen praktisch einen Freibrief für systemerhaltende Maßnahmen zu erteilen.

Dieses Provisorium ist inzwischen zur Dauerlösung geworden. Die Zentralbanken sind mittlerweile der Tropf, an dem das globale Finanzsystem hängt und ohne den es zugrunde gehen würde. Das Ergebnis ist eine neue Normalität: Das eigentlich nur für Notfälle gedachte Gelddrucken ist zur Routine geworden, die Zinssätze sind nicht nur bis auf Null, sondern zum Teil bereits in den Negativbereich gesenkt worden, die Rückzahlung von Krediten wird auf dreißig bis vierzig Jahre erstreckt, es werden Unmengen von Staatsanleihen, Unternehmensanleihen und sogar Aktien gekauft – nur um Staaten und Unternehmen in die Lage zu versetzen, Zinszahlungen auf einen ständig wachsenden Schuldenberg zu leisten.

Nachdem in den ersten zehn Jahren nach der Krise von 2007 / 2008 bereits mehr als zehn Billionen US-Dollar ins das System geflossen sind und neben Banken, Versicherungen und Großkonzernen ganze Staaten künstlich am Leben erhalten werden, ist kein Ende dieser Manipulation abzusehen. Im Gegenteil: Die Manipulation ist fester Bestandteil des Systems geworden, das System ist zum Überleben auf sie angewiesen. Das gesamte globale Finanzgebäude ist dabei so zerbrechlich geworden, dass jede größere Marktkorrektur (die früher zum ganz normalen konjunkturellen Auf und Ab gehörte) vermieden werden muss. Der Schuldenberg ist größer als je zuvor, der Bereich der Derivate weiterhin unkontrolliert und daher unbeherrschbar und kann bei jedem Einbruch der Märkte unvorhersehbare Folgen haben.

Wir sind in eine historische Phase eingetreten, in der es nur noch bergauf gehen darf, weil jede stärkere Abwärtsbewegung das gesamte System zum Einsturz bringen könnte. Gleichzeitig aber haben die globalen Schulden den Punkt der Rückzahlbarkeit längst überschritten und die beiden Mittel der Geldschöpfung und des Senkens der Zinsen sind inzwischen weitgehend ausgereizt. Aus diesem Grund steuern wir unerbittlich auf den Punkt zu, an dem der Finanz-Tsunami ausgelöst wird. Oder gibt es noch möglicherweise weitere Möglichkeiten ihn hinauszuzögern...?

Quellen:

[1] Das Wort Finanzen (von lateinisch finire = beenden, eine Schuld begleichen) wird heute als Oberbegriff für alles, was mit Geld zu tun hat, benutzt. Märkte sind Handelsplätze, auf denen Waren ihre Besitzer wechseln. Finanzmärkte sind also Handelsplätze, auf denen ausschließlich Geld den Besitzer wechselt.

[2] Geld wird zu Kapital, wenn es zur Produktion von Waren oder zur Spekulation eingesetzt wird und sich dadurch vermehrt. Industriekapital liegt in den Händen von Konzernen und dient der Produktion, Finanzkapital befindet sich großenteils in den Händen von Finanzunternehmen und dient heute hauptsächlich der Spekulation.

[3] Als „Nachkriegsboom“ gelten die 25 Jahre rasanten globalen Wirtschaftswachstums von 1948 bis 1973.

[4] Wir unterscheiden zwischen der Realwirtschaft, in der es um die Produktion und die Verteilung von Waren geht, und der Finanzwirtschaft (dem Finanzsektor), in der es um Zahlungsströme geht.

[5] Hedgefonds sind Unternehmen, die das Vermögen ultrareicher Kunden verwalten und durch Spekulation im Finanzsektor zu vermehren versuchen.

[6] Zentralbanken (auch Notenbanken genannt) haben als einzige Banken das Recht, Geld zu drucken und den Leitzins (den Zins, zu dem ihr Geld an andere Banken vergeben wird) festzulegen.

[7] Oxfam: „An Economy für the 1 %“, veröffentlicht anlässlich des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos im Januar 2016

[8] 1 Billion = 1.000 Milliarden

[9] „The World’s Billionaires“, Forbes Magazin, Ausgabe vom März 2017

[10] Steueroasen sind Länder oder Gebiete, in denen für dort deponiertes ausländisches Geld wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden müssen.

Autor:

Ernst Wolff

1950 geboren, wuchs in Südostasien auf, ging in Deutschland zur Schule und studierte in den USA. Er arbeitete in diversen Berufen, u.a. als Journalist, Dolmetscher und Drehbuchautor. Die Wechselbeziehung von Wirtschaft und Politik, mit der er sich seit vier Jahrzehnten beschäftigt, ist für ihn gegenwärtig von höchster Bedeutung.

Dieser Text wurde zuerst am 19.09.2017 auf Antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2017_09_19_dieneue.htm› veröffentlicht. Lizenz: Ernst Wolff

‹http://www.free21.org/?p=28035›

Publiziert auf Free21 am 25.09.2017, 21:47 Uhr. Von Ernst Wolff auf Antikrieg.com. Lizenz: Ernst Wolff.

Sharing Economy – Turbokapitalismus im modernen Gewand – Der Uberfall

„Die neue Ökonomie des Tauschens und Teilens wird ihren Siegeszug über das bisherige Wirtschaftssystem antreten – und sogar zum Niedergang des Kapitalismus führen" Dieses Zitat stammt von Jeremy Rifkin, dem wohl bekanntesten „Politikberater" der Gegenwart, der sowohl die EU-Kommission, als auch Angela Merkel sowie Sigmar Gabriel zu seinen Kunden zählt.

von Jens Berger

Heute propagiert vor allem das Silicon Valley das „Teilen" als ökologische und ökonomische Revolution, die dank der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie nun die Menschheit beglücken soll.

Hinter solch wolkigen Versprechungen steckt jedoch eine neue Abart des Kapitalismus, die darauf abzielt, die Billionen-Vermögen der Wall Street und der Tech-Milliardäre aus dem Valley zu mehren. Vor allem für Europa ist dies jedoch auch ein Kampf der Kulturen, der wohl schon bald mit neuer Härte geführt wird und auf die Grundfesten des kontinentaleuropäischen Gesellschaftsmodells zielt. Der volkswirtschaftliche Schaden dürfte enorm sein.

„Heute propagiert vor allem das Silicon Valley das Teilen als ökologische und ökonomische Revolution ... Hinter solch wolkigen Versprechungen steckt jedoch eine neue Abart des Kapitalismus ..."

Was ist so fürchterlich innovativ daran, eine Plattform zu entwickeln, über die Nutzer via Smartphone einen Fahrer finden, der sie von A nach B bringt und dafür 20% Provision abzukassieren? Zahlreiche derartige Lösungen gibt es seit rund zehn Jahren und sie sind mittlerweile das Normalste auf der Welt. Wie kommt es dann, dass ausgerechnet das Silicon-Valley-Unternehmen Uber in aller Munde ist und auf rund 60 Milliarden Dollar taxiert wird? Und was ist innovativ daran, Zimmer, Wohnungen oder Häuser via Internet an Touristen anzubieten? Derartige Vermittlungen gibt es wie Sand am Meer, doch seit das Silicon-Valley-Unternehmen Airbnb kräftig die Werbetrommel rührt, ist es vor allem bei Jüngeren total hipp, sich über diese Plattform eine Unterkunft zu buchen.

Erstaunlich ist vor allem, dass diese Unternehmen mit einem „postmaterialistischen Tauschmodell" in Verbindung gebracht werden. Schauen wir uns doch mal das Geschäftsmodell im Detail an.

Uber – Revolution des Individualverkehrs oder Anstiftung zur Schwarzarbeit?

Laut der Gründungslegende von Uber bekamen die beiden Unternehmensgründer Garrett Camp und Travis Kalanick während einer Tech-Messe in Paris kein Taxi und überlegten sich dann, wie toll es doch wäre, ganz einfach über eine App eine Limousine ordern zu können. Warum nahmen sie nicht die Metro? Laut Kalanick ging es vor allem darum, dass „Garret sich wie ein verdammter Zuhälter fühlen kann". Und dafür braucht man offenbar eine Limousine mit Fahrer. Und es ging um „Brüste", die man sich aufgrund seines Reichtums „kommen lassen kann", wie Kalanick es einmal der GQ erzählte. Zumindest in diesem Punkt dürfte Kalanick, der erst letzte Woche von den Investoren, die er schon mal frank und frei als „Huren und Betrüger" bezeichnete, abgesetzt wurde, sein Ziel erreicht haben: sein Privatvermögen wird heute auf 5,1 Milliarden Dollar taxiert.

Aber was macht Uber eigentlich genau? Nach Eigendarstellung ist Uber die moderne Version von dem, was bei uns an der Uni früher als „Mitfahrbrett" bezeichnet wurde – die technische Umsetzung einer virtuellen Mitfahrzentrale, bei der Fahrer und Mitfahrer miteinander in Verbindung gebracht werden. Eine tolle Idee! Oder? Das Problem ist, dass Uber vieles ist, aber definitiv keine Mitfahrzentrale. Bei einer Mitfahrzentrale sucht ein Fahrer, der den Zielort und das Reisedatum vorgibt, nach interessierten Mitfahrern, die sich dann mit einem kleinen Obolus am Spritgeld beteiligen. Tauschen und Teilen.

Eine klassische Dienstleistung in der Verkleidung einer Mitfahrzentrale

Bei Uber ist es jedoch genau umgekehrt – hier geben die Mitfahrer Zielort und Datum vor, um einen Fahrer zu finden, der sie gegen ein von Uber festgelegtes Entgelt von A nach B bringt. Eine ganz normale Dienstleistung. So etwas gibt es freilich schon seit Ewigkeiten. Erst waren es die Droschken und Rikschas, heute nennt sich diese Dienstleistung Taxi. Auch vor der Gründung von Uber gab es schon Apps, die Taxifahrer und Gast bequem zueinander führten. Der große Unterschied zwischen einem Taxi und Uber ist: Das Taxen-Gewerbe ist

weltweit mehr oder weniger reguliert, Uber umgeht jegliche Regulierung, indem es sich als Mitfahrdienst maskiert.

> Worum geht es Uber dann? Vor allem um brutales Wachstum und ein weltweites Monopol auf dem Feld der internetbasierten Taxenvermittlung. Genau dies ist ja auch das Erfolgsmodell des Silicon Valley. Man sucht sich finanziell extrem potente Geldgeber, verbrennt Unmengen an Geld in einem Verdrängungswettbewerb, in dem man vor allem die Werbetrommel rührt und Stück für Stück sich alle Konkurrenten einverleibt, bis man Nummer Eins ist. Facebook, PayPal, Google und Co. haben es vorgemacht.

Ein Taxenunternehmer mit angestellten Fahrern bezahlt Steuern, die anteiligen Sozialversicherungsleistungen für seine Mitarbeiter, muss sich an Arbeitszeitregeln, Arbeitsschutzbestimmungen und Tarifvereinbarungen halten und hat strenge Auflagen für seine Fahrzeuge. Die müssen speziell versichert sein und unterliegen strengeren technischen Auflagen als private Autos. Die Fahrer selbst müssen ihren gesundheitlichen Status regelmäßig checken lassen und Ortskenntnis durch eine Prüfung beweisen. Wenn sie selbstständig sind und Vermittlungsgebühren an eine Taxizentrale abführen, müssen sie ihre Sozialabgaben und die hohen Fixkosten für den technischen und administrativen Mehraufwand selbst tragen. Es ist verständlich und auch richtig, dass ein solcher ordentlich wirtschaftender Fahrer auch einen bestimmten Fahrpreis nehmen muss, um über die Runden zu kommen.

Der private Fahrer bei Uber hat dies alles nicht. Er ist laut Uber ja ein Privatmann. Ob, wo und wie er sozialversichert ist, interessiert Uber nicht. Arbeitszeiten? Arbeitsschutz? Für Privatleute? Aber nicht doch. Und die Auflagen, die aus gutem Grund für Taxen gelten, gelten doch nicht für Privatleute, die mal jemanden mitnehmen. Steuern? Mal ganz ehrlich – versteuert ein Student etwa die Spritgeldumlage, die er von seinen Mitfahrern bekommt, die er am Wochenende mit in seine alte Heimat nimmt? Das sind natürlich Ausflüchte und Ausreden, die durchaus diskutabel wären, wenn Uber wirklich eine Mitfahrzentrale wäre. Dem ist aber nicht so.

(Foto: Flickr, CCo)

Fahrer bei UberPoP – so heißt das Angebot korrekt, um das es hier geht – sind in der Regel eben keine Studenten, die einen Mitfahrer für die Heimfahrt am Wochenende suchen. Bei einer Mitfahrzentrale dürfen die Fahrer – nach deutschen und den meisten internationalen Gesetzen – nun einmal keine Gewinnerzielungsabsicht haben, sondern nur kostendeckend arbeiten. Uber-Fahrer sind jedoch Unternehmer im eigentlichen Sinne. Sie nehmen Marktpreise, die meist bei ca. 80% des ortsüblichen Taxipreises liegen und damit mehr als kostendeckend sind. Wer den ganzen Tag hinter dem Steuer sitzt, um Menschen gegen Entgelt von A nach B zu bringen, ist ein gewerbsmäßiger Chauffeur, für den dann auch die Auflagen gelten müssen, die „normale“ Chauffeure von Mietwagen und Taxifahrer haben. Alles andere ist wettbewerbsverzerrend.

Diese Wettbewerbsverzerrung ist auch das eigentliche Geschäftsmodell von Uber. Würden die Uber-Fahrer ihre Fahrzeuge zu den gleichen Bedingungen wie herkömmliche Mietwagen oder Taxen versichern, kämen schon einmal rund 500 Euro Mehrkosten pro Monat auf sie zu. Würden sie Steuern zahlen und selbst in die Sozialkassen einzahlen, wie es ihre Kollegen aus dem Taxi-Gewerbe ja auch tun, könnten sie von den Dumpingpreisen, die sie vom Kunden verlangen, nicht leben. Das Geschäftsmodell von Uber setzt also einzig und allein darauf, dass die Fahrer keine Steuern abführen und sich entweder gar nicht oder über einen anderen Arbeitgeber bzw. den Sozialstaat (z.B. als Hartz-IV-Empfänger) absichern lassen. Das ist nicht innovativ, sondern schlicht Anleitung zum Steuer- und Sozialbetrug.

Uber lässt sich die Vermittlung übrigens mit 20% vom Fahrpreis vergelten. Man kassiert also bei jeder Fahrt mit, macht sich jedoch einen schlanken Fuß, wenn es um die Verantwortung geht. Das ist keine Ausnahme, sondern hat Methode, denn hinter Uber steht auch eine Ideologie.

In den Fußstapfen von Ayn Rand gegen Regulierungen, Gesetze und den Staat

Mitgründer und Langzeit-CEO Kalanick gilt als Fan der libertären Vordenkerin Ayn Rand und des Libertarismus, der als philosophischer Rahmen eines Turbokapitalismus gelten kann, bei dem das Recht des Stärkeren gilt und der Staat auf ein absolutes Minimum zurückgefahren wird. Klar, in einem libertären Wunderland gäbe es weder Steuern noch Sozialabgaben, keinen TÜV oder gar einen Arbeitsschutz. All dies würde „der Markt“ regeln.

Ist Uber also ein libertäres Gegenmodell zur regulierten Welt, in der wir leben? Mitnichten. Denn in einer libertären Welt mit einem Laissez-faire-Kapitalismus, wie ihn Ayn Rand und ihre Mitstreiter Murray Rothbard, Ludwig von Mises oder Lew Rockwell sich vorstellen, hätte Uber ja keinen Wettbewerbsvorteil gegenüber den „normalen“ Anbietern, die heute Steuern und Sozialabgaben zahlen. In einer solchen Welt würde sich schnell ein Anti-Uber finden, das statt 20% Provision nur 10% nimmt und Uber überflussig macht. Uber nutzt den „libertären Klimbim“ streng genommen nur, um seinem parasitären Geschäftsmodell einen ideologischen Anstrich zu verpassen.

Worum geht es Uber dann? Vor allem um brutales Wachstum und ein weltweites Monopol auf dem Feld der internetbasierten Taxenvermittlung. Genau dies ist ja auch das Erfolgsmodell des Silicon Valley. Man sucht sich finanziell extrem potente Geldgeber, verbrennt Unmengen an Geld in einem Verdrängungswettbewerb, in dem man vor allem die Werbetrommel rührt und Stück für Stück sich alle Konkurrenten einverleibt, bis man Nummer Eins ist. Facebook, PayPal, Google und Co. haben es vorgemacht.

Hinter Uber steht das who is who der Tech- und Finanzwelt, darunter Google, Goldman Sachs, die öffentlichen Investmentfonds von Saudi-Arabien, Amazon-Milliardär Jeff Bezos und last but not least der Investmentgigant Blackrock. Technische Partner von Uber sind unter anderem Toyota und der deutsche Premiumanbieter Daimler. Diese Investoren stecken nicht mehrere Milliarden Dollar in ein Unternehmen ohne großspurige Vision. Und die Vision von Uber ist nun mal das Monopol für die Vermittlung von Fahrdienstleistungen. Hier geht es nicht um Peanuts.

Publiziert auf Free21 am 04.09.2017, 16:24 Uhr. Original von Jens Berger erschienen auf www.nachdenkseiten.de.

Die Staaten schlagen zurück

Dabei musste Uber jedoch in den letzten Jahren zahlreiche sehr herbe Rückschläge einstecken. Ubers Hauptproblem ist es hier, dass weltweit die Gerichte der Argumentation von Uber nicht so recht folgen wollen. In Deutschland hat das OLG Frankfurt dem Uber-Spuk bereits im Juni 2016 ein vorzeitiges Ende beschert, da die Wettbewerbswidrigkeit des UberPOP-Angebots dann doch zu offensichtlich war. Uber ist in Deutschland zur Zeit nur in Berlin und München aktiv und dort auch nur mit dem Dienst UberX bzw. UberTaxi, bei denen Interessenten an professionelle Mietwagen- und Taxenunternehmen weitervermittelt werden – eine Dienstleistung, die allenfalls für Touristen einen Sinn macht, die mit der Uber-App vertraut sind.

Verboten ist UberPOP auch in Spanien, Portugal, Italien, Finnland, China und den meisten Städten und Regionen Frankreichs und Schwedens. Uneingeschränkt aktiv ist man indes in vielen Städten und Staaten der USA und Australiens, in Großbritannien, Saudi-Arabien und Israel. Dabei gehen die rechtlichen Auseinandersetzungen selten friedlich vonstatten, da Uber sich nicht gerne an Regeln und Gesetze hält und die Richtersprüche oft sehr eigenwillig interpretiert. In Canton und Chengdu mussten die Behörden erst Razzien machen und die Geschäftsunterlagen als Beweismittel sicherstellen, in Frankreich wurden zwei hohe Uber-Manager, darunter Ubers West-Europa-Chef Pierre-Dimitri Gore-Coty, kurzerhand in Untersuchungshaft genommen – es bestand Fluchtgefahr. Das Uber-Geschäft in China und Russland musste bereits mehr oder weniger freiwillig an lokale Konkurrenten abgestoßen werden.

Aktuell verbrennt Uber jeden Tag rund zehn Millionen Dollar – im letzten Jahr summierte sich der operative Verlust auf 2,8 Milliarden Dollar. Und dies bei einem Umsatz von 6,5 Milliarden Dollar. Ein Unternehmen mit mehr als 12.000 Angestellten, das standesgemäß auf seinem eigenen Campus in San Franzisco residiert und Unsummen für politisches Lobbying ausgibt, hat verständlicherweise auch recht hohe Kosten. Und so langsam scheinen auch die Investoren kalte Füße zu bekommen, wie der unfreiwillige Wechsel an der Unternehmensspitze erahnen lässt.

Über Erfolg und Misserfolg werden wohl die Lobbyisten entscheiden

Abschreiben sollte man Uber aber nicht und das liegt vor allem an der überwältigenden Lobbymacht des Unternehmens. Bereits 2014 hielt sich Uber 161 Lobbyisten und diese Zahl dürfte heute dramatisch gestiegen sein. Zu den illustren Neuverpflichtungen zählen beispielsweise die ehemalige EU-Wettbewerbskommissarin Neeli Kroes und der ehemalige BILD-Herausgeber Kai Diekmann. Wenige Tage nach Diekmanns Einstellung wurde bekannt, dass auch der Axel Springer Verlag nun Anteile des 60-Millarden-Dollar-Konzerns erworben hat. Und wer den meinungsbildenden und meinungsmachenden Einfluss von Springer kennt, ahnt bereits, dass hier die letzte Schlacht noch nicht geschlagen ist. Denn es geht hier nicht um Peanuts und hinter Uber stehen auch keine Anfänger.

Die Zukunft könnte für Uber auch in Europa rosig aussehen. Man arbeitet nämlich schon an der nächsten Entwicklungsstufe des Individualverkehrs. Im letzten Jahr testete Uber in San Francisco autonome Uber-Fahrzeuge, also Taxen ohne Taxifahrer. Das ging dann aber sogar der Silicon-Valley-Metropole zu weit und man entzog Uber die Zulassung für die 16 eingesetzten Fahrzeuge. Uber nutzte den „Wettbewerb" und setzte die fahrerlosen Wagen nun in Arizona ein, wo sich im März erst mal ein Test-Taxi auf offener Straße überschlagen hat. Aber derartige Rückschläge können den Giganten natürlich nicht ernsthaft zurückwerfen. Und die Vision, dass es schon in wenigen Jahren Taxen gibt, die gar nicht mehr von Menschen gesteuert werden, erscheint vielleicht als Science Fiction – dass mit aller Macht daran gearbeitet wird und Milliarden für das Lobbying bereitstehen, ist leider Realität. Und dann wird sich zeigen, wie gut die Lobbyisten von Uber sind, denn nach der Zulassung autonomer Fahrzeuge und in einem zweiten Schritt auch autonomer Taxen werden die Karten neu gemischt und dann steht Uber in der ersten Reihe. Oder wie es Kalanick mal ausdrückte: „Wenn der andere Typ im Wagen verschwindet, sinken die Kosten".

Nun werden Sie fragen: Was hat das noch mit der „Ökonomie des Tauschens und Teilens" zu tun? Nichts. Und eben darum geht es.

Quellen:

Manager-Magazin: Der Uber-Fall *<http://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/wie-der-fahrdienstvermittler-uber-die-welt-ueberrollen-will-a-997038-2.html>*

GQ Daily: Uber Cab Confessions *<https://www.gq.com/story/uber-cab-confessions?currentPage=1>*

Meedia.de: Topmanager ohne Allüren und Skandale: Expedia-Chef Dara Khosrowshahi soll bei Uber ans Steuer *<http://meedia.de/2017/08/28/topmanager-ohne-allueren-und-skandale-expedia-chef-dara-khosrowshahi-soll-bei-uber-ans-steuer/>*

Forbes: Travis Kalanick, Cofounder and CEO, Uber Technologies Inc. *<https://www.forbes.com/profile/travis-kalanick/>*

Burinessinsider: Everything you need to know about Ayn Rand's The Fountainhead, a book that inspires Uber's billionaire CEO, Travis Kalanick *<http://www.businessinsider.com/how-uber-ceo-travis-kalanick-was-inspired-by-ayn-rand-2015-4?IR=T#>*

Welt: Daimler will autonome Autos bei Uber anbieten *<https://www.welt.de/wirtschaft/article161708529/Daimler-will-autonome-Autos-bei-Uber-anbieten.html>*

OLG-Frankfurt: Oberlandesgericht Frankfurt am Main bestätigt Verbot der Vermittlung von Fahrten durch „UberPOP" (verkürzte URL) ‹https://goo.gl/ADcdMq›

The Star: 2 Uber executives ordered to stand trial in France *<https://www.thestar.com/business/tech_news/2015/06/30/2-uber-executives-ordered-to-stand-trial-in-france.html>*

The Guardian: Uber stages retreat in Russia as it merges with rival Yandex *<https://www.theguardian.com/technology/2017/jul/13/uber-russia-yandex-chinese-business>*

Businessinsider: Uber just got the green light to build its futuristic new headquarters in San Francisco – here's what it will look like *<http://www.businessinsider.de/uber-san-francisco-headquarters-building-permits-approved-2016-9?r=US&IR=T>*

The Verge: Uber has an army of at least 161 lobbyists and they're crushing regulators *<https://www.theverge.com/2014/12/14/7390395/uber-lobbying-steamroller>*

FAZ: Axel-Springer-Verlag steigt bei Uber ein *<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/axel-springer-verlag-steigt-bei-fahrdienstleister-uber-ein-14977793.html>*

Techrunch: Uber stops San Francisco self-driving pilot as DMV revoked registrations *<https://techcrunch.com/2016/12/21/uber-stops-san-francisco-self-driving-pilot-as-dmv-revoked-registrations/>*

The Verge: Uber's self-driving cars are now picking up passengers in Arizona *<https://www.theverge.com/2017/2/21/14687346/uber-self-driving-car-arizona-pilot-ducey-california>*

MarketWatch: Uber's self-driving cars return to city streets after crash *<http://www.marketwatch.com/story/ubers-self-driving-cars-return-to-city-streets-after-crash-2017-03-27>*

Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

Dieser Text wurde zuerst am 01.09.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=39877› veröffentlicht. Lizenz: CC-BY-SA 3.0

‹http://www.free21.org/?p=27929›

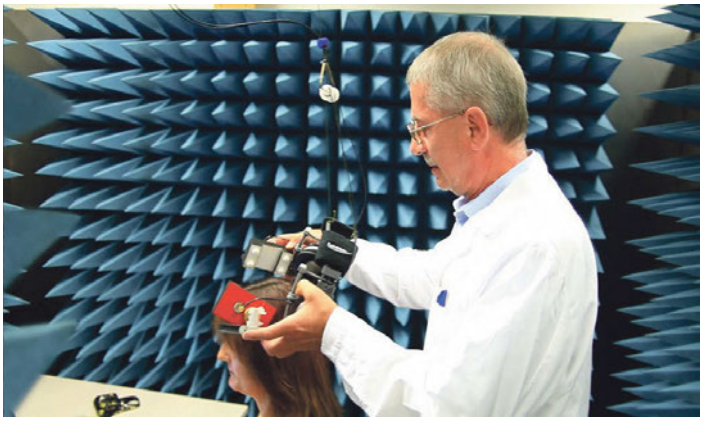
„Diese Industrie ist offenbar **too rich to jail**“

Mobiltelefonie hat sich in kürzester Zeit als unersetzliche Kommunikationstechnologie durchgesetzt: Weltweit gibt es über sieben Milliarden Handynutzer. Ähnlich wie beim Rauchen können sich mögliche fatale Folgen jedoch erst nach Jahrzehnten der konstant erhöhten Strahlungseinwirkung zeigen. Die letzten Herbst in den deutschen Kinos angelaufene Dokumentation THANK YOU FOR CALLING von Klaus Scheidsteger führt den Zuschauer hinter die Kulissen der internationalen Forschung, des Industrie-Lobbyismus sowie aktuell laufender Schadensersatz-Prozesse in den USA, die medial weitgehend unbeachtet bleiben.

von Jens Wernicke

Filmplakat der Dokumentation „Thank you for Calling“

Scheidsteger skizziert die Verschleierungstaktiken und Manipulationstechniken der Mobilfunkindustrie und begleitet den Kampf einiger Wissenschaftler, die seit Jahren auf diesem Gebiet forschen, aber erst seit kurzem wirklich Gehör finden. Und gegen die die Mobilfunkgiganten seit Jahren alle verfügbaren Mittel der Verleumdung und Diskreditierung anwenden, um sie zum Schweigen zu bringen. Jens Wernicke sprach mit dem Filmemacher Klaus Scheidsteger zu Thema und Film.



Aus der Dokumentation „Thank you for Calling“

WERNICKE: *Herr Scheidsteger, in „Thank you for calling“ zeichnen Sie ein düsteres Bild der Machenschaften der internationalen Mobilfunkindustrie. Warum ist das wichtig? Was geht mich und uns das an?*

SCHEIDSTEGER: Mein Film zeigt im historischen Kontext, dass die MF-Industrie die Öffentlichkeit getäuscht hat, indem sie die ersten Warnhinweise der Wissenschaft nicht etwa ernst genommen, sondern von Anfang an bekämpft hat.Als nämlich im Jahre 1994 erste Warnhinweise aus den Labors der Washington University auftauchten – da ging es um durch Handystrahlung verursachte DNA-Strangbrüche als Vorstufe zu Krebs! –, schaltete der MF-Pionier Motorola eine Lobby-Agentur ein, die weltweit operierenden Meinungsmacher von Burton Marsteller, die unter anderem auch Coca-Cola und McDonalds betreuen, ein.Deren Strategie-Papier, War-Game-Memo genannt, lieferte die Regieanweisungen, die heute noch Gültigkeit haben: Wissenschaft anzweifeln, eigene Forschung finanzieren und mit den Ergebnissen Sicherheit vermitteln, notfalls Wissenschaftler diskreditieren, Medien gezielt informieren, Motto: „Es gibt kein Problem, wir haben alles im Griff!“, Reproduzierbarkeit der kritischen Studien anzweifeln.Diese Zusammenhänge sind noch heute relevant und der Verbraucher wird in Sicherheit und Sorglosigkeit entlassen, wiewohl die eigentliche Studienlage mittlerweile erdrückend ist. Über 700 Studien weisen inzwischen die unterschiedlichsten Risiken für den Handynutzer aus. Nachzulesen etwa unter mobilfunk-studien.de.

WERNICKE: *Inzwischen gibt es nicht nur mehr Handyverträge als Menschen auf der Welt, die Mobilfunkindustrie ist zudem zu einem der mächtigsten Global Player mutiert…*

SCHEIDSTEGER: Dies war eben nur möglich, weil die Gesundheitsrisiken heruntergespielt wurden. Die zweifellos vorhandene Faszination einer sich kontinuierlich weiterentwickelnden Technik hat natürlich bei der Verbreitung enorm geholfen.

WERNICKE: *Was wir heute alltäglich lesen über die Ungefährlichkeit und Sicherheit der mobilen Technologien – das ist … also alles nicht wahr?*

SCHEIDSTEGER: Es kommt darauf an, wo Sie lesen. Wenn Sie sich die Seiten von Diagnose Funk, einem bestens strukturierten Verbraucherschutz-Verein, oder die Seiten der Kompetenz-Initiative anschauen, stehen dort die von hochkarätigen Wissenschaftlern aus aller Welt gefundenen Risiken ebenso wie verständlich aufbereitete Hinweise für die Verbraucher. Die Mainstream-Medien allerdings orientieren sich an den Informationen der Mobilfunk-Lobby, was dann zu besagter Desinformation führt…

WERNICKE: *Was genau sind denn die hart belegbaren Fakten, die dringend unter die Menschen gehören, weil Politik und Mainstream-Medien ihnen diese vorenthalten?*

SCHEIDSTEGER: Die Unsicherheiten in der Öffentlichkeit sind nicht etwa auf unklare Forschungsergebnisse, sondern auf den beherrschenden Einfluss der Industrie auf Politik, Wissenschaft und Medien zurückzuführen. Das EMF-Portal – EMF steht für Elektromagnetische Felder –, Referenzdatenbank der WHO und der deutschen Bundesregierung, listete Mitte August 2016 23.499 Publikationen auf, von denen 5.753 Zusammenfassungen erstellt wurden. Davon sind 1.269 aus dem Bereich des Mobilfunks, von denen ca. 700 Studien biologische Effekte nachweisen! Wie gesagt, alles nachzulesen unter mobilfunk-studien.de.

WERNICKE: *Um welche Krankheiten und Risiken geht es dabei genau und wodurch entstehen sie?*

SCHEIDSTEGER: In den USA wurden am 27. Mai 2016 die ersten Teil-Ergebnisse der Studie des National Toxicology Program, der bisher umfassendsten Tierstudie – an Ratten – zu nicht-ionisierender Strahlung und Krebs,

Publiziert auf Free21 am 26.09.2017, 15:15 Uhr von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten.de, Lizenz: Nachdenkseiten

vorgestellt. Sie wurde von der Regierung der USA mit 25 Millionen Dollar finanziert.Das Ergebnis der NTP-Studie lautet: Mobilfunkstrahlung kann zu Tumoren führen. In der bestrahlten Gruppe der männlichen Ratten wurden Tumoren gefunden, und bei einer zusätzlichen Anzahl von Ratten präkanzerogene Zellveränderungen. In der Kontrollgruppe entwickelten sich keine Tumoren.Zudem ist auch die Studienlage zum Thema Schädigung der Reproduktionsorgane – also bezüglich Hoden, Spermien, Eierstöcke, Embryos – nicht nur umfangreich, sondern überaus brisant. 130 Studien liegen hierzu vor: 57 zu den männlichen Organen und 73 zu den weiblichen. 13 systematische Überblicksstudien – sogenannte Reviews – kommen zu dem Schluss, dass ein hohes Gefährdungspotential vorliegt.

Der neue Bericht des Otto-Hug-Strahleninstituts „Unterschätzte Gesundheitsgefahren durch Radioaktivität am Beispiel der Radarsoldaten“ befasst sich unter anderem mit den Wechselwirkungen von Radar- und Mobilfunkstrahlung. Er kommt zu dem Schluss:

„Die Exposition durch Radarstrahlen wurde bislang von offizieller Seite und von der Radarkommission nur dann für gesundheitsschädlich gehalten, wenn die Leistungsdichte der Strahlung im Gewebe zu einer messbaren Temperaturerhöhung führt. Inzwischen liegen jedoch zahlreiche Untersuchungen über Effekte durch den Mobilfunk vor, dessen hohe Frequenzen ebenfalls im Mikrowellenbereich liegen. Diese zeigen, dass es bei langanhaltender Exposition auch unterhalb der sogenannten Wärmeschwelle zu irreparablen und krankhaften Störungen wie zum Beispiel zu Unfruchtbarkeit kommen kann. Kombinationswirkungen zwischen der ionisierenden und der nicht-ionisierenden Strahlung sind ebenfalls als mögliche Ursache der multiplen Krankheitsphänomene anzusehen, die bei den Radarsoldaten und -beschäftigten zu beobachten sind.“Dieser Wechselwirkung kommt aktuell große Bedeutung zu. Nicht nur bei Anwohnern in der Nähe von Flughäfen und Militäreinrichtungen. Denn etwa auch das selbstfahrende Auto soll sich über eine Kombination von Radar, LTE, WLAN, Bluetooth und GPS steuern, das heißt, es wird zu einer neuen flächendeckenden Belastung von Mensch und Umwelt durch eine Kombination verschiedener Frequenzen kommen.

Neu ist auch, dass im August 2016 die österreichische Allgemeine Unfallversicherungsanstalt den ATHEM-Report II „Untersuchung athermischer Wirkungen elektromagnetischer Felder im Mobilfunkbereich„ durchgeführt an der Medizinischen Universität Wien, veröffentlicht hat. Ein Anlass der Untersuchung war, dass in Italien das Kassationsgericht Rom, die höchste Gerichtsinstanz, erstmals den Gehirntumor eines Managers auf sein häufiges Mobiltelefonieren zurückgeführt hat. Der Kläger erhält hieraufhin eine 80prozentige Berufsunfähigkeitsrente zugesprochen.

Beim ATHEM-Projekt bestand ein Forschungsschwerpunkt aus Labor-Untersuchungen zum zellulären Mechanismus möglicher gentoxischer Wirkungen. Die Humanexperimente ergaben, dass, ich zitiere, die HF-EMF Exposition an Mundschleimhautzellen geringe gentoxische und zytotoxische Wirkungen hervorrufen kann. Bei Viel-Telefonierern fanden sich diskrete Hinweise auf die Kumulation der Wirkungen durch die Exposition“. Auch diese In-vitro-Ergebnisse bestätigen das Risikopotential.

WERNICKE: *Im Ihrem Film kommen auch Experten zu Rat, die klarstellen, dass die sogenannten SAR-Werte, die unsere Gesundheit als „Grenzwerte“ sicherstellen helfen sollen, so etwas wie ein cleverer Betrug sind – denn nicht nur schützen sie unsere Gesundheit nicht, fast alle Handys liegen um ein Vielfaches über den festgelegten Werten für vermeintliche Unbedenklichkeit.*

SCHEIDSTEGER: *Der SAR-Wert – er beträgt 2 Watt pro Kilogramm – mag uns vor thermischen Risiken schützen, so wurde er auch von der Industrie als Grenzwert deklariert. Die eigentlichen Probleme finden allerdings bereits weit unterhalt dieser Grenzwerte statt.*

Hinzu kommt, dass es mittlerweile Messmethoden gibt, die aufzeigen, dass wir uns häufig weit oberhalb der 2-Watt-pro Kilogramm-Grenzwerte bewegen. Es ist wie beim Abgasskandal: Die Industrie gaukelt uns vor, wir bewegten uns im Rahmen sicherer Grenzwerte, aber die Wirklichkeit sieht in vielfacher Hinsicht anders aus. Auch dies zeigt mein Film.

WERNICKE: *Welche Bedeutung kommt im Kontext dieser Entwicklungen dem sogenannten „War Game Memo“, über das wir bereits kurz sprachen, zu?*

SCHEIDSTEGER: Dieses Papier ist klassisch nicht öffentlich zugängig, sondern eigentlich nur Insidern bekannt und als Beweisstück bei Gericht hinterlegt. Ein führender Experte, Louis Slesin, der „Microwave News“ herausgibt, war selbst in dem Papier aus dem Jahr 1994 genannt und hat es auch zu Gesicht bekommen. Er hat regelmäßig über das War Gaming der Industrie berichtet. Die Strategien der Lobbyisten sind mittlerweile als Muster zu erkennen: jeder Wissenschaftler weltweit, der ein Problem gefunden hatte, bekam selbst eins! Im Film wird das ausführlicher dargestellt.

WERNICKE: *Gibt es auch deutsche Medien, die hier eine unrühmliche Rolle spielen? Und wenn ja: Hätten Sie ein konkretes Beispiel zur Hand?*

SCHEIDSTEGER: Ein gutes Beispiel zeigt auch mein Film. Es handelt sich dabei um den sogenannten „Wiener Skandal“, den zum Beispiel der Spiegel in zwei größeren Geschichten aufbereitet hatte. Unter der Überschrift „Die Favoritin des Professors“ wurde unter anderem suggeriert, dass die Labor-Assistentin im Krebsforschung-Institut der Medizinischen Universität Wien die Daten aus lauter Liebe zum Professor gefälscht habe! Obwohl zwischenzeitlich zwei Ethik-Kommissionen die Fälschungsvorwürfe aus dem Weg geräumt haben, obwohl eine Journalistin – Tina Goebel, damals noch bei profil – den angeblichen Fälschungsskandal als inszeniert entlarvte und obwohl zuletzt der Antreiber der Skandalbehauptungen und Helfershelfer der Industrie-Lobby, ein gewisser Alexander Lerchl, vor Gericht eine so deutliche Niederlage einstecken musste, wie man sie selten erlebt, haben es beispielsweise der Spiegel und auch ein anderes deutsches Presseorgan nicht einmal für nötig erachtet, die immer noch im Raum stehenden Vorwürfe zurückzunehmen.

WERNICKE: *Und die Weltgesundheitsorganisation? Die unternimmt doch unabhängige Untersuchungen und auch ihre Wissenschaftler haben über Jahre betont, die von Ihnen bemühten Argumente seien allesamt Humbug, eine Farce…*

SCHEIDSTEGER: Für mich war es auf meiner langen Recherchereise in der Tat die WHO, die mich zuerst anzog. Denn dort saß ulkigerweise ein Mann, der als Wissenschaftler zuvor selbst ein themenspezifisches Problem aufgetan hatte und deshalb nun als erster Mensch eine neugegründete Position bei der WHO in Genf einnahm.Dr. Mike Repacholi jedenfalls reiste nun plötzlich als EMF-Sonderbeauftragter der WHO durch die Welt und verkündetet die frohe Botschaft:“No problem!“ Der Mann trug dann auch noch dazu bei, dass der SAR-Grenzwert das Licht der Welt erblickte und trat als „kompetenter Wissenschaftler“ als Berater diverser Regierungen auf, immer unter der Vermittlung absoluter Sorgenfreiheit.

Als ich das erste Mal zu einem Vorgespräch bei ihm auftauchte und mich als völlig harmlos und eher fasziniert von seinem Job ausgab, verkündete er mir nach ca. 30 Minuten augenzwinkernd, sein Job werde von der Industrie finanziert… Und dass seine eigene Studie ja nicht wirklich Hand und Fuß gehabt hätte, sondern kritisch zu bewerten sei.

WERNICKE: *Der Mann war also … gekauft? Gibt es Belege dafür?*

SCHEIDSTEGER: Es war wiederum Louis Slesin, „Microwave News“, der den Mann auffliegen ließ, als ein von der Industrie mit 200.000 Dollar im Jahr, plus Reiskosten und Spesen, bezahlter Lobbyist.

Repacholi nahm daraufhin seinen Hut und ist seither – nun aber immerhin offiziell – als Industrie-Berater tätig. Häufig im Doppelpass mit anderen „Industry-puppets“, wie etwa zuvor genanntem Herrn Lerchl, und natürlich weiterhin eifriger Verfechter der „No Problem-Saga“.

WERNICKE: *Haben Sie selbst keine Angst, nun von den größten Unternehmen der Welt unter Feuer genommen zu werden? Ich meine: Gewisse Dinge sollen nicht in Umlauf gebracht werden…*

SCHEIDSTEGER: Mit Angst lässt sich nichts erreichen. Mein Film lief bereits in Österreich und wurde natürlich unter anderem auch mit Schmutz aus einer bestimmten Ecke beworfen. Herr Lerchl wurde eigens von der Mobilfunklobby, in Österreich organisiert im Forum Mobil Kommunikation, eingeflogen und war sich nicht zu schade, im Auftrag eben dieser ein eigenes Filmchen zu erstellen, in dem er unter anderem seine Fälschungsvorwürfe gegen die Wiener Forscher wiederholte und versuchte, meinen Film zu diskreditieren.

In gewisser Weise ist Lerchl der perfekte „War Gamer“ für die Industrie, obwohl es ihm aktuell bereits ein weiteres Mal an den Kragen geht. Denn die der Fälschung bezichtigte, ehemalige Technische Assistentin der Universität Wien, die damals Gegenstand des „Wiener Skandals“ war, geht gerade erneut juristisch gegen den Mann und sein filmisches Werk vor – und angesichts des ersten Urteils zur Sache stehen die Chancen wohl äußerst gut, dass sie einen weiteren Sieg davontragen wird.

Bereits in diesem hieß es zur Sache nämlich in aller Deutlichkeit:„Die zulässige Klage ist begründet. Es kann dahinstehen, ob die Klage bereits deswegen erfolgreich ist, weil die Klägerin sich auf Anonymitätsschutz berufen kann, mit der Folge, dass selbst die Äußerung eines Verdachtes unzulässig wäre. Eine Entscheidung hierüber kann jedoch offenbleiben, da prozessual von der Unwahrheit des in Rede stehenden Fälschungsvorwurfs auszugehen ist. Die umstrittenen Äußerungen verletzen daher die Klägerin in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (…). Bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen und solche, deren Unwahrheit bereits im Zeitpunkt der Äußerung feststeht, müssen nicht hingenommen werden (…).“Auf der anderen Seite freue ich mich über ein großes positives Medien-Echo, das auf unserer Homepage zum Film unter ty4c.com eingesehen werden kann. Dort können Sie so einiges finden, was dadurch, dass es eine Öffentlichkeit bekommen hat, auch zu meinem Schutz geeignet ist.Auch bin ich natürlich juristisch in besten Händen, denn alle Dokumente sind hinterlegt und ich denke, ich bin inzwischen auch längst zu weit gekommen, als dass ich jetzt noch einfach „unter Feuer“ geraten könnte. Während der Entstehung des Films war ich da deutlich sorgenvoller … und auch sehr vorsichtig!

WERNICKE: *Was macht Ihnen Hoffnung, was denken Sie, wie die Entwicklungen weitergehen?*

SCHEIDSTEGER: Hoffnung macht mir der erdrückende Stand der Wissenschaft. Wie formulierte es der Richter in Washington D.C. in seiner Order, die ich im Film zeige, so treffend? „… eine verantwortungsvolle Gesellschaft kann das durch die Wissenschaft aufgezeigte Risiko nicht mehr ignorieren.“Wir stehen hier meiner Einschätzung nach vor einem grundlegenden Paradigmen-Wechsel. Und wenn die Lerchls und Repacholis dieser Welt weiter auffliegen, kann auch der Mainstream das nicht mehr länger ignorieren.

WERNICKE: *Ist es bei den Mobilfunkriesen nicht inzwischen ähnlich wie einst bei der Tabakindustrie und heute bei den Banken und Automobilherstellern: sie alle sind, wie sagt man so schön, „too big to fail“, was in aller Regel umschreibt, dass es sich um hochkriminelle Vereinigungen mit immenser Macht handelt, denen auch die Politik nicht wirklich auf die Füße zu treten wagt?*

SCHEIDSTEGER: Es ist ein Teufelskreis: Über die Risiken der Mobilfunktechnologien werden die Verbraucher von den Gesundheitsbehörden zu wenig informiert, eine dringend notwendige Vorsorgepolitik wird nicht eingeleitet.Für die Lizenzen hat der deutsche Staat bisher 55 Milliarden Euro eingenommen, aber der Staat zieht nicht nur finanziellen Nutzen. Der gesamte Überwachungsapparat basiert auf den Daten, die von jedem Nutzer abgespeichert werden, der auch noch monatlich brav dafür zahlt … und die Industrie nutzt die digitalen Profile zu personalisierter Werbung, um Konsum und Wachstum zu steigern.Diese Interessen erklären, warum die Staaten mit den Mobilfunkbetreibern üblicherweise gemeinsame Sache machen und die Bevölkerungen nicht vor den Risiken geschützt werden. Und ja, dementsprechend ist die Industrie am Ende des Tages „too big to fail“ … und vielleicht sogar „too rich to jail“. Wir werden sehen, ich bleibe dran!

WERNICKE: *Was können wir als Zivilgesellschaft im Rahmen dieser Problematik tun? Womit kann man die Aufklärung in dieser Sache oder die Betroffenen unterstützen? Und was auch selbst gegen die Gesundheitsgefahren durch zu hohe Strahlung tun?*

SCHEIDSTEGER: Wir persönlich können zum Beispiel einfache Vorsorge-Maßnahmen berücksichtigen, keine langen Gespräche, Abstand zum Körper etc. – weniger ist mehr. Das Ding auch mal ausschalten, zumal in der Nacht. Einfach mal in sich hineinsehen und überprüfen: Habe ich das Handy im Griff oder das Handy längst mich?Und wir sollten unsere Kinder zu einem vernünftigen Umgang erziehen, beispielsweise Spiele nur im Flugmodus zu spielen usf. Die Wiener Ärztekammer hat diesbezüglich 10 Handregeln aufgelegt, die sich jeder im Internet anschauen kann. Und auch ein Film zur AUVA-Studie wurde inzwischen online veröffentlicht.Derlei Arbeit ist natürlich wichtig, und auch der Film Thank You For Calling hat sicher verdient, gesehen zu werden. Ich merke bisher, dass er die Menschen bewegt und nachdenklich stimmt, die Aufklärung zur Sache also beflügelt. Und genau das war mein Anliegen, mein Ziel.

WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Im Interview:

Klaus Scheidsteger

Klaus Scheidsteger

Jahrgang 1954, studierte Journalistik mit Nebenfach Politik an der Universität Dortmund. Ab 1985 Gründung einer freien TV-Produktion, Autor und Produzent und Dienstleister für alle großen Sender, Schwerpunkt dann ab Ende der 90er Jahre: arte. Im Jahr 2004 begann er mit ersten Recherchen zum Thema Mobilfunk, die in eine 50-minütige Auftragsproduktion des Senders France2, PORTABLES EN ACCUSATION, mündeten. Weitere Recherchen zu laufenden Verfahren in den USA führten zur Produktion des Kino-Dokumentarfilms THANK YOU FOR CALLING, für den er zurzeit auf Promotion-Tour durch Deutschland unterwegs ist. Scheidsteger lebt in Frankreich und Österreich. Er ist Produzent diverser Industriefilme und arbeitet ebenfalls als Medienberater.

Dieser Text wurde zuerst am 10.10.2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=35341#more-35341› veröffentlicht.
Lizenz: ICQ, CC BY-SA 3.0)

‹http://www.free21.org/?p=28041›

Publiziert auf Free21 am 26.09.2017, 15:15 Uhr von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten.de, Lizenz: Nachdenkseiten

Autoland – abgebrannt.

„Wie viele Autos hast du schon gehabt?“ fragte neulich mein Enkel und ich begann über 40 Jahre Automobil-Historie durchzuzählen. Es waren viele, denn manche hatte ich nur ein paar Monate, andere einige Jahre, am Ende kamen wir auf ungefähr 20 und es war alles dabei.

von Mathias Bröckers

Renault 4CV, Baujahr 1955, Leistung 21 PS (Foto: Berthold Werner, CC 3.0)

Vom Renault 4 mit 25 PS bis zum Jaguar mit 250 PS, vom 1200er Käfer bis zum dicken Chrysler Van, vom schrottigen Citroen Ami8 zur „Rennsemmel „Mini Cooper S“ – und dazwischen immer wieder und am liebsten: Diesel. Mit einem Mercedes 180 D, Baujahr 1953, den ich für 300 Mark einem Bauern aus der Scheune abkaufte und mit weiteren 1000 Mark über den TÜV brachte, fing meine Leidenschaft für Selbstzünder an, die sich mit zwei „Heckflossen“ (190D/200D) und einem „Strich 8er“ fortsetze. Vor ein paar Jahren hatte ich dann im Leasing nochmal einen BMW, dessen 2 Liter Dieselmotor mit 180 PS ich als die beste Maschine empfand, die ich jemals per Gasfuß bediente, sehr zugstark, sehr schnell und sehr sparsam. Der benzingetriebene Jaguar etwa verbrauchte bei 200 km/h das Doppelte an Sprit wie dieser wunderbare Dieselmotor.

> Sie haben ihren Diesel-Pkw die optimale Senkung von Stickoxid-Emissionen verwehrt, sie haben sich abgespro chen nur Mini-Tanks für die „Ad Blue“-Reinigung mit Harnsäure einzubauen und die Motoren so einzustellen, dass sie mit dieser kleinen Menge bis zur nächsten Inspektion kommen.

Wenn man so vom Traktor zum Turbo mehr als ein halbes Jahrhundert Dieselevolution erlebt hat, könnte man fast ein bisschen verstehen, dass die Konzernbosse an diesem Motor so sehr hängen, dass sie selbst vor kriminellen Machenschaften nicht zurückschrecken um seinen Markt weiter zu sichern. Aber – und das macht einen alten Liebhaber der Dieseleffizienz richtig sauer – die Herrn von Daimler, VW, Audi & Co. haben das Gegenteil getan. Sie haben ihren Diesel-Pkw die optimale Senkung von Stickoxid-Emissionen verwehrt, sie haben sich abgesprochen nur Mini-Tanks für die „Ad Blue“- Reinigung mit Harnsäure einzubauen und die Motoren so einzustellen, dass sie mit dieser kleinen Menge bis zur nächsten Inspektion kommen. Das alles, um den Kunden dann für teures Geld intervallmäßig billige „Pisse“ nachfüllen zu können – und dafür bewusst in Kauf genommen, dass die so eingestellten Motoren die Umwelt weiter verpesten. So kam es dann, dass ein Mercedes Pkw-Motor, im Vergleich zu einem schweren LKW, der mit ausreichenden „Ad Blue“ gereinigt wird, ein Vielfaches an Stickoxiden ausspuckt.

Mehr zum „Ad Blue“-Betrug in dem Artikel von Jens Berger „Autoland ist abgebrannt – Wir haben ein Elitenproblem!“, der die Hoffnungslosigkeit der Lage klar macht: ein Wandel ist nicht gewollt. Das unsere Gerichte der großmafiösen Betrügerbande namens „Autoindustrie“ ähnliche Strafen aufbrummt wie die hervorragend kundenfreundlichen Gerichte in den USA ist nicht zu erwarten. Dabei wäre ein reinigendes Gewitter, das den wunderbaren Diesel so alt aussehen lässt wie er wirklich ist und die Umstellung auf E-Motoren massiv beschleunigt, mehr als notwendig. Mit betoniertem Beharren, wie es der stickstoff-grüne Präsident Kretschmann demonstriert – „Ja wo sollet die den tanken?“ – wird die technologische Zukunft des Autoländles nicht gesichert, sondern ruiniert.

Der Autor fährt nach einer Weile „Drive Now“-Carsharing z. Zt. einen Fiat Punto

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September 2001 geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 25.07.2017 auf www.broeckers.com unter der URL ‹http://www.broeckers.com/2017/07/25/autoland-abgebrannt/› veröffentlicht. Lizenz: Mathias Bröckers

‹http://www.free21.org/?p=27987›

Der Umgang mit nordkoreanischen Raketen

Kleine Mächte haben oft eine Hebelwirkung, die weit über ihre Größe und ihre Fähigkeiten hinausgeht. Nordkorea ist heute das Beispiel schlechthin: Es hat eine nach allen üblichen Maßstäben primitive Wirtschaft, keine verlässlichen Handels- und Sicherheitspartner und ist bei lebensnotwendigen Gütern wie Treibstoff und Nahrung von der Außenwelt abhängig. Doch durch Atomwaffen und Langstreckenraketen ist Pjöngjang imstande, bei den Großmächten für Aufregung zu sorgen.

von Mel Gurtov

Kleine Mächte haben oft eine Hebelwirkung, die weit über ihre Größe und ihre Fähigkeiten hinausgeht. Nordkorea ist heute das Beispiel schlechthin: Es hat eine nach allen üblichen Maßstäben primitive Wirtschaft, keine verlässlichen Handels- und Sicherheitspartner und ist bei lebensnotwendigen Gütern wie Treibstoff und Nahrung von der Außenwelt abhängig. Doch durch Atomwaffen und Langstreckenraketen ist Pjöngjang imstande, bei den Großmächten für Aufregung zu sorgen.

Das muss nicht sein. Sicher, sechs Kernwaffentests und häufige Tests von Mittel- und Interkontinentalraketen sowie die Bedrohung aller Feinde mit Vernichtung können erschreckend sein. Aber niemand weiß besser als das nordkoreanische Militär, was der Einsatz dieser Waffen für ihr Land bedeuten würde: Vernichtung. Sie leben seit mehr als einem halben Jahrhundert mit weitaus mächtigeren US und alliierten Kräften, die ihr Land umringen. Selbst- und Nationalerhaltung stehen unter den Zielen nordkoreanischer Staats- und Regierungschefs an erster Stelle. So toben sie häufig und verkünden Botschaften des Unheils und greifen gelegentlich bestimmte südkoreanische Ziele an. Aber sie sind nicht so selbstmörderisch, dass sie Massenvernichtungswaffen benutzen oder eine Rakete abfeuern würden, die die Vereinigten Staaten von Amerika oder das Gebiet von deren Alliierten treffen würde.

Der eigentliche Zweck der beiden kürzlich durchgeführten Raketentests Nordkoreas über Japan besteht darin, einen Bruch in den Beziehungen zwischen den USA, China, Japan und Südkorea zu verursachen. Anstatt Japan anzugreifen, was den Sicherheitsvertrag zwischen den USA und Japan aktivieren würde, provozieren diese Raketen in Japan eine Debatte über die Zuverlässigkeit der USA, Japans verfassungsrechtliche Beschränkungen bei Abwehr- oder Angriffsmaßnahmen gegen eine Bedrohung und die Wahl der Waffensysteme (eingeschlossen alle Waffensysteme, von der Raketenabwehr bis hin zu Atomwaffen). Alle diese Fragen haben Auswirkungen auf die Beziehungen Japans zu Südkorea und China, die beide nachdrücklich gegen einen massiven militärischen Aufbau Japans protestieren, was die trilaterale Zusammenarbeit im Umgang mit Nordkorea untergraben wird.

Was aus menschlicher Sicht besonders interessant an der laufenden Debatte über den Umgang mit Nordkoreas Raketen ist, ist, dass sich nur einer der großen Akteure – nämlich China – auf eine diplomatische Lösung konzentriert hat. Alle anderen beschäftigen sich mit Waffenoptionen. Südkoreas neuer Präsident hat eine Kehrtwende geschafft und setzt das US-THAAD-Antimissile-System in vollem Umfang ein, während er darüber spricht, die zerstörerische Kraft seiner konventionellen Bomben deutlich zu verbessern. Japan erwägt offenbar, mehr in die Raketenabwehr zu investieren und Cruise Missiles zu erwerben. Und Washington verkündet US-Waffenverkäufe an diese beiden Länder. China hingegen hat ein „Freeze-for-freeze“ vorgeschlagen – Nordkoreas Suspendierung von Atom- und Raketentests als Gegenleistung für eine US-Südkorea Suspendierung von Militärübungen -, was die Gespräche mit Nordkorea in Schwung bringen könnte.

Chinas Vorschlag hat bisher kein Interesse in Washington gefunden. In Seoul erwartet die Regierung eine positive Reaktion Nordkoreas auf einen Vorschlag für Gespräche über die Wiederaufnahme der Familienzusammenkünfte und andere Arten von Kontakten. Aber in Pjöngjang zählt nur das Verhalten Washingtons. Die Nordkoreaner nehmen die USA als Bedrohung ernst. Verhandlungen hängen von „einem Ende der feindlichen Politik“ der USA ab, eine Position, die Nordkorea seit Kim Jong-Ils Zeit innehat und die es mindestens dreimal in diesem Sommer wiederholt hat. Wir müssen uns fragen, warum diese Position in den westlichen Medien keine Beachtung findet und warum US-Regierungsvertreter konsequent und fälschlicherweise behaupten, dass Nordkorea kein Interesse an Verhandlungen hat.

Die jüngste Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Sanktionen enthält einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche zur Nuklearfrage. Es ist schon längst überfällig, eine diplomatische Initiative ins Leben zu rufen, die auf Nordkoreas Sicherheitsbedenken eingeht und sein Interesse an Gesprächen auf die Probe stellen wird.

Mehr lesen:

Julia Conley – China fordert die USA auf, die Drohungen einzustellen und den Dialog mit Nordkorea aufzunehmen *<http://antikrieg.com/aktuell/2017_09_17_china.htm>*

Daniel Lazare – Wie Nordkorea die Vereinigten Staaten von Amerika ausmanövriert hat *<http://antikrieg.com/aktuell/2017_09_16_wienordkorea.htm>*

Autor:

Mel Gurtov

ist Professor Emeritus bei der Hatfield School of Government at Portland State University, Oregon. Er ist Chefredakteur von Asian Perspective

www.melgurtov.comg

Dieser Text wurde zuerst am 22.09.2017 auf Antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2017_09_22_derumgang.htm› veröffentlicht. Lizenz: antikrieg.com

‹http://www.free21.org/?p=28039›

Publiziert auf Free21 am 26.09.2017 17:32 Uhr. Von Mel Gurtov auf Antikrieg.com. Lizenz: Antikrieg.com

Trumps „militärische Option“ gegen Venezuela: Von außen oder von innen?

Selbstverständlich stieß US-Präsident Donald Trumps Drohung, gegen die Regierung Venezuelas notfalls eine „militärische Option“ zu erwägen, sprich: sie mit einem militärischen Schlag zu beseitigen, auf scharfe Ablehnung der traditionellen Verbündeten Venezuelas inner- und außerhalb Lateinamerikas, zu denen Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und El Salvador, aber auch Russland, China und der Iran gehören.

von Frederico Füllgraf

Keine zwei Tage vergingen nach Trumps verbalem Muskelakt und US-Vizepräsident Mike Pence musste sich mit einer Eilvisite in vier lateinamerikanische Länder um eine Glättung der Wogen bemühen. In- und ausländische Beobachter warfen der US-Regierung vor, die wenige Tage zuvor, am 9. August, in Lima verabschiedete Erklärung von 17 lateinamerikanischen Regierungen – die der Regierung Nicolás Maduro den „Bruch der demokratischen Grundordnung“ bescheinigten – zu gefährden und Maduro politisch in die Hände zu spielen.

Mit seiner Kampfansage belebt Trump das Gespenst der „Sicherheitsbedrohung durch Venezuela“ wieder, das Vorgänger Barack Obama bereits 2015 beschworen und zum Anlass für die ersten Sanktionen gegen hohe Beamte der Regierung Nicolás Maduro genommen hatte. Nach der vom CIA stur kolportierten US-Darstellung, handelt es sich jedoch nicht um feindliche Handlungen der venezolanischen Streitkräfte, sondern um eine „Sicherheitsbedrohung“ durch den Iran und der libanesischen Partei und Befreiungsorganisation Hisbollah von venezolanischem Boden aus.

Beiden werfen die USA seit Jahren „terroristische“ Absichten gegen US-Ziele vor, die von Venezuela ermutigt würden – eine lächerliche Verschwörungstheorie, die jedoch rasch von der rechtsextremen Szene Lateinamerikas vereinnahmt wurde.

(Foto: Diego Urdaneta, CCo)

Trumps stümperhafte Außenpolitik

US-Präsident Donald Trumps Drohung, Venezuelas Präsident Nicolás Maduro durch einen militärischen Überfall zu Sturz zu bringen, stieß unter Einschluss selbst konservativer Regierungen auf flächendeckende Ablehnung in Lateinamerika. Trumps verbaler Kraftakt war eine Reaktion auf die Wahl der verfassungsgebenden Versammlung und den Tod von 120 Menschen seit dem Aufflammen der Proteste zum Jahresbeginn in Venezuela, die von den internationalen Medien fälschlicherweise allein der Verantwortung der venezolanischen Regierung zugeordnet werden.

Trumps kaschierter Kriegsandrohung folgte schon zwei Tage später die diplomatische Feuerwehr-Mission von Vizepräsident Mike Pence, der mit Eilbesuchen in Kolumbien, Argentinien, Chile und Panama eine „friedliche Lösung“ der Krise in Venezuela beschwor und sich um die Korrektur von Trumps Fauxpas bemühte. Die Reise Pences war fällig.

Die Maduro-kritische Regierung Chiles, zum Beispiel, reagierte nicht etwa mit einer, wie üblich, diskreten, diplomatischen Note. Außenminister Heraldo Muñoz warnte Washington öffentlich. Mit Verweis auf die am 9. August in Lima von 17 lateinamerikanischen Regierungen verabschiedete Erklärung, womit der Regierung Venezuelas der „Bruch der demokratischen Grundordnung“ vorgeworfen wurde, mahnte Muñoz kurz und bündig auf Twitter:

„Mit Bekräftigung des vollen Wortlauts der Erklärung von Lima zu Venezuela weist Chile die Androhung einer militärischen Intervention gegen Venezuela zurück“.

Der deutlichen Abgrenzung von Trumps Säbelrasseln schlossen sich auch Kolumbien, Mexiko und Peru an, die zu den schärfsten Kritikern Maduros gehören. „Wir lehnen militärische Mittel und Gewaltanwendung im internationalen System ab“, erklärte Kolumbiens Außenministerium.

Zwar etwas verwässert, doch ähnlich lautete die Erklärung des von Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay geführten südamerikanischen Gemeinsamen Marktes (Mercosur), der erst Anfang August Venezuela von der Mercosur-Mitgliedschaft suspendiert hatte.

„Die Länder des Mercosur sind der Meinung, dass der Dialog und die Diplomatie die einzigen akzeptablen Mittel zur Förderung der Demokratie sind.“

Selbst aus den eigenen Reihen musste Trump Kritik einstecken. „Der Kongress wird natürlich keinem Krieg in Venezuela zustimmen“, erklärte Ben Sasse, republikanischer Senator und einer der schärfsten innerparteilichen Kritiker des US-Präsidenten.

Die venezolanische Regierung fühlte ihre seit Jahren geäußerten Anklagen gegen eine militärische Intervention der USA bestätigt, reagierte dennoch überrascht. Verteidigungsminister Vladimir Padrino erklärte: „Das ist ein verrückter Akt, ein Akt des Extremismus“. Außenminister Jorge Arreaza protestierte:

„Das ist eine direkte Bedrohung des Friedens, der Stabilität, der Unabhängigkeit, der regionalen Einheit, der Souveränität und des Rechts auf Selbstbestimmung."

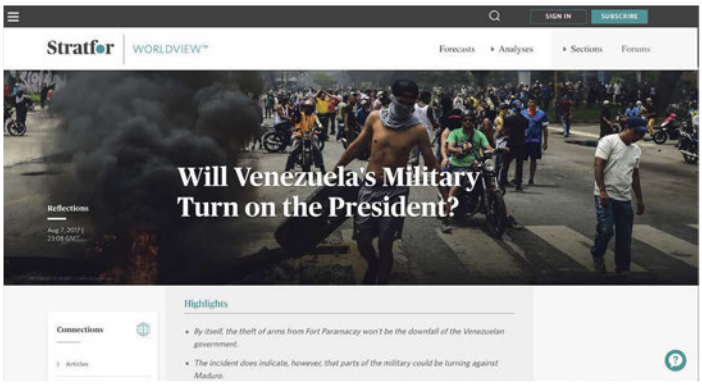
Der russische Außenminister Sergej Lawrow bezeichnete Trumps Anspielung als „unakzeptabel". „Wir sind uns über die Notwendigkeit einig, dass die Differenzen in Venezuela durch nationalen Dialog, ohne Druck von außen, friedlich überwunden werden – vom unakzeptablen Charakter der Androhung militärischer Intervention ganz zu schweigen", erklärte Lawrow zu Reportern kurz nach einem Treffen in Moskau mit dem bolivianischen Außenminister Fernando Huanacuni Mamani.

„Argentinien führt den Kontinent"

Für Überraschung sorgte Pences Auftritt in Buenos Aires. Die USA würden „nicht tatenlos zusehen, während Venezuela versinkt", erklärte der US-Außenminister in abgeschwächter Drohung. Die USA prüften „viele Optionen", wiederholte Pence die Worte Trumps, fügte jedoch rasch hinzu, es solle „nichts unternommen werden ohne Konsens mit Lateinamerika".

In Wahrheit kann von lateinamerikanischer Einstimmigkeit überhaupt nicht die Rede sein. Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und El Salvador haben die Erklärung von Lima nicht unterzeichnet und selbst die Maduro-kritischen Mitte-Links-Regierungen Uruguays und Chiles wollen sich nicht zu unproduktiven Radikalmaßnahmen hinreißen lassen.

Trotz der traditionellen Führungsrolle Brasiliens auf dem Kontinent, doch angesichts der in Korruption und Justizskandalen versinkenden Regierung Michel Temer, übertrug Pence dem argentinischen Präsidenten Mauricio Macri – mit dem ihn und Donald Trump langjährige, gemeinsame Geschäftsbeziehungen auf dem New Yorker Immobilienmarkt verbinden – feierlich die Führungsrolle. „Wir glauben, dass Argentinien mit seiner gegenwärtigen Führung ein großartiges Beispiel auf diesem



Die Webseite von Stratfor am 19.08.2017 (Screenshot)

Kontinent ist. Die Fortschritte in Argentinien, seine Bemühung, seine führende Position in der Welt zurückzugewinnen, stehen in krassem Widerspruch zum Zusammenbruch in Venezuela. Es gibt hungernde Kinder jeden Tag dort", erklärte Pence mit dem Brustton der Überzeugung, musste er doch die Wahrheit über die Rezession, die Arbeitslosigkeit und die bedrohlich ansteigende Auslandsverschuldung von 90 Milliarden Dollar dem politischen Imperativ der Stunde opfern. Macri reagierte begeistert. „Dies wird Investitionen bringen", versprach er vorlaut den Medien.

Stratfor: „Die größte Bedrohung Venezuelas lauert im Lande selbst"

Indes spekulieren seit Jahresbeginn Analysten des schon im Irak-Krieg geheimdienstlich beauftragten Sicherheits- und Spionage-Unternehmens Stratfor, für den nicht wenige, ehemalige CIA-Agenten tätig sind, mit einem Aufstand der mittleren Ränge der venezolanischen Streitkräfte als ernstzunehmende Bedrohung für den Chavismus.

„Die Möglichkeit eines Staatsstreichs ist nicht die einzige Bedrohung für die Regierung. Der stetige militärische Widerstand könnte sie gegenüber der Opposition schwächen und seine Bemühungen zur Umschreibung der Verfassung erschweren", ist auf der Stratfor-Plattform zu lesen. Mit Verweis auf die jüngste Meuterei in der Kaserne Paramacay rechnet Stratfor mit der Ausbreitung weiterer Aufstände, vor allem der mittleren Offiziersränge und der von ihnen direkt kommandierten Soldaten.

„Die offensichtliche Bedrohung für die Führung der venezolanischen Sicherheitsplaner ist die Möglichkeit, dass die gestohlenen Waffen gegen loyalistische Kräfte verwendet werden. Doch das würde nicht ausreichen, um die Macht der Regierung wirklich zu bedrohen. Eine weit verbreitete militärische Meuterei wäre es jedoch … und dann wäre die venezolanische Regierung in Schwierigkeiten."

„Während die Inflation wächst, werden immer mehr einfache Militärs und ihre Familien von Nahrungsmittelknappheit und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten betroffen. Hochrangige Beamte in den Streitkräften sind vor der Wirtschaftskrise geschützt, doch Tausende von niedrigeren Rängen und ihre Familien sind es nicht. Die Einbußen in ihrem Lebensstandard könnten die Gefahr bedeuten, dass sie die Regierung offen herausfordern könnten, was deren Fähigkeit, ohne die Meinung der Bevölkerung oder ihrer politischen Gegner zu berücksichtigen, beeinträchtigen würde", erwartet Stratfor und schlussfolgert:

„…Es könnte keine schlechtere Zeit für die venezolanische Regierung sein. Maduros Loyalisten versuchen, ein Nationales Verfassungskonvent einzusetzen, um die Verfassung zu ihren Gunsten umzuschreiben und die (Anm. F. F.: verzögerten Provinz- und Bürgermeister-) Wahlen weiter hinauszuzögern – zum Teil in der Hoffnung, dass die Ölpreise steigen und der Wirtschaft (und damit der Regierung) einen erforderlichen Aufschub geben könnten. Und die Regierung zählt auf die Unterstützung des Militärs. Wenn genug Angehörige des Militärs enttäuscht werden, kann die Möglichkeit eines Staatsstreichs nicht ausgeschlossen werden…"

Wie auch immer, das ist aber nicht die einzige Bedrohung durch ein unloyales Militär. Statt eines plötzlichen Putsches könnten militärische Abtrünnige, die nicht stark genug sind für einen endgültigen Sturz der Regierung, einen langwierigen Prozess des Verschleißes starten, entweder durch frontale Angriffe oder durch Provokationen", schlussfolgert die Zukunftsvision von Stratfor.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Förderung des Auseinanderbruchs der venezolanischen Streitkräfte schließlich eine der sybillinisch erwähnten „militärischen Optionen" Donald Trumps, seiner Geheimdienste und Militärplaner ist.

Quellen:

YouTube: Trump threatens Venezuela with ‚military option' *<https://www.youtube.com/watch?v=GCyGTBGQ3Ww>*

Stratfor on Venezuela: *<https://worldview.stratfor.com/article/will-venezuelas-military-turn-president>*

Autor:

Frederico Füllgraf

Frederico Füllgraf ist ein Berichterstatter des russischen Auslandsenders RT Deutsch, bzw. dessen Lateinamerika-Korrespondent. Er verfaßte Artikel zu lateinamerikanischen Medien sowie zu der Farbigen Revolution im BRICS-Staat Brasilien im Jahre 2016

Dieser Text wurde zuerst am 18.08.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=39680 veröffentlicht. Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

‹http://www.free21.org/?p=27900›

Publiziert auf Free21 am 31.08.2018, 08:00 Uhr, Von Frederico Füllgraf auf den Nachdenkseiten. Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

Wir sind Frieden

Man wird aus den unterschiedlichsten Gründen zum Friedensaktivisten. Man heiratet, man stolpert über Widersprüche zwischen Wirklichkeit und Medienberichten, man war selbst im Krieg. Und so unterschiedlich die Motive sind, etwas für den Frieden zu tun, so unterschiedlich sind auch die Wege, die man gehen kann. Das ist aber auch gut so, denn es macht deutlich, dass jeder Mensch einen Weg Richtung Frieden finden kann. Seinen ganz eigenen Weg eben – wie die drei Protagonisten unser heutigen Ausgabe. **von Andrea Drescher**

Andreas Petrick, geboren 1963, geboren in Schwerin, lebt in der Nähe von Hamburg, verheiratet mit Olga aus St. Petersburg. Hauptberuflich als Fliesenleger, nebenberuflich in Deutschland und Russland als Musiker tätig, setzt er sich aktiv für Frieden mit Russland ein und bereitet seinen Umzug nach Utorgosh in Russland vor.

ANDREA DRESCHER: *Du engagierst dich speziell für Frieden mit Russland?*

ANDREAS PETRICK: Stimmt, das ist mein Hauptthema. Ich bemühe mich, wenn ich Zeit habe, auch andere Aktionen wie z.B. die Schließung der Airbase in Ramstein zu unterstützen. Aktiv oder passiv bin ich immer dabei, weil ich überzeugt bin, dass sich alle für Frieden engagieren müssen. Aber Russland liegt mir besonders am Herzen, nicht zuletzt, da ich ja bald dort leben werde.

Wieso planst du nach Russland auszusteigen?

Das hat mehrere Gründe. Zum einen kümmert man sich in Deutschland nicht um die Menschen. Die Armut wächst, die Rente reicht für viele hinten und vorne nicht, es geht einfach nur bergab. Zum anderen kann ich die Lügen nicht mehr ertragen. Ein Land – konkret die USA – ist weltweit in Kriege involviert. Aber man sagt uns in allen Medien, dass Russland der Aggressor ist der uns bedroht. Warum glaubt man das? Ich kann nicht verstehen, dass so viele Menschen es nicht merken.

Und du glaubst, dass es in Russland besser ist?

Ich glaube es nicht, ich weiß es. Meine Ehefrau ist Russin, die fast 20 Jahre in Deutschland gelebt hat und beide Länder sehr gut kennt. Sie war in den schlimmen 90er Jahren gekommen, als während der Oligarchenzeit Mord und Totschlag auf der Straße herrschten. Das Leben war bedrohlich, die wirtschaftliche Situation war eine Katastrophe und die Russenmafia hat quasi illegal regiert. Es war eine schlimme Zeit. Früher hätten sie keine 10 Pferde mehr nach Russland gebracht, sie hatte mit ihrer Heimat abgeschlossen. Aber das ist dank der jetzigen Regierung anders. Russland ist wieder ein sicheres Land. Man kann ohne weiteres nachts in Moskau allein auf die Straße gehen. Und wirtschaftlich geht es – trotz Sanktionen – stetig bergauf. Es war letztlich ihre Entscheidung wieder nach Hause zu gehen. Und ich folge ihr sehr gerne.

Bist du öfters in Russland

Ja, meist bin ich einen Monat in Deutschland und dann zwei Wochen in Russland, da Olga fast nur noch in Sosnovy Bor bei Utorgosh wohnt – wir sehen uns viel zu selten. Schritt für Schritt setzen wir die Übersiedelung um. Mit einem Fuß stehe ich noch in Deutschland und verdiene so viel Geld wie möglich um den Umzug nach Russland zu ermöglichen. Im Laufe des Jahres 2018 sollten aber die notwendigen Formalitäten erfüllt sein.

Welche Formalitäten gibt es denn?

Man muss die russische Sprache beherrschen – d.h. einigermaßen kommunikationsfähig sein und sich auch in der russischen Kultur und Geschichte etwas auskennen. Darüber hinaus muss man eine gesicherte Existenz nachweisen. Ich hoffe, dass mein Russisch bald den Anforderungen der Einwanderungsbehörde genügt, so dass ich Deutschland adieu sagen kann. Russisch ist schon sehr anspruchsvoll, die Grammatik ist kompliziert und ich kämpfe mit der Aussprache.

Wie seid ihr gerade auf Sosnovy Bor gekommen? Und wovon lebt ihr dort?

Sosnovy Bor ist ein Dorf in der Großgemeinde Utorgosh. Es ist einfach wunderschön dort. Auf einer Fläche von 60.000 qkm sind sehr viele kleine Dörfer verteilt. Wir haben dort 27 ha Land gekauft und ein Haus am See gebaut. Primär wollen wir von der Selbstversorgung – eigenem Gemüse, eigenen Tieren und unserem großen Acker – leben. Derzeit wird gerade Heu eingefahren, das wir teilweise verkaufen können. Längerfristig wollen wir ein wenig Tourismus aufbauen und haben bereits ein erstes Gästehaus errichtet. Dass die Gegend für Menschen aus Deutschland interessant ist, hat sich bei der Friedensfahrt 2016 und 2017– der Druschba – gezeigt.

Warst du bei der Freundschaftsfahrt dabei?

2016 ja, 2017 war ich nur vor Ort, als die Friedensfahrer zu Besuch kamen. Beide Male habe ich zusammen mit russischen Künstlern ein Konzert gegeben. Und natürlich habe ich auch meine Frau bei der Organisation des Besuchs unterstützt.

Ihr habt also den Besuch der Druschba dort organisiert?

Ja, Olga hat das gemeinsam mit ihrer Freundin Uljana vorbereitet, für Schlafgelegenheiten in der Schule gesorgt, das Fest und die Verpflegung organisiert – also alles, was notwendig war, damit die Friedensfahrer sich wohl fühlen und es zu einer echten Begegnung der Menschen kommt. So entstand dann 2016 auch die Idee des Friedensprojektes für die Schule von Utorgosh. Wir wollen einfach durch gemeinsames Tun eine Verbindung zwischen den Menschen erreichen.

Um was für ein Projekt handelt es sich denn?

Einige, die in der Schule übernachtet und die Klos gesehen haben, haben sich gedacht, da muss man ja was machen. Die entsprechen nicht ganz dem Standard, schon gar nicht dem deutschen Standard – um es freundlich zu sagen. Alles ist total veraltet, Trennwände fehlen, die Fliesen sind uralt, der Boden muss erneuert werden. Da wollen wir einfach was tun.

Und warum machen die Russen selbst nichts?

Es hat bis jetzt wohl keinen gestört. Die Menschen auf dem Dorf sind nicht so anspruchsvoll wie wir. Sie sind selbst in – aus unserer Sicht – armseligen Hütten sehr zufrieden. Und natürlich reicht das Geld hinten und vorne nicht

Wieviel wird denn benötigt?

Für die gesamte Sanierung brauchen wir 4500 Euro und natürlich aktive Helfer.

Drescher: Und wie verläuft das Projekt?

Helfer sind einige da. Einige Russen wollen sich gerne engagieren und zwei Mitfahrer der Druschba – Hans Georg und Volkmar – haben ihre Hilfe zugesagt. Auch andere wollen gerne mitarbeiten. Wir haben einfach mal zum Sammeln aufgerufen. Es kam über 2000 Euro – von den Friedensfahrern und anderen Facebook-Unterstützergruppen – zusammen. Aber es fehlt leider noch einiges. Wir müssen wieder einen Spendenaufruf starten, um die fehlenden Gelder zu beschaffen.

Warum soll man sich da beteiligen?

Wir wollen mit diesem Projekt eine konkrete Friedens- und

Freundschaftsbotschaft vermitteln, nicht nur reden sondern auch aktiv handeln, aktiv etwas für ein gutes Verhältnis zwischen Deutschen und Russen tun. Die Menschen in Utorgosh sind so freundlich und aufgeschlossen und haben uns bei der Druschba zweimal sehr liebevoll und herzlich empfangen.
Und wie kann man sich beteiligen?

Am einfachsten eine kurze Mail an mich unter paddyffm@t-online.de schicken – dann klären wir die Möglichkeiten persönlich.
Dann viel Erfolg für Euer Friedensprojekt!

Birgit Vogel, geboren 1968, im Fränkischen aufgewachsen und immer noch dort wohnhaft. Technische Zeichnerin, die sich für Tauchen, Filmen, Russland kennen lernen, Völkerverständigung, gesunde Ernährung und für ein langes Leben interessiert.
ANDREA DRESCHER: *Stichwort „langes Leben" – was heißt das?*
BIRGIT VOGEL: Ich stelle mir die Frage, warum manche Menschen so alt werden und dabei noch gesund sind. Bei uns gilt es schon fast als normal, dass 80jährige dement sind. In anderen Ländern gibt es zahlreiche über Hundertjährige, und die sind geistig fit. Ernährung spielt dabei eine Rolle, aber auch, nach dem Herzen und den eigenen Überzeugungen zu leben. Seit ich mich mit der Friedensszene beschäftige versuche ich komplett meinem Herzen zu folgen.
Seit wann bist Du denn in der Friedensszene?

ch war nie ein politischer Mensch sondern habe mich bis dahin hauptsächlich mit Umweltthemen und Tierschutz befasst. Durch die Silvesterereignisse in Köln 2015 wurde mir bewusst, dass mit den Medien etwas nicht stimmt. Dann bin ich ins Netz gegangen und bin auf die Lieder der Bandbreite gestoßen, die ich sehr mutig fand. Das nächste war dann das Bilderberger-Treffen in Dresden, zu dem ich mit einem Bekannten hinfuhr. Ich hatte das unbedingte Gefühl, mir das anschauen zu müssen.
Und was hast du gesehen?

Ich war richtig geschockt. Alles war von der Polizei abgeschirmt. Mit Friedensfahnen durfte man dort vorm Hotel nicht zu zweit vorbei gehen. Die Polizei war sehr freundlich, aber faktisch waren Gesetze außer Kraft gesetzt. Die Reichen waren vor Ort und wurden vor uns – alles friedliche Menschen – „beschützt". Mir wurde immer deutlicher, dass ich was tun muss. Als ich dann die Informationen zur Friedensfahrt sah, war mir klar, da muss ich mit.
Du sprichst von der Druschba 2016 Berlin Moskau?

Ja, ich habe mich sofort angemeldet – aber dann auch wieder abgemeldet, da es leider keine finanzielle Unterstützung gab und meine finanzielle Situation „eng" war. Aber ich hatte das unbedingte Gefühl mitfahren zu müssen. Fragen wie z.B. nach einer Krankenversicherung wurden durch „zufällige" Werbungen bei mir im Postkasten von allein beantwortet. Es gab zahlreiche Signale, also habe ich meine eiserne Reserve angegriffen und mir die Busfahrt finanziert. Die Reaktionen in meinem Umfeld haben mir gezeigt, wie wichtig solche Fahrten sind.
Wieso?

Meine Apothekerin fragte mich, ob ich keine Angst habe nach Russland zu fahren. Und was ich tun würde, wenn ich Putin über den Weg laufe. Als ob der böse Russe Putin auf der Straße rumläuft und wartet bis Biggy kommt.
Haben sich deine Erwartungen erfüllt?

Ja und nein. Es war ein toller Einstieg. Nur ließ das straffe Programm zu wenige Begegnungen mit Menschen auf der Straße zu. Die, die man traf, waren enorm gastfreundlich und herzlich – und das trotz der sehr hässlichen Vergangenheit beider Länder. Ein Veteran namens Aziz, den ich traf, zeigte mir Bilder aus seiner Zeit in Deutschland – und diese Begegnung hatte Folgen.
Welche denn?

Ich wollte auf jeden Fall noch mal nach Russland, war neugierig geworden, Kultur und Menschen kennen lernen. Über Facebook habe ich Kontakt zu Aziz aufgenommen. Ich schrieb ihn an und als ich in Moskau ankam, hatte man einen kompletten Wochenplan für mich vorbereitet. Wer bin ich schon, eine einzelne Unbekannte – aber völlig Fremde haben sich in der Weihnachtszeit richtig viel Zeit für mich genommen. So habe ich dann auch Artjom (Артем Аксёненко) aus Moskau kennen gelernt – der der russische Haupt-Organisator der Druschba 2016 und wichtiger Verbindungsmann der Druschba 2017 war. Im April 2017 bin ich dann wieder nach Moskau geflogen. Da habe ich privat übernachtet, mit meinen dortigen Bekannten die russische Sauna besucht, war schwimmen – das war alles ganz spontan und herzlich. Das nächste Mal ist für Weihnachten/Silvester 2017 geplant. Ich rufe Interessierte auf, sich mir anzuschließen um einfach vor Ort Menschen kennen zu lernen und sich ein eigenes Bild zu machen.
Aber du beschäftigst dich nicht nur mit Russland?

Nein. Ich war z.B. beim Friedensfest am See in Norddeutschland – Details dazu findet man in meinem Blog – Biggys-World. Mir ist klar, dass ich in Deutschland aktiv sein muss. Daher habe ich den Friedensweg von Erich Hambach und das Tönen, das an möglichst vielen Stellen der Welt stattfinden soll, auch organisatorisch unterstützt. Ich habe es sogar geschafft, mit diesen Themen in die Medien zu kommen. Die Zeitungen berichten über mich. Ich mache einfach Dinge, schreibe die Zeitungen an und die schreiben dann auch darüber. Regionale Medien sind viel kooperativer als man denkt. Für mich ist es wichtig, mein Geld in etwas Sinnvolles zu investieren. Wenn ein Krieg ausbricht, nützt mir Geld überhaupt nichts. Man muss jetzt etwas tun. Und ich tue!
Und womit beschäftigst du dich aktuell?

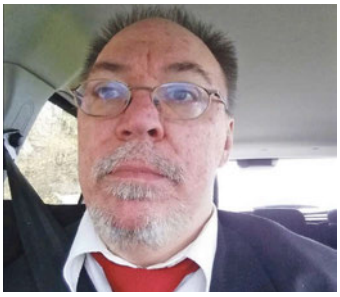
Beim Friedensfest am See entstand die Idee zu „Gesichter des Friedens" – Einfach normale Leute aus der Friedensszene vorzustellen, ähnlich wie diese Serie hier in Free21 aber eben auf Video. Das habe ich aufgegriffen und setze es jetzt um. Ich fahre durch Österreich und Deutschland und treffe Friedensaktivisten. Ganz unterschiedliche Menschen – das ist spannend aber auch schwierig. Aber was soll's. Wenn ich merke, dass ich ehrlich auf meinem Weg bleibe, dann tun sich Türen auf, Gelegenheiten ergeben sich und alles klappt, wie es soll.
Was ist denn daran schwierig?

Die Planung und Vorbereitung waren nicht einfach. Sehr zeitaufwändig, und ich habe so einiges in Ausrüstung investiert, mein Konto war mal wieder komplett überzogen. Trotzdem habe ich – unvernünftiger weise – eine weitere Bestellung aufgegeben. Genau an diesem Tag kam dann eine Spende, die diese Bestellung finanziert hat. Da weiß man einfach, es ist richtig, was man tut. Und das ist das Wichtigste.
Wo findet man die Gesichter des Friedens denn?

Ich poste regelmäßig unter <biggys-world.blogspot.com> und auf facebook unter <https://www.facebook.com/Gesichterdes-Friedens/>
Vielen Dank für das Gespräch – und weiterhin eine gute Reise!

Markus Utzinger, geboren 1969, geboren und wohnhaft in der Nähe von Pirmasens. Von 1990 bis 2000 aktiver Soldat (SAZ12) anschließend in der Bundeswehrfachschule tätig, heute selbstständiger Energiemakler, Familienvater von zwei Kindern, beschäftigt sich mit „neuen" Medien, Computer und Sport.
ANDREA DRESCHER: *Du bist Friedensaktivist und das als ehemaliger Soldat. Wie passt das zusammen?*
MARKUS UTZINGER: Als Aktivisten sehe ich mich noch nicht, ich

Publiziert auf Free21 am 25.07.2017, 20:35 Uhr, von Andrea Drescher, Lizenz: free21



bin einfach für Frieden. Das liegt daran, dass ich weiß, was Krieg anrichtet. Ich will, dass es keine Kriege mehr gibt, darum stelle ich mich dagegen.

Warst du aktiv im Krieg?

Ja, ich war von 1995 bis 1997 dreimal in Bosnien bzw. Kroatien im Einsatz. Einmal mit der UN-ProFor in einer UN Mission und zweimal mit der NATO – mit Ifor uns Sfor – den Stabilisierungsmissionen. Das hat mich zu dem gemacht, der ich jetzt bin. Ich habe gesehen, dass es immer die falschen Menschen sind, die sich gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Wie meinst du das?

Ich hatte von Anfang an immer viele Kontakte zur jeweiligen Bevölkerung – sowohl in Kroatien als auch in Bosnien – da ich als Fahrer eingesetzt war und viel rum kam. So ergaben sich Gespräche mit allen möglichen Gruppen. Und eines wurde in den Gesprächen immer wieder deutlich: Keiner hatte den Krieg begonnen. KEINER. Es waren in allen Gesprächen „die anderen". Ich dachte damals, dass es eine Besonderheit des Landes sein müsse – aus der Historie vielleicht. Erst später wurde mir die Tatsache bewusst, dass dieser Krieg massiv von außen angeheizt worden war. Das war aber 1999, erst nach meinen Einsätzen. Im Einsatzgebiet selbst bekommt man ja nur das mit, was über die Befehlsstruktur vermittelt wird. Aber es wuchsen sehr früh die Zweifel an der Richtigkeit – nach den verschiedenen Erfahrungen, die ich machte.

Gab es auch Positives?

Auf jeden Fall. Die Zusammenarbeit im internationalen Dienst gehörte dazu. Es gab sehr angenehme Kontakte zu türkischen, dänischen, rumänischen und niederländischen Kollegen. Wir verstanden uns gut, es wurde Hand in Hand gearbeitet. Es gab kein: „du bist Deutscher" oder „du bist Christ" – Herkunft, Hautfarbe, Religion spielten keine Rolle. Für mich war sehr deutlich: Es gibt keine bösen Soldaten, wir sind alles nur Menschen, die sich dafür engagieren wollten, dass es auf dem Gebiet von Ex-Jugoslawien wieder friedlich zugeht. Das Böse sind die Strukturen der Armee, nicht die Menschen.

Warst du auch direkt mit Krieg konfrontiert?

Nein, den Krieg und die Gräueltaten kenne ich nur vom Hörensagen. Aber ich bin mit offenen Augen durch das Land gefahren. Wenn man die Zerstörungen sieht, verminte Friedhöfe oder die Verletzten im Feldlazarett – da macht man sich seine Gedanken. Und manche Bilder kriegt man nicht mehr aus dem Kopf, wie z.B. das zerstörte olympische Dorf in Sarajewo, das von Minenfeldern umgeben war. Ich habe bei den Hilfsgütertransporten quer durchs Land unendlich viel Zerstörung gesehen. Und niemand von den Menschen, mit denen ich sprach, konnte mir erklären, warum es dazu gekommen war.

Wie wurdet ihr bzw. wie wurdest du von den Einheimischen behandelt?

Das war unterschiedlich. Manchmal wurden wir mit Steinen beworfen. Wir haben dann, wenn möglich, das Gespräch gesucht, nachgefragt, warum man uns angreift. Und die Antwort lag immer in vorausgegangenen Erfahrungen mit anderen Truppenteilen, die – sagen wir mal – weniger nett mit der Bevölkerung umgegangen waren. Das wurde auf alles was in Uniform daher kam übertragen. Aber meistens waren die Kontakte positiv, weil man uns als das sah, was wir sein wollten: Helfer. Davon war ich überzeugt.

Wie kam es dann zu der Veränderung in deiner Haltung?

Helfer will ich immer noch sein. Aber wirklich helfen unter realen Bedingungen. Ab dem Jahr 2000 wurde mir immer deutlicher, dass die Nachrichten nicht stimmen, nicht stimmen konnten. Die Nachrichtenlage stand im Widerspruch zu dem, was ich direkt von Menschen erfuhr, die noch vor Ort waren. Meldungen wurden auf dem Dienstweg … verändert, abgeschwächt, verdreht, wurden weggelassen. Es wurden von oben nach unten Feindbilder gepflegt, aber das hatte nichts mit der Realität zu tun. Wenn die Presse berichtete, dass die Lage entspannt sei, ging es rund im Land. Die Informationskette stimmte nicht. Sprach man mit Angehören der kroatischen oder serbischen Armee passte das, was sie sagten, überhaupt nicht zu den offiziellen Informationen, die man erhielt. Natürlich wurde auch auf dieser Seite gelogen, aber bei mir entwickelte sich zunehmend der Eindruck, dass das Land gezielt in den Krieg getrieben worden war, dass das alles von außen gesteuert wurde. Inzwischen erkenne ich das Muster – seit ich nicht mehr in der Armee und dank Vernetzung sehr viel besser informiert bin. Geschichte wiederholt sich. Man konnte das in der Ukraine erneut beobachten – haarscharf das gleiche Drehbuch, das mir aus Bosnien inzwischen vertraut ist.

Du bist also kein überzeugter Soldat mehr?

Nein, so kann man es auch nicht sagen. Es muss für den Fall der Fälle Menschen geben, die dazu ausgebildet sind, unser Land in einem Angriffskrieg zu verteidigen. Aber viel wichtiger sind Aufgaben wie die Herstellung von Wasseraufbereitung, Minenräumung oder ähnliche Aufgaben, die von Armeen wahrgenommen werden. Wie der THW aber mit Bewaffnung, wo es erforderlich ist. Leider macht Deutschland seit Jahren – vermutlich auf Druck der USA – keine Hilfseinsätze mehr sondern führt Krieg. Das ist nicht meine Welt. Der Schutz des eigenen Landes ist o.k, aber nicht im Hindukusch sondern wirklich an den eigenen Landesgrenzen.

Würdest Du aktuell Soldat werden?

Sicher nicht. Für Hilfe stehe ich immer zur Verfügung, aber nicht mehr in Uniform. Nicht mit dieser Armee und nicht mit Waffe – Waffeneinsatz kommt für mich maximal zum Selbstschutz in Frage. Die Politik betreibt Hetze gegen Russland, die Sanktionen sind nichts anderes als Hetze. Eine gute Armee arbeitet mit allen Nationen zusammen und lässt sich nicht gegen Russland in einen Krieg treiben. Soldaten sind keine Opfergaben für Bodenschätze.

Wie stellst du dich gegen den Krieg?

Ich beschäftige mich derzeit sehr viel mit Veteranen, um dort zur politischen Bewusstseinsbildung beizutragen. Wir tauschen uns im Internet offen untereinander aus. Da sind auch Menschen dabei, die vor 40 Jahren gedient haben. Und es ist sehr deutlich: Keiner ist „kriegsgeil". Das negative Bild über Soldaten haben wir der Politik zu verdanken, die die Soldaten ausnutzt. Ansonsten informiere ich mich und teile mein Wissen und meine Erfahrungen mit anderen Menschen. Und das im Internet und in der realen Welt. Es gibt so vieles, was man offiziell leider nicht oder nur verfälscht erfährt. Sich für Frieden zu engagieren, beginnt beim eigenen Verhalten. Ich versuche besonders in konträren Diskussionen ein friedlicher Mensch zu sein. Das ist zwar nicht immer leicht, aber es gibt eben nicht die einzig wahre Wahrheit. Und daher ist das ein wichtiger Schritt.

Vielen Dank für das offene Gespräch

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=28033›

Whistleblower enthüllt, wie Türkei den IS bewaffnet und unterstützt

Türkischer Geheimdienstchef Hakan Fidan als Mitglied einer Terrorgruppe mit Verbindung zu Al Kaida und IS benannt.

von Nafeez Ahmed

Ein früherer hochrangiger Anti-Terror-Beamter in der Türkei hat Präsident Recep Tayyip Erdoğans vorsätzliche Unterstützung des Islamischen Staates (IS) als geopolitisches Werkzeug zur Ausweitung des türkischen Einflusses in der Region und zur Marginalisierung seiner einheimischen politischen Gegner enthüllt.

Ahmet Sait Yayla war Chef der Abteilung für Antiterrorismus und operative Maßnahmen der nationalen türkischen Polizei in der Zeit von 2010 bis 2012, bevor er bis 2014 Chef der Abteilung für Öffentliche Ordnung und Verbrechensvorbeugung wurde. Zuvor hatte er in der Abteilung für Antiterrorismus und operative Maßnahmen als Abteilungsleiter auf mittlerer Ebene während seiner gesamten 20jährigen Polizeidienstzeit gearbeitet, bevor er Chef der Polizei in Ankara und Şanlıurfa wurde.

In Interviews mit INSURGE intelligence enthüllte er exklusiv, dass er persönlich eine augenscheinlich auf hoher Ebene des türkischen Staates stattfindende Unterstützung des IS während seiner Polizeilaufbahn beobachten konnte, was ihn schließlich zum Rücktritt veranlasste. Den Beschluss, Whistleblower zu werden, fällte er nach Erdoğans autoritärem und scharfen Vorgehen in der Folge des gescheiterten Militärputschs im Juli [2016]. Dies ist das erste Mal, dass der frühere Antiterror-Chef für eine Aufzeichnung sprach, um offenzulegen, was er über die Hilfe der türkischen Regierung für islamistische Terrorgruppen weiß.

Der frühere Antiterrorismus-Chef der türkischen nationalen Polizei äußert sich mit einem beträchtlichen Risiko für seine eigene Familie. Als Teil von Erdoğans scharfem Vorgehen nach dem gescheiterten Militärputsch im Juli wurde Yaylas 19 Jahre alter Sohn daran gehindert, das Land zu verlassen, und schließlich unter Terrorismusvorwürfen verhaftet.

ISIS Mitlgied angeblich beim vorbereiten einer "hell fireball" Bombe aus Material aus der Türkei und mit Mitwissen der westlichen Geheimdiensten (Foto: Ahmet Yayla/Medium.com)

Als ich das erste Mal mit Yayla sprach, hatte er gerade sein neues Buch IS-Abtrünnige: Inside-Geschichten aus dem terroristischen Kalifat in Washington DC herausgegeben, das er zusammen mit der Professorin Anne Speckhard verfasst hatte, einer NATO- und Pentagon-Beraterin, die sich auf die Psychologie der Radikalisierung spezialisiert.

Ahmet Sait Yayla (Foto:Medium.com)

„Die Türkei unterstützt den Islamischen Staat und andere dschihadistische Gruppen", sagte Yayla. „In erster Linie weiß ich das als früherer Chef der türkischen nationalen Polizei und dem, was ich dort erlebte, was auch der Grund dafür ist, dass ich die Polizei letztendlich verließ. Und zweitens dank früherer IS-Terroristen, die ich als Teil meiner Nachforschungen zum dschihadistischen Phänomen befragt habe – von denen viele sagen, dass der IS sich offizieller türkischer Unterstützung erfreut."

Fadenkreuz von Erdoğans Gegen-Putsch

Yayla ist der erste türkische Antiterrorbeamte, der beansprucht, Wissen aus erster Hand über Erdoğans geheime Unterstützung für islamistische Terrorgruppen zu haben. Er besitzt intime Kenntnisse über die Beziehung der Regierung mit dem IS, weil er eng mit hochrangigen Regierungsbeamten in Ankara – einschließlich Erdoğan selbst – zusammengearbeitet hat, um Maßnahmen zu erörtern.

Nach meinem ersten Interview mit Yayla hatte ich zahllose weitere Fragen hinsichtlich seiner spezifischen Erfahrungen mit der Unterstützung des IS durch die Türkei. Aber ich hatte Schwierigkeiten, ihn zu erreichen.

Schließlich erhielt ich am 30. Juli [2016] eine E-Mail, die den Grund für das Schweigen verdeutlichte. „Es tut mir leid, dass ich nicht wieder auf Sie zukommen konnte", schrieb Yayla: „Ich habe versucht, meinen Sohn aus der Türkei herauszubekommen, und er wurde an der Grenze ohne jede Begründung festgehalten. Er ist ein Universitätsstudent, ein 19 Jahre alter Junge. Sie erklären nichts und halten ihn einfach bei der Grenzpolizei fest. Natürlich bin ich der Grund dafür, was ich schreibe und meine Haltung gegenüber Erdoğan. Wir sind so gestresst, weil er verhaftet wurde. Wie Sie wissen, sind Folter

Publiziert auf Free21 am 24.07.2017, 21:33 Uhr. Original von Nafeez Ahmed erschienen auf www.rubikon.news.

und andere Gräueltaten, an die ich lieber nicht denken möchte, in den letzten zwei Wochen alltäglich geworden in der Türkei. Lassen Sie mich diese entscheidende Situation erst mal bewältigen und später mit Ihnen sprechen, wenn es Ihnen nichts ausmacht."

Yaylas Sohn ist Yavuz Yayla, ein Student der Internationalen Beziehungen an der Çukurova-Universität. Ich konnte mir nicht vorstellen, was Yayla durchmachen musste. Dann eskalierte die Lage innerhalb von Tagen:„Unglücklicherweise haben sie meinen Sohn festgenommen", schrieb Yayla in eine weitere E-Mail. Die Anschuldigung lautet, er habe eine Ein-Dollar-Note in seinem Rucksack, ein Indiz, dessentwegen er beschuldigt wird, unter den Putsch-Unterstützern zu sein. Er ist 19, Student im ersten Universitätsjahr, hat nichts zu tun mit irgendwem oder irgendeinem Putschisten, vielmehr geht es darum, sich an mir zu rächen, weil ich die Fakten herausschreie und Erdoğan das nicht mag."

Trotz seiner eigenen Kenntnis der Korruption im türkischen nationalen Sicherheitssystem wurde Yayla von der Entwicklung überrascht:„Ich habe nie gedacht, dass sie so tief sinken würden. Du kannst wirklich nichts machen. Wörtlich unterbreitete der Staatsanwalt in der Anklageschrift zwei Beweismittel, dass er ein Terrorist sei: dass er versucht habe, das Land auf legalem Wege über einen Grenzübergang zu verlassen, wo er infolge der Tatsache aufgehalten wurde, dass er einen Beamtenpass hatte (einen grünen Pass, mit dem er lediglich ohne Visum in die EU reisen kann, und den ich von der Universität erhalten habe), und dass er eine Ein-Dollar-Note in seinem Rucksack hatte, die er Jahre zuvor von mir bekommen hatte, als ich von einer Konferenz in den USA zurückkam. Wir sind an einem Punkt, dass Worte die Frustration nicht beschreiben können, die wir persönlich oder als Opfer dieses Putschversuchs haben."

Zum ersten Mal länger sprach ich mit Yayla am 4. August per Telefon. Seine Stimme wirkte spürbar bedrückt, verglichen mit unserem ersten Gespräch. Das Erste, was er mir erzählte, war, dass er nicht aufhören konnte zu weinen infolge seiner Angst, was seinem Sohn zustoßen würde.

Die Situation war unlösbar. Um seinen Sohn freizubekommen, musste Yayla einen guten und mutigen Rechtsanwalt finden. Aber Rechtsanwälte unterlagen schon den politischen Säuberungen durch Erdoğan – vor allem Rechtsanwälte, die sich bereiterklärten, Fälle von Menschen zu übernehmen, die von den Behörden wegen angeblicher Verbindungen zum Putsch verhaftet worden waren. „Deshalb kann ich keinen Rechtsanwalt finden", sagte Yayla. „Die Rechtsanwälte haben Angst. Alles, was sie sagen, ist: ‚Auch wir haben Familien, sie werden auch uns verhaften'."

Gruppen von Antiterrorbeamten waren zum Haus von Yaylas Vater in Ankara geschickt worden. Sie hatten das Haus durchsucht und wiederholt Fragen zu Yayla selbst gestellt. Seitdem bleibt Yavuz Yayla unter Terrorismusvorwürfen in unbegrenzter Haft, und Beschwerdeverfahren blieben erfolglos.

Für Yayla liegt das wirkliche Ziel dieser Handlungen auf der Hand. Sie wollen mich zum Schweigen bringen" sagte er in Hinblick auf die Erdoğan-Regierung: „Ich kenne verschiedene interne Übereinkommen. Wie sie dem IS direkt geholfen haben."

In den zwei Monaten während der Haft seines Sohnes konnte Yayla nicht mit seinem Sohn telefonieren, obwohl Gefängnisinsassen das Recht auf ein zehnminütiges Telefongespräch pro Woche haben.

Anfang September entließen die türkischen Behörden Yavuz vorübergehend mit seiner gesamten persönlichen Habe, nur um ihn am Gefängnistor gleich wieder zu verhaften. Dieses Mal wurde er mit der Begründung, dass sein Pass von der Regierung annulliert worden war, wiederverhaftet. Der Rechtsanwalt, den Ahmet schließlich für seinen Sohn gefunden hatte, gab sein Mandat aufgrund des Drucks seitens des türkischen Geheimdienstes zurück.

In Wirklichkeit war die Annullierung von Yavuz' Pass auf seinen Vater gemünzt. Die türkischen Behörden hatten die Pässe von Ahmet Yayla und seinen Familienangehörigen im Juli 2016 annulliert, nachdem Yayla im World Policy Journal einen Artikel geschrieben hatte, der Beweise für Erdoğans Unterstützung des Terrorismus hervorhob.

Aber dieser Artikel streifte kaum die Oberfläche dessen, was Ahmet Yayla aus erster Hand über die inzestuöse Beziehung der türkischen Regierung mit dem IS weiß.

Humanitärer Terror

Yayla sagte, dass umstrittene Anschuldigungen in der türkischen Presse bezüglich der Unterstützung militanter Gruppen in Syrien über eine Nichtregierungs-Wohltätigkeitsorganisation, die Humanitarian Relief Foundation [humanitäre Hilfe-Stiftung, IHH], ganz genaue Widerspiegelungen einer finsteren Beziehung zwischen der türkischen Regierung und dschihadistischen Gruppen darstellen.

Am 3. Januar 2014 berichtete die in der politischen Mitte angesiedelte Tageszeitung Hurriyet, dass eine bedeutende Menge Munition und Waffen von der türkischen Polizei in Lastwagen gefunden wurde, welche Hilfsgüter im Namen der IHH zu islamistischen Rebellen in Syrien transportierten.

Bald wurden aufgrund von Äußerungen der Anklagevertretung und von Zeugenaussagen der Polizeibeamten in Gerichtsverfahren Anschuldigungen bekannt, dass die Lastwagen von Beamten des nationalen türkischen Geheimdienstes (MIT) begleitet worden seien.

Diese Einlassungen bezeugten laut Gerichtsdokumenten, dass Raketenteile, Munition und Mörsergranaten in Lastwagen gefunden wurden, welche Nachschub in unter der Kontrolle von dschihadistischen Gruppen stehende Gebiete Syriens Ende 2013 und Anfang 2014 lieferten.

Erdoğans Regierung hinderte jedoch sämtliche türkischen Medien an weiteren Berichterstattungen über die Gerichtsverfahren. Die Anschuldigungen, behauptete die Regierung, seien Teil einer Verschwörung zur Unterminierung von Erdoğans Präsidentschaft – organisiert vom exilierten muslimischen Geistlichen Fethullah Gülen, der in den USA lebt.

Laut Ahmet Yayla sind die Anschuldigungen gegen Erdoğan und die IHH jedoch zutreffend und haben nichts mit einer gülenistischen Verschwörung zu tun. „Ich war indirekt schon zu einem frühen Zeitpunkt in die Anti-Terror-Ermittlungen gegen die IHH eingebunden", sagte Yayla. „Der Führer der IHH wurde im Ergebnis dieser Ermittlungen in dieser Zeit verhaftet, infolge der Beweismittel, die wir erhalten hatten, dass die Gruppe hinter vielem an Unterstützung für den IS steht. Die IHH hat Waffen und Munition an viele dschihadistische Gruppen geliefert, nicht nur an den IS".

Yayla merkt an, dass die Gaza-Flottille von 2010, wo ein von der IHH betriebenes Schiff von den israelischen Streitkräften daran gehindert wurde, humanitäre Hilfsgüter nach Gaza zu bringen, mit Erdoğans Zustimmung aufgestellt wurde: „Erdoğan wollte die Menschen glauben machen, er unterstütze Jerusalem und Palästina durch das Erzwingen der Fahrt dieses Schiffes nach Gaza. Er erwartete, ein Held zu werden. Stattdessen wurden Menschen getötet. Aber Erdoğan nutzte den Vorfall, um Menschen in der Türkei um ihn selbst herum zu radikalisieren."

Schon vor dem Flottillen-Zwischenfall war die IHH zum Hauptpartner der Turkish International Cooperation Agency (TIKA) – der offiziellen Hilfsagentur der türkischen Regierung – geworden, um humanitäre Hilfe auf der ganzen Welt zu verteilen. „Jedoch waren es nicht nur humanitäre Güter, die die IHH verteilte. Unter den Gütern waren Waffen", sagte Yayla.

Militante Wurzeln

Hauptförderer des IS in der türkischen Regierung war Hakan Fi-

Hakan Fidan, Chef des nationalen Geheimdienstes der Türkei (Foto: Medium.com)

dan, der der TIKA von 2003 bis 2007 vorstand. Früher Offizier beim türkischen Militär, wurde er 2007 Unterstaatssekretär beim Premierminister. Seit 2010 war er der Chef des staatlichen türkischen Geheimdienstes MIT.

Aber laut Ahmet Yayla war er ein Hauptverdächtiger in einer Reihe von terroristischen Angriffen in den 1990er Jahren – während Yayla als Polizeibeamter in Ankara arbeitete. Die Angriffe beinhalteten gezielte Ermordungen linker türkischer Intellektueller mit Verbindungen zur Zeitung Cumhuriyet mit Hilfe von Auto- und Paketbomben. Unter den Opfern befand sich der Journalist Ugur Mumtu, die Frauenrechtsaktivistin Bahriye Üçok und der Intellektuelle Ahmet Taner Kışlalı.

Polizeioperationen verorteten die Ausführenden dieser Angriffe in einer von der Türkischen Hisbollah (EH) betriebenen Terrorzelle. Zwei jetzt Erdoğan nahestehende Schlüsselfiguren wurden von der Polizei als Mitglieder der Zelle identifiziert: Hakan Fidan und Faruk Koca, ein Gründungsmitglied der regierenden AKP.

Die Türkische Hisbollah ist eine sunnitische islamistische Terrororganisation, welche in den 1980er Jahren auftauchte und ursprünglich von einer kurdischen Gruppe gebildet wurde. Sie ist besonders gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (die PKK) aktiv und unterstützt offen Gewalt als Mittel zur Errichtung eines Islamischen Staates in der Türkei.

Die Gruppe hat keine Verbindung mit der libanesischen Gruppe gleichen Namens. Aber laut Yayla brachten türkische Polizeioperationen zum Vorschein, dass die TH Verbindungen zu ranghohen Elementen des türkischen Sicherheitsapparats hatte, sowie starke Beziehungen zu nachrevolutionären iranischen Geheimdienstmitarbeitern.

Eine im Jahr 2000 veröffentlichte Hintergrundanalyse von Human Rights Watch belegte ein alarmierende Verbindungssystem zwischen türkischen Sicherheitskräften und der TH, einschließlich Zeugenaussagen hochrangiger türkischer Regierungsbeamter – wie z.B. dem Kabinettsminister Fikri Sağlar, der versicherte, dass die Turkish Hisbollah von Anfang an von den „Streitkräften" kontrolliert wurde und „auf Grundlage eines Beschlusses des Nationalen Sicherheitsrats von 1985 erweitert und verstärkt wurde".

Im April 1995 kam ein offizieller türkischer parlamentarischer Bericht zu dem Schluss, dass türkische „Militäreinheiten" einem geheimen Camp der Turkish Hizbullah „in der Gegend der Dörfer Seku, Gönüllü und Çiçekli im Distrikt Gercüş von Batman" „Unterstützung" leisteten. TH wurde danach vom Außenministerium als Terrororganisation eingestuft.

Während des letzten Jahrzehnts hat sich TH auf politische Aktivitäten konzentriert, ohne jedoch auf sein Bekenntnis zur Gewalt zu verzichten.

Und sein gewalttätiges Erbe lebt weiter fort. Es gibt eine direkte Abstammungslinie zwischen TH, Al Kaida und IS. Halis Bayancuk, dessen Kriegsname Abu Hanzala lautet, ist der Emir des IS in der Türkei. Schon früher identifizierte die vom Staat betriebene nationale öffentliche Rundfunkanstalt TRT Bayancuk als Kopf von Al Kaidas Türkei-Arm. Aber Bayancuk ist auch der der Sohn von Hacı Bayancuk, einem der Gründungsmitglieder der TH.

Halis Bayancuk (Foto oben rechts), der Emir des IS in der Türkei und Sohn von Haci Bayancuk, einem Gründungsmitglied der Türkischen Hisbollah, hier aufgenommen während einer Verhaftung durch die türkische Polizei.

Halis Bayancuk, rechts (Foto: Medium.com)

Ihm wurden keine Handschellen angelegt. Ahmet Yayla erklärt, dass unter Erdoğan IS-Aktivisten eine derartige Handlungsfreiheit genießen, dass sie niemals in Handschellen gelegt werden, falls sie verhaftet werden.

Polizeioperationen 2007 in Bingöl und Kocaeli und 2008 in Istanbul, Ankara und Diyarbakir enthüllten die Zusammenarbeit zwischen Führern der TH und Al Kaida auf hoher Ebene. Es wurde herausgefunden, dass ein Al Kaida-Netzwerk in der Türkei, das von Muhammed Yasar geführt wurde, im Namen von TH betrieben wurde.

Emrullah Uslu, ein früherer Zielfahnder in der Anti-Terrorismus-Einheit der nationalen türkischen Polizei, erklärt, dass die meisten Mitglieder des Al Kaida-Netzwerks in der Türkei mit der TH „Kontakt hatten".

Eine Splittergruppe der TH, die neue salafistische Dschihadisten in ihre Reihen aufgenommen hat, befindet sich heutzutage jetzt „im Kampf an der Seite von IS und anderen extremistischen Gruppen in Syrien „, berichtet der türkische Journalist Sibel Hürtas. „Hunderte Seiten an Dokumentation über die Turkish Hizbullah wurden bei den Polizeirazzien in Ankara entdeckt, die in dieser Zeit stattfanden", sagte Yayla in Hinblick auf die Welle von Morden in den 1990ern:

„Die Dokumente bewiesen direkte Verbindungen zwischen dem iranischen Geheimdienst und zwei Figuren, die jetzt Erdoğan extrem nahe stehen: Hakan Fidan und Faruk Koca. Und sie zeigten, dass sowohl Fidan als auch Koca Teil der Terrorzelle der Türkischen Hisbollah waren, die hinter diesen Bombenanschlägen stand".

Infolge der Polizeiermittlungen floh Fidan aus der Türkei nach Deutschland und begab sich dann in die USA, wo er weiterhin im Exil lebte. Als jedoch die AKP unter Erdoğan die Macht übernahm, kehrte Fidan in die Türkei zurück und nahm seine Rolle als Chef der türkischen Hilfsorganisation wieder auf, wobei sein Status als ‚Gesuchter' unerklärlicherweise verschwand.

Der IS: Bastard-Laich des türkischen Tiefen Staates

Dank ihres humanitären Anstrichs lieferte die IHH, jetzt in Partnerschaft mit der türkischen Regierung unter Fidans Führung des TIKA, den „perfekten Deckmantel" für Erdoğan, seine verdeckte Syrien-Strategie auszuweiten. Die geheime Strategie ging weiter, als Fidan als nächstes Chef des staatlichen türkischen Geheimdienstes wurde.

Wenn Yaylas Behauptungen korrekt sind, ist demnach der derzeitige Chef des mächtigen MIT unter Erdoğan ein Mitglied der mit Al Kaida verbundenen Türkischen Hisbollah, die für terroristische Morde an linken Dissidenten in den 1990er Jahren verantwortlich ist. Ab etwa 2012, erläuterte Yayla, wurden mehrere Hundert Lastwagen mit Nachschubgütern von der IHH nach Syrien geschickt.

Beim Beschreiben mehrerer aktiver Polizeioperationen gegen die IHH, die den Verbindungen der Organisation mit Al Kaida geschuldet waren, bekräftigte Yayla,

Publiziert auf Free21 am 24.07.2017, 21:33 Uhr. Original von Nafeez Ahmed erschienen auf www.rubikon.news.

Diese Fotos zeigen sogenannte „Höllenfeuerbomben", die aus Flüssiggasflaschen hergestellt werden.

dass eine größere Operation, die Anti-Terror-Razzien in Gaziantep, Van, Kilis, Istanbul, Adana und Kayseri einschloss, die enge Zusammenarbeit der IHH mit hochrangigen Al Kaida- und IS-Kadern bei Waffenlieferungen an dschihadistische Gruppen über die Grenze hinweg aufdeckte.

Während Erdoğan und seine Minister die Polizeiaktion verurteilten, versicherte Yayla, der als Chef der Polizei von Ankara Erdoğan informiert hatte, dass die Operation die Folge einer fortlaufenden Polizeiermittlung zur dschihadistischen Unterstützung innerhalb der Türkei darstellte – und nicht eine gülenistische Verschwörung.

Aber die IHH war nur ein Kanal für diese Aktionen zur Unterstützung syrischer Dschihadisten. „Der Rest der Operationen wurde direkt vom MIT ausgeführt", sagte Yayla. „Der MIT transportierte ganz offen Waffen und Sprengstoff nach Syrien, mit Lastwagen ebenso wie mit aktiven Kämpfern, die mit Bussen befördert wurden, und zwar mehrere Male. Einige von ihnen wurden von der türkischen Polizei gefasst."

Tausende ausländische Kämpfer waren in den letzten paar Jahren in die Türkei geströmt, um sich Gruppen anzuschließen, die das Regime von Baschar al-Assad in Syrien bekämpfen.

Zum ersten Mal liefern Ahmet Yaylas Interviews mit INSURGE intelligence eine direkte Insider-Bestätigung nicht nur dahingehend, dass Erdoğans Regierung hinsichtlich der Bewegung dieser Kämpfer über die Grenze nach Syrien hinein weggeschaut hat – sondern dass die türkische Polizei die Rolle des staatlichen Geheimdienstes der Türkei beim Schleusen der ausländischen Kämpfer entdeckt hatte, welches direkte Hilfe für den IS einschloss:

„Der MIT transportierte IS-Terroristen von Hatay nach Şanlıurfa in Bussen in den Jahren 2014 und 2015. Manchmal ließ man sie an der Grenze aussteigen, zu anderen Zeiten wurden sie über die Grenze transportiert. Wenn die Terroristen in die Türkei zurückkehren wollten, wurden sie oft für Routine-Drogenkontrollen angehalten. In den Bussen fanden türkische Grenzschützer Kalaschnikows und Munition. Die Businsassen wurden verhaftet und verhört, und die Fahrer gaben offen zu, dass der MIT sie angeheuert hatte, um solche Terroristen und ausländischen Kämpfer zu transportieren."

Yayla war nicht direkt in diese Operationen verwickelt, wurde aber ihrer erdrückend belastenden Untersuchungsergebnisse während seiner leitenden Polizeitätigkeit gewahr, da er unbegrenzten Zugang zu den entsprechenden Protokollen hatte.

Bomben zu Wohltätigkeitszwecken

Die IHH wurde seit langem von westlichen Geheimdiensten terroristischer Verbindungen verdächtigt. Ein von Wikileaks erlangtes vertrauliches Fax der US-Botschaft in Istanbul ans Außenministerium, datiert auf den 21. Juli 2006, bestätigt, dass die IHH „einiger Finanzierungen des internationalen Terrorismus verdächtig" ist. „...1997 wurden örtliche Funktionäre im Istanbuler Hauptquartier der IHH festgenommen, nachdem eine Razzia durch Sicherheitskräfte Feuerwaffen, Sprengstoff und Anleitungen zum Bombenbau entdeckt hatte."

Das Fax beschreibt eine Trauerfeier anlässlich des Todes des mit Al Kaida verbündeten tschetschenischen Militärkommandanten Schamil Basajew, die von der IHH mitorganisiert wurde und an der der Präsident der IHH, Bülent Yıldırım, persönlich teilnahm.

Basajew wurde 2003 vom US-Außenministerium wegen seiner nicht verhehlten Verwicklung in verschiedene Massaker an zivilen Geiseln und in Selbstmordattentate ebenso wie seiner „Verbindungen mit Al Kaida" als terroristische Person eingestuft.

In diesem Zusammenhang ist der Rest des Faxes erwähnenswert: „Die Trauergäste fuhren fort, arabische Parolen zu singen, durchsetzt mit den folgenden Rufen auf Türkisch: ‚Russische Mörder – Raus aus Tschetschenien', ‚Israelische Mörder – Raus aus Palästina', ‚Amerikanische Mörder – Raus aus dem Nahen Osten', ‚Schamil Basajew – Dein Weg ist unser Weg' und ‚Hamas – Leiste weiter Widerstand'. Möglicherweise mit Bezug auf die bevorstehende Wahlkampfperiode hatte Yıldırım auch eine Botschaft für die türkische Regierung: ‚Unterstützt diese Ungläubigen nicht – wenn ihr keine krummen Dinge macht, sind wir bereit, euch zu folgen'. Mitten in der Zeremonie verbrannten die Teilnehmer eine Fahne – die wir nicht sehen konnten – zum großen Vergnügen der Menge. Was Basajew anbetrifft, lobte Yıldırım die Tatsache, dass er keine Kompromisse einging, und behauptete, dass er nach Unabhängigkeit gestrebt habe und für Gott und die Sache gestorben sei."

Yayla bekräftigte, dass die Polizeirazzia von 1997 direkte Verbindungen zwischen der Wohltätigkeitsorganisation und Al Kaida herausgefunden hatte. Mitarbeiter der IHH, sagte er, wurden für Kampfeinsätze in Tschetschenien, Bosnien und Afghanistan vorbereitet.

Dokumente, die während der Razzia gefunden wurden, legten offen, dass heimlich Waffen an Gruppen geliefert wurden, die mit Osama Bin Laden verbunden waren. IS-Unterstützer transportieren auch regelmäßig straflos Teile für die Herstellung provisorischer Sprengsätze über die türkisch-syrische Grenze.

Fotos, die INSURGE von Yayla exklusiv zur Verfügung gestellt wurden, und die er direkt von früheren IS-Mitgliedern erhalten hat, zeigen IS-Angehörige beim Hantieren mit sogenannten „Höllenfeuerbomben", die aus Flüssiggasflaschen hergestellt werden, und deren Teile in Konya, einer innertürkischen Stadt, hergestellt werden, in der Hunderte von IS-Unterstützern leben.

„Das frühere IS-Mitglied sagte, dass diese Materialien aus Quellen stammen, die von türkischen Sicherheitskräften geschützt werden", sagte Yayla.

Yaylas Aussteiger-Quelle bestätigte, dass die Teile mit Lastwagen über die Grenze nach Syrien gebracht werden, um dort Bomben daraus zu bauen. Die Lastwagen passieren den türkischen Zoll üblicherweise ohne Probleme. „Sie töteten Hunderte Zivilisten und Kinder", sagte Yayla.

„Sie sind sehr wirkungsvoll. Der Überläufer erklärte, dass sie mindestens zehnmal stärker und

tödlicher sind als normale Minenwerfer. Alle Bestandteile dieser Bomben wurden aus der Türkei nach Syrien gebracht, und sie wurden aus der Türkei bezogen."

Der Polizeichef ordnete den Schutz von IS an

Aber es ist Ahmet Yaylas persönliche Erfahrung mit der offiziellen türkischen Unterstützung des IS, die vielleicht von allem am erdrückendsten ist.

„Ich habe mehrere Male mit eigenen Augen und Ohren beobachten können, wie der Gouverneur von Şanlıurfa (einer Stadt nahe der türkisch-syrischen Grenze) zu Führern terroristischer Gruppen in Syrien sprach", sagte Yayla.

Bei mehreren hochrangigen Sicherheitstreffen unter Beteiligung der Polizeichefs mussten Yayla und seine Kollegen warten, bis der Gouverneur seine Telefongespräche mit Rebellenführern beendete.

„Es war wirklich schockierend", erinnerte sich Yayla. „Er sprach wiederholt offen über die Lage in Syrien, und fragte am Telefon immer wieder, wie er beim Beschaffen von was immer sie bräuchten helfen könne, Lebensmittel oder Medizin, im wahrsten Sinne was immer sie bräuchten".

Die Dinge spitzten sich zu, als der Gouverneur – der ein vom Innenministerium ernannter politischer Beamter ist – zu verlangen begann, dass Yayla den Schutz von hunderten von IS-Kämpfern organisieren sollte, die in die Türkei gebracht wurden, um dort medizinisch behandelt zu werden.

„Ich bin der Polizeichef, der vom Gouverneur beauftragt wurde, IS-Terroristen zu schützen. Und ich beauftragte Polizeibeamte mit dieser Maßnahme", sagte Yayla. „Die offiziellen Polizeiakten zu diesem Vorgehen sind noch vorhanden und können in den Zuordnungsprogrammen angesehen werden. Diese Aufzeichnungen können nicht zerstört werden."

„Ich war der Beamte, der mit dem Polizeischutz für diese Terroristen beauftragt wurde", wiederholte er, wobei die Fassungslosigkeit in seinem Tonfall spürbar wurde.

Die Kämpfe nahe der türkischen Grenze waren von 2013 an so intensiv geworden, dass hunderte von dschihadistischen Rebellen verwundet worden waren:

IS-Kämpfer wurden über die Grenze nach Şanlıurfa gebracht, um in türkischen Krankenhäusern behandelt zu werden. Als Polizeichef wurde ich vom Gouverneur aufgefordert, meine Beamten zu entsenden, um einen Rund-um-die-Uhr-Schutz für diese verwundeten Terroristen zur Verfügung zu stellen. Ich kam bis zu einem Punkt, dass es so viele IS-Mitglieder gab, die behandelt wurden, dass ich nicht genügend Beamte finden konnte, um diese Terroristen zu schützen. Wir litten an einem schwerwiegenden Arbeitskräftemangel infolge dieser Anforderungen. Als dieser Zustand erreicht war, hatte ich keine andere Wahl, als dem Gouverneur mitzuteilen, wissen Sie, dass ich mich darum wirklich nicht mehr kümmern werde, und ich sagte ihm: sehen Sie, ich habe nicht die Arbeitskräfte, die Stadt leidet – ich kann meine Arbeit nicht mehr erledigen".

Der Gouverneur war aufgebracht, sagte Yayla, aber infolge der reinen Menge an IS-Kämpfern, die in die Türkei zur medizinischen Behandlung kamen, konnte seinen Forderungen nicht entsprochen werden.

Fadhul Ahmed al-Hayali, der früheren Nummer 2 des IS, wurde von den türkischen Behörden heimlich medizinische Behandlung gewährt. „Es war so irrsinnig, man konnte Krankenwagen mit europäischen Kennzeichen ankommen sehen, die IS-Mitglieder transportierten", sagte Yayla. „Tatsächlich wurde der Stellvertreter Al Baghdadis [Führer des IS, auch als „Kalif Ibrahim" bekannt, d. Übers.], Fadhil Ahmad al Hayali, durch ein amerikanisches Bombardement verwundet. Er verlor sein Bein und wurde in eines der Krankenhäuser gebracht und behandelt. Anschließend kehrte er nach Syrien zurück. Niemand verlangte irgendeine Bezahlung für die Behandlung. Sie war völlig kostenlos."

Der Grundsatz kostenlosen medizinischen Beistands für IS-Kämpfer galt zwei Jahre lang bis 2015. Druck von Präsident Obama, die Grenzen zu schließen, brachte Erdoğan dazu, diese Vorgehensweise herunterzufahren.

Hör auf, Terroristen zu bekämpfen

Yaylas offene Bedenken wegen der Beeinträchtigung der Polizeiarbeit brachte den Gouverneur schließlich dazu, ihn aus der Anti-Terror-Einheit rauszuwerfen.

„Ich kämpfte so leidenschaftlich gegen den Terrorismus, dass ich ein System entwickelte, die Terroristen zu verfolgen, bevor sie eine [Terror-]Zelle gründen konnten", erklärte Yayla.

„Wenn jemand in den Terrorismus verwickelt war, schickte ich Polizeibeamte, um einzugreifen, indem sie z.B. mit Familienmitgliedern sprachen, um eine weitere Radikalisierung zu verhindern. So begannen meine Beamten, bei IS-Mitgliedern einzuschreiten, sobald wir ihre Aktivitäten entdeckten."

Aber der Gouverneur war damit nicht einverstanden. „Er mochte nicht, was ich tat, daher nahm er mich aus der Anti-Terror-Abteilung heraus. Aufgrund meiner hohen Position in der türkischen nationalen Polizei konnte er mich nicht feuern. Stattdessen machte er mich daher zum Leiter der Abteilung für Öffentliche Ordnung und Ermittlungen."

Yayla blieb engagiert darin, seine Autorität zur Bekämpfung von Terroristen einzusetzen. Er beauftragte Beamte seiner Abteilung damit, Verfahren des Anhaltens und Festnehmens verdächtiger Terroristen, die sich im Umkreis der Stadt bewegten, durchzuführen und sie der Anti-Terror-Abteilung zu überstellen. Wie nicht anders zu erwarten, sagte er, „mochte der Gouverneur dieses Konzept auch nicht".

Tatsächlich klagte Yayla: „Meistens wurde die Einsatzzentrale gedrängt, keine Anti-Terror-Kräfte zu entsenden, und nicht einmal per Funk Kontakt aufzunehmen, denn der Funkverkehr wurde aufgezeichnet. Stattdessen stellten die türkischen Anti-Terror-Beamten die Verbindung zu unseren Beamten über direkte Telefonleitungen her und sagten ihnen, sie hätten die Terroristen einfach freizulassen. ‚Warum haltet ihr sie fest? Lasst sie gehen' pflegten sie zu sagen."

Yayla sagte, dass infolge dieses Vorgehens der IS in der Lage war, seine Präsenz in der Türkei in völliger Straflosigkeit aufzustocken: „Grundsätzlich war es der Polizei nicht erlaubt, den IS in der Stadt anzuhalten."

Unter Yaylas schockierendsten Anschuldigungen befindet sich die, dass die türkische Regierung direkt den Führer der türkischen Operationen, Halis Bayancuk, auch als Abu Hanzala bekannt, geschützt hat, der der Sohn eines der Gründerväter der türkischen Hisbollah ist.

„Meine Polizeiquellen versichern, dass Erdoğan 2015 Bayancuk einen Rund-um-die-Uhr- Polizeischutz zukommen ließ", sagte Yayla. „Ich kommuniziere weiterhin mit anderen Polizeiquellen und Vorgesetzten. Sie beklagen sich regelmäßig, dass die höchsten türkischen Behörden mit dem IS zusammenarbeiten, und dass ihre Anstrengungen, IS-Mitglieder in der Türkei zu verhaften, von der Anti-Terror-Abteilung boykottiert werden."

Fotos von zwei IS-Mitgliedern, die von der türkischen Polizei in unterschiedlichen Aktionen verhaftet wurden (INSURGE von Yayla exklusiv zur Verfügung gestellt). Keinem der Verhafteten wurden Handschellen angelegt.

Yayla beschreibt verschiedene Beispiele, bei denen seine eigenen Beamten als IS-Mitglieder Beschuldigte ohne irgendeine Unterstützung durch ihre Kollegen von der Anti-Terror-Abteilung verhörten:

„IS-Mitglieder in der Türkei rasieren sich oft ihren Bart ab und schneiden ihre Haare, um sich optisch in die Gesellschaft einfügen zu können. Leitende Kri-

Publiziert auf Free21 am 24.07.2017, 21:33 Uhr. Original von Nafeez Ahmed erschienen auf www.rubikon.news.

ISIS-Mitglieder werden von der Türkischen Polizei verhaftet (Fotos: Yayla/ Medium.com)

minalbeamte pflegten ihre Bewegungen von ihrer Ankunft in der Türkei bis zu ihren Aktivitäten in der Stadt zu verfolgen, wobei sie Beweismittel über sie sammelten und mit der Anti-Terror-Einheit teilten. Aber sie bekamen keine Unterstützung von der Anti-Terror-Abteilung. Stattdessen wurde ihnen gesagt: ‚Haltet sie nicht fest, das ist nicht eure Aufgabe.' Und um die Sache noch schlimmer zu machen, stellte die Polizei dann Nachforschungen gegen ebendiese Beamten an, weil sie Terroristen ausforschten."

Yayla sagte, dass der gescheiterte Putsch Erdoğan die perfekte Gelegenheit gegeben hat, Beamte, die sich zu diesem Vorgehen kritisch verhalten, hinauszuwerfen, unter dem Vorwand, eine Gülenistische Verschwörung zu planen: „Viele dieser Beamten können sich nicht äußern – wenn sie etwas sagen, werden sie verhaftet."

Logistisch ein sicherer Hafen – Blut für Öl

Die Türkei, ein Schlüsselmitglied der NATO und bedeutender Verbündeter des Westens im Kampf gegen den IS, ist jetzt ein offener sicherer Hafen für Dschihadisten geworden: „Der IS hat eine ausgedehnte logistische Unterstützungsbasis in Gaziantep. Beispielsweise werden alle seine Uniformen in Gaziantep hergestellt, vielleicht über 60 000 davon in den letzten beiden Jahren."

Das ist nicht wirklich überraschend angesichts der Tatsache, dass Gaziantep zuvor die Hauptbasis der logistischen Unterstützung für die TH war, und später für Al Kaida in der Türkei.

„Es gibt domartige Gebäude in Gaziantep, in denen Dschihadisten leben – sowohl IS als auch Jabhat al-Nusra (ein früherer Al Kaida-Verbündeter, der in Jabhat Fateh al Sham umbenannt wurde)," sagte Ahmet Yayla. "Das sind riesige Apartments voller Dschihadisten. Viele dieser Dschihadisten geben sich nicht mal die Mühe, sich in die Gesellschaft einzufügen. Sie behalten ihr charakteristisches Erscheinungsbild bei, mit ihrem besonderen Kleidungsstil und langen Bärten. Und sie bewegen sich frei über die Grenze hin und her."

Aber Yaylas erstaunliche Enthüllungen über die Unterstützung der türkischen Regierung für den IS endeten hier noch nicht. Er bezog sich auch auf Berichte aus erster Hand, die er aus Dutzenden von vertraulichen Interviews mit IS-Abtrünnigen erhalten hatte, welche sich in der Türkei versteckten. Einige dieser Berichte werden in Yaylas neuem Buch IS-Abtrünnige untersucht, das er mit seiner akademischen Kollegin Speckhard verfasst hat, ebenso wie in ihrer kürzlich veröffentlichten Abhandlung Terrorismusperspektiven.

Anschuldigungen, dass Erdoğans Sohn und Schwiegersohn unmittelbar in Ölschmuggeloperationen verwickelt waren, erschienen in der türkischen Presse, wurden aber heftig von der Regierung bestritten.

Ungeachtet dieser Anschuldigungen bestätigten Yaylas eigene Quellen unter IS-Abtrünnigen die Rolle sowohl der Türkei als auch der Kurdischen Regionalregierung (KRG) im Nordirak beim Ermöglichen der Ölverkäufe des IS.

„Die Hauptroute, um das Öl aus dem IS-Gebiet herauszubekommen, führt durch den Nordirak", sagte Yayla. „Das IS-Öl wird mit Lastwagen transportiert und mit nordirakischem Öl vermischt. Daher sind die KRG und Erdoğan Komplizen."

Das IS-Öl-Netzwerk umfasste eine Kombination konkurrierender Interessen – einschließlich derer von Baschar al-Assad, dem angeblichen Erzfeind des IS.

„Wenn die Raffinerien Probleme hatten, fragte der IS bei Baschar an, welcher dann Öltechniker schickte, die dorthin fuhren und die Probleme aus der Welt schafften. IS-Kämpfer begleiteten und schützten Baschars Techniker, erlaubten ihnen, die Probleme zu lösen, und schickten sie dann wohlbehalten zu Baschar zurück."

Bedeutete das, dass Baschar al-Assad wirklich den IS unterstützte, indem er dessen Öl kaufte?

„Ja und nein", sagte Yayla. „Baschar hatte keine direkte Kontrolle über den IS, aber er muss eine sichere Ölversorgung aufrechterhalten, und der IS muss seine Ölverkäufe weiterführen. Es ist eine Beziehung zum beiderseitigen Nutzen. Einige Abtrünnige sagten mir, dass sie darüber erbost waren. Die offizielle Rechtfertigung des IS lautet, dass sie auch dann mit anderen Staaten Handel treiben, wenn diese der Feind sind."

Der IS machte mit dem Ölhandel insgesamt so viel Geld, dass sie aufhören mussten, das Geld zu zählen, und es stattdessen in Kilogramm zu wiegen begannen.

Ein früherer IS-Emir erzählte Yayla: „Ein Teil des Öls geht direkt in die Türkei, aber hauptsächlich geht es in den Nordirak und wird mit irakischem Öl vermischt."

Wie Yayla sagte: „Er (der IS-Abtrünnige) weiß, dass sowohl in der Türkei als auch in der KRG die IS-Tanklastwagen geschützt wurden, sie werden nicht angehalten, sie sind unantastbar. Nicht bloß ein Tanklastwagen – Tanklaster um Tanklaster um Tanklaster. Straßen wurden überall gesperrt, um den IS und andere terroristische Organisationen fernzuhalten. Ja, er und ein paar andere IS-Quellen sagten mir, dass diese Lastwagen und Tanklaster durch die Kontrollstellen ohne Probleme hindurchfahren konnten, ohne überhaupt zum Anhalten aufgefordert zu werden. Das beweist einfach, dass der IS die Anweisung hatte, sich nicht mit den türkischen Tanklastern anzulegen, und umgekehrt."

Die türkische Regierung zeigte keinerlei Anzeichen, auch nur marginal an Ermittlungen zu diesen Sachverhalten interessiert zu sein. Mehrfache Anfragen wegen einer Stellungnahme hinsichtlich Yaylas Anschuldigungen wurden an die türkische Botschaft in London gesandt, auch bezüglich der Behandlung seines Sohnes. In keinem Fall gab es eine Antwort darauf.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Eine „Hell Cannon" in Aleppo (Foto Karam Almasri/NurPhoto/REX)

Die Allianz der NATO mit dem Terror

Ich stellte Yayla die große Frage: Warum? Warum finanzierte die Türkei den IS, insbesondere, nachdem in den letzten Jahren die Terrorgruppe nicht davor zurückschreckte, Ziele innerhalb der Türkei anzugreifen?

Yayla mutmaßt, dass politische Korruption auf den höchsten Ebenen von Erdoğans Regierung die nationale Sicherheit der türkischen Gesellschaft ausgehöhlt hat.

„Ich denke, Erdoğan möchte einen neuen türkischen Staat etablieren – Salafismus, Shia und politischer Islam, alles miteinander verschmolzen", sagte er. „Lassen Sie sich nicht täuschen. Für Erdoğan ist der politische Islam bloß ein nützliches Werkzeug zur Konsolidierung seiner Anhängerschaft in der Türkei. Und er ist jetzt sein Hauptwerkzeug gegen die gesamte heimische Opposition gegenüber seiner Herrschaft – besonders gegen die Kurden, die eine wirksame Kampfmacht gegen den IS darstellen."

Das Beunruhigendste an allem ist das ohrenbetäubende Schweigen der NATO. In Reaktion auf Anschuldigungen hinsichtlich der staatlichen Unterstützung des IS durch die Türkei zeigte sich ein NATO-Sprecher reuelos in Bezug auf die weiterbestehende Rolle der Türkei innerhalb der US-geführten Sicherheitsallianz.

In einer ausführlichen Stellungnahme sagte der NATO-Funktionär: „Die Türkei ist der NATO-Verbündete, der am unmittelbarsten der Gewalt und Instabilität in Syrien und im Irak ausgesetzt ist. Alle anderen Verbündeten helfen dabei, die Türkei mit einer Reihe von Maßnahmen zu schützen, einschließlich der Stationierung von Patriot-Raketenabwehrsystemen. Der Kampf gegen den IS fordert eine umfangreiche und anhaltende Anstrengung, einschließlich des Stopps der illegalen Finanzierung des IS und der Beendigung des Zustroms ausländischer Kämpfer. Alle NATO-Verbündeten leisten ihren Beitrag zur US-geführten Globalen Koalition zur Bekämpfung des IS. Die Türkei erbringt einen äußerst wichtigen Beitrag, einschließlich der Aufnahme verschiedener anderer NATO-Verbündeter auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik, und verstärkt die Sicherheit ihrer Grenze zu Syrien. Bei unserem letzten Gipfeltreffen in Warschau beschloss die NATO, dass unsere AWACS-Flugzeuge zur Luftbild- und Radarerfassung der Globalen Koalition beitragen werden. Wir kamen außerdem überein, unser Training irakischer Offiziere aufzustocken, auch innerhalb des Irak. Die türkische Regierung hat angeboten, den Trainingseinsatz in Einrichtungen innerhalb der Türkei zu unterstützen."

Die NATO hat anscheinend kein Interesse daran, die systematische Unterstützung des IS mitten aus dem Herzen des Bündnisses heraus zu untersuchen.

Mittlerweile zahlt Ahmet Yayla einen hohen Preis für seine Aussagen. Nachdem sie seinen Sohn mit unbegründeten Terrorismusvorwürfen verhaftet haben, weitet die türkische Regierung ihre Kampagne gegen den früheren Anti-Terror-Chef jetzt aus, indem sie ihn öffentlich über staatlich kontrollierte Medien als Terroristen bezeichnet.

Am Mittwoch berichtete Yayla vor dem Unterausschuss des US-Kongresses für Europa u. Eurasien über Bedrohungen und über zunehmende Anhaltspunkte, dass der gescheitertedass der gescheiterte Putsch von Elementen aus Erdoğan eigener Regierung „inszeniert" wurde. Am folgenden Tag beschuldigte die staatliche türkische [Nachrichten-] Agentur Anadolu Yayla, ein „mutmaßliches Mitglied der Fethullah-Terrororganisation (FETO)" zu sein, die angeblich von Fethullah Gülen angeführt wird.

Aber Yayla, der persönlich in seiner Rolle als Polizeichef Erdogan selbst informiert hatte, ist auch bei noch so viel Einbildungskraft kein Gülenist. „Erdogan würde jeden als Gülenisten bezeichnen, der gegen ihn ist", sagte Yayla. „Ich bin kein Gülenist. Ich bin nur ein normal praktizierender Muslim."

Yaylas wirkliches Verbrechen ist einfach seine Beharrlichkeit in der Bekämpfung des Terrorismus, unabhängig davon, wer dafür verantwortlich ist. Sein Mut kostet ihn allerdings seine Familie. Und da die NATO fortfährt, Erdoğans zunehmend drakonische Herrschaft zu schützen, quält sich der sogenannte ‚Krieg gegen den IS" dahin, ohne dass ein Ende in Sicht wäre.

Quellen:

Academia.eu: Turkey, Erdogan, and the Coup that Wasn't *<https://www.academia.edu/27221763/Turkey_Erdogan_and_the_Coup_that_Wasnt>*

Human Rights Watch: What is Turkey's Hizbullah? *<https://www.hrw.org/legacy/english/docs/2000/02/16/turkey3057.htm>*

State.gov: Background Information on Other Terrorist Groups *<https://www.state.gov/documents/organization/31947.pdf>*

TRT World: 212 arrested in Turkey's nationwide anti-terror operations *<http://www.trtworld.com/turkey/212-arrested-turkeys-nationwide-anti-terror-operations-5235>*

Jamestown Foundation: Turkish Police Target al-Qaeda Network in Turkey *<https://jamestown.org/program/turkish-police-target-al-qaeda-network-in-turkey/#.V6nuVlcqbdk>*

Wikileaks: CHECHEN „BIG HERO" MOURNED IN ISTANBUL *<https://wikileaks.org/plusd/cables/06ISTANBUL1313_a.html>*

Spectator.org: The Death of Shamil Basayev *<https://spectator.org/46731_death-shamil-basayev/>*

US Department of State: Designation of Shamil Basayev under Executive Order 13224 *<https://2001-2009.state.gov/r/pa/prs/ps/2003/23147.htm>*

Perspectives on Terrorism: Eyewitness Accounts from Recent Defectors from Islamic State: Why They Joined, What They Saw, Why They Quit *<http://www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/475/html>*

Autor:

Nafeez Ahmed

arbeitet seit 16 Jahren als investigativer Journalist und ist Gründer von INSURGE intelligence. Er ist ‚Systemwechsel'-Kolumnist bei Motherboard von VICE. Seine Recherchen über die eigentlichen Ursachen und verdeckte Operationen bezüglich des internationalen Terrorismus stellten offizielle Beiträge für die Kommission zum 11. 9. und zum 7/7 Coroner's Inquest (einer Untersuchung zu den Londoner Bombenanschlägen 2005) dar.

Dieser Text wurde zuerst am 24.06.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/whistleblower-enthullt-wie-der-fuhrende-nato-verbundete-den-is-bewaffnet-und-unterstutzt› veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=27784›

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2017: 15.2.17/15.4.17/15.6.17/15.8.17/15.10.17/15.12.17

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2017 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann bist Du für uns der/die geborene

Researcher/in

Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: research@free21.org

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: translate@free21.org